

INSTITUTIONEN
DES
RUSSISCHEN RECHTS.

~~~~~  
ERSTER THEIL.

~~~~~  
P E R S O N E N R E C H T.

INSTITUTIONEN
DES
RUSSISCHEN RECHTS.
AUF
ALLERHÖCHSTEN BEFEHL
VON DER
GESETZKOMMISSION
HERAUSGEGEBEN,
UND
FÜR DIE OSTSEEPROVINZEN ZUM BEHUF DER
DARSTELLUNG IHRES PARTIKULARRECHTS
DEUTSCH BEARBEITET.

ERSTER BAND.

ST. PETERSBURG,

IN DER BUCHDRUCKEREI DER KAIS. GESETZKOMMISSION,
UNTER DER DIRECTION VON K. KRAY.

I 8 I 9.



ALLGEMEINE UEBERSICHT.

EINLEITUNG.

VON DEN GESETZEN IM ALLGEMEINEN. ERSTER THEIL.

Personenrecht.

<i>Von dem Personenrechte überhaupt.</i>	<i>Kap. I.</i>
<i>Von dem Wohnsitze. . .</i>	<i>— II.</i>
<i>Von Abwesenden. . .</i>	<i>— III.</i>
<i>Von der Beurkundung des Standes.</i>	<i>— IV.</i>
<i>Von den bürgerlichen Rechten der in Russland sich aufhaltenden Ausländer. . .</i>	<i>— V.</i>
<i>Von der Ehe. . .</i>	<i>— VI.</i>
<i>Von den Beweisen der ehelichen Ge- buri. . .</i>	<i>— VII.</i>
<i>Von den aus unehelichem Beischlafe erzeugten Kindern und deren Legitimation. . .</i>	<i>— VIII.</i>
<i>Von der Annahme an Kindesstatt.</i>	<i>— IX.</i>
<i>Von der älterlichen Gewalt. .</i>	<i>— X.</i>
<i>Von der Vormundschaft und Ku- ratel.</i>	<i>— XI.</i>



INHALTSANZEIGE DES ERSTEN BANDES.



EINLEITUNG. VON DEN GESETZEN IM ALLGEMEINEN.

I. *Von der gesetzgebenden Gewalt und der Staatsverwaltung.* S. 1.

§ 1. Höchste Staatsgewalt (S. 165). § 2. Staatsregierung. § 3. Gesetze. Natürliche, positive. Geschriebenes, ungeschriebenes Recht. Göttliches, menschliches. Recipirtes, einheimisches (S. 166. 167). § 4. Allgemeines Gesetzbuch für das Russische Reich (S. 167).

II. *Von der Eintheilung der Gesetze.* S. 3.

§ 5. Verschiedenheit der Gesetze. §§ 6. 7. I. *Oeffentliches Recht.* § 8. 1. *Konstitutionsgesetze.* 2. *Regierungsgesetze.* A. *Inneres Regierungsrecht.* § 9. a. Kirchenrecht. § 10. b. Gerichts- und Prozessordnung. § 11. c. Peinliches Recht. § 13. d. Kameral- und Finanzrecht. § 14. e. Gesetze über den Ackerbau und die Industrie im Innern. § 16. f. Gesetze über die Volksaufklärung. § 17. g. Gesetze über die innere Kommunikation. § 12. h. Polizeirecht. B. *Aeusseres Regierungsrecht.* § 18. a. Gesandtschaftsrecht. § 19. b. Kriegerrecht (S. 167. 168). §§ 6. 20. II. *Bürgerliches*

Recht. A. Privatrecht. B. Völkerrecht (S. 167).

§ 15. 21. III *Handelsrecht*, als Gemisch aus Privat- und Regierungsrecht (S. 168). § 22.

23. Dauernde, zeitige Bestimmungen (S. 166).

§ 24. Prajudikate (S. 168).

III. *Von der Redaction und Form der Gesetze.*

S. 9.

§ 25. Redaction: a. des allgemeinen Gesetzbuchs. § 26. b. der einzelnen Gesetze. § 27.

Abfassung der Entwürfe zu Gesetzen. § 28.

Allerhöchste Bestätigung der neuen Gesetze.

§ 29. Form der zur allgemeinen Nachachtung erlassenen Allerhöchsten Befehle.

IV. *Von der Bekanntmachung der Gesetze.* S. 11.

§ 30. Eröffnung der namentlichen Ukasen.

§ 31. Eröffnung der Allerhöchsten Befehle im

Reichsrathe. § 32. Im Feldlager, in den Fe-

stungen und bei der Parole eröffnete Ukasen

(S. 169). § 33. 34. Fälle, in welchen verlaut-

barte Ukasen keine Gültigkeit haben. § 35.

Ungültigkeit der handschriftlich publicirten

Ukasen (S. 169). § 36. Durch welche Behör-

den und wie die Gesetze publicirt werden.

V. *Von Bewahrung der Gesetze.* S. 13.

§ 37. Behörde, welcher die Bewahrung der

Gesetze obliegt. § 38. Aufbewahrung der Ge-

setze.

VI. *Von der Wirkung und Anwendung der Ge-*

setze. S. 14.

§ 39. Anfang der Wirkung des Gesetzes. § 40.

41. Verpflichtung, die Gesetze zu kennen.

§ 42. Anwendung der militairischen Gesetze und Gesetzeskraft der Instr. für die G. K. (S. 169). § 43. Anwendung der Kormtschaja Kniga (S. 170).

VII. *Von Erfüllung der Gesetze.* S. 16.

§ 44. Unverbrüchliche Beobachtung der Gesetze. § 45. Erfüllung derselben nach ihrem wörtlichen Sinne ohne Ansehen der Person (S. 170). und (§ 46) ohne Verzug. § 47. Aufsicht über die Erfüllung der Gesetze. §§ 48. 49. Befugniss des Senats und der untergeordneten Behörden, wegen Unanwendbarkeit eines Gesetzes Vorstellung zu machen. § 50. Befugniss der Minister, wegen Abfassung eines neuen oder wegen Aufhebung eines bestehenden Gesetzes dem Reichsrathe vorzustellen.

VIII. *Ueber die Aufhebung der Gesetze.* S. 20.

§ 51. Erlöschung der Gesetze (S. 171). § 52. Folgen der Aufhebung eines Gesetzes.



ERSTER THEIL.

PERSONENRECHT.

Erstes Kapitel. Von dem Personenrechte überhaupt. S. 21.

§ 53. Welche Rechte dasselbe in sich begreift.

I. *Von der Erwerbung der staatsbürgerlichen Rechte.* S. 22.

§ 54. Gemeinschaftliche Rechte aller Stände.

§ 55. Erwerbung der Unterthanenrechte. § 56. Verlust derselben. § 57. Erlöschung der Unterthanenrechte der Ausländer. § 58. Entweihung der ursprünglichen Unterthanen und Bestrafung dafür. § 59. Bestrafung der Militärpersonen hierfür. § 60. Erlaubniss für den Adel, sich in fremden Staaten aufhalten zu dürfen. § 61. Verpflichtung des Unterthans, nach Russland zurückzukehren, wenn Avocatorien erlassen werden. Verbot in Rücksicht der im Kollegio der auswärtigen Angelegenheiten angestellten Beamten, liegende Gründe im Auslande zu besitzen.

II. *Von dem Verluste der staatsbürgerlichen Rechte.* S. 26.

§ 62. Verlust der Personenrechte. § 63. Gänzlicher Verlust aller Rechte. § 64. Bürgerliche Folgen des Verlustes der Rechte. § 65. Kirchenbann. § 66. Verlust einiger Rechte. § 67. Beschränkte Rechte der Verwiesenen. § 68. Zeit, von welcher die Wirkungen des Verlustes der Rechte anfangen.

III. *Von der Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Rechte.* S. 30.

§ 69. 70. Wiederherstellung der Rechte durch Begnadigung. § 71. Wiederherstellung der Rechte durch Aufdeckung der Unschuld. § 72. Begnadigung derer, welche ohne Erlaubniss der Regierung im Auslande Dienste genommen haben.

Zweites Kapitel. Von dem Wohnsitze. S. 32.

§ 73. Weshalb die Bestimmung des Wohnsitzes erforderlich ist. § 74. Verpflichtung zur Wahl eines Wohnsitzes.

I. Persönlicher Gerichtsstand und dahin gehörige Angelegenheiten. S. 32.

§ 75. Persönlicher Gerichtsstand des Adels, (§ 76.) der Kaufleute und Bürger, (§ 77.) der Handwerker und Beisassen, und (§ 78.) der Bauern. § 79. Gerichtsstand der Minderjährigen und (§ 80) der Verbrecher. § 81. Veränderung des Wohnsitzes.

II. Dinglicher Gerichtsstand. S. 35.

§ 82. Gerichtsstand der gelegenen Sache bei unbeweglichen Gütern. § 83. Gerichtsstand durch Vereinbarung. § 84. Gerichtsstand bei Rechtshandeln über bewegliches Vermögen.

Drittes Kapitel. Von Abwesenden. S. 37.

§ 85. Verschollene, deren präsumirter Tod.
§ 86. Abwesende, deren Vorladung.

Viertes Kapitel. Von der Beurkundung des Standes. S. 39.

§ 87. Beweise des Standes.

I. Von den Staatsbürgerrollen überhaupt. S. 39.**I. Von den geistlichen Staatsbürgerrollen. S. 39.**

§ 88. Kirchenbücher, was darinn aufgenommen wird. § 89. 90. Form der Kirchenbücher.

II. *Von den weltlichen Staatsbürgerrollen.* S. 42.

§ 91. Kontrolle der Kirchenbücher durch die bürgerlichen Autoritäten.

III. *Von den Zeugnissen, die aus den Staatsbürgerrollen ertheilt werden.* S. 40.

§ 92. Stempelpapier zu den Geburts- und Taufscheinen u. s. w. § 93. Attestate aus den Kirchenbüchern. § 94. Trauscheine für Beamte und Edelleute, die ihre Erbmägde heirathen.

II. *Von dem Geschlechtsbuche des Kaiserlichen Hauses und der Adelsmatrikel.* S. 44.

§ 95. Geschlechtsbuch des Kaiserlichen Hauses. § 96. Adelsmatrikel.

III. *Von den Geschlechtsregistern der Bürger und Stadtbewohner.* S. 45.

§ 97. Zweck dieser Geschlechtsregister.

IV. *Von den Revisions- oder Kopfsteuerlisten.* S. 45.
§ 98.

V. *Von den Standesbeweisen anderer Art.* S. 46. § 99.

Fünftes Kapitel. Von den bürgerlichen Rechten der in Russland sich aufhaltenden Ausländer. S. 47.

I. *Eintheilung der Ausländer.* S. 47. § 100.

II. *Von den bürgerlichen Rechten der in Russland anwesenden Ausländer überhaupt.* S. 47.

§ 101. Kraft der Russischen Gesetze in Betreff der Ausländer. § 102. Gerichtsstand

derselben. § 103. Ehen zwischen Russen und Ausländern. § 104. Befugniss der Ausländer Stand und Beschäftigung zu wählen. § 105. Einschreibung derselben in die Gilde. § 106. Anerkennung des ausländischen Adels. § 107. Recht der Ausländer über ihr Vermögen zu disponiren. § 108. Ausfuhr oder sonstige Uebermachung des Vermögens über die Grenze. § 109. Aufsicht über verdächtige Ausländer.

III. *Von den Rechten der in Russische Unterthanschaft getretenen Ausländer* S. 54:

§ 110. Eintritt in die Unterthanschaft. § 111. Rechte der in Unterthanschaft aufgenommenen Ausländer. § 112. Rechte der in Russischen Diensten stehenden Ausländer. § 113. Rechte der Kinder der naturalisirten Ausländer. § 114. Verpflichtung der in Unterthanschaft getretenen Ausländer wenn sie Russland verlassen. § 115. Besondere Rechte der Kolonisten.

Sechstes Kapitel. Von der Ehe. S. 58.

I. *Von der rechtmässigen Ehe.* S. 58.

§ 116. Definition der Ehe. § 117. Erfordernisse einer rechtmässigen Ehe: § 118. Ehegelohniss. §§ 119. 128. (S. 175) Trauung. § 120. Kein verbotener Grad der Verwandtschaft, d. h. § 121. unter Blutsfreunden und Schwagern (S. 172), so wie § 122. unter Personen, die durch die Taufe (S. 174) und § 123. durch Adoption (S. 175) verwandt sind. § 124. Kein Verbot wegen Vormundschaft oder Kuratel, wegen einer früher geschiedenen

Ehe, wegen des Trauerjahrs, Schwangerschaft der Wittwe und Sklaverei. § 125. 126. Gesetzliches Alter. § 127. Gegenseitige Einwilligung. § 128. Einwilligung der Aeltern, Herren und Vorgesetzten bei Ehen Minderjähriger Leibeigener und Militärpersonen. § 129. Besondere Bestimmung in Betreff des Verführers einer Jungfrau. § 130. Keine Entführung. § 131. Kein Wahn- und Blödsinn. §§ 132. 133. Keine gleichzeitige Polygamie. § 134. Kein Verbrechen. § 135. Besonders kein Ehebruch. § 136. Hier über die Ehe der Verwiesenen adeligen Standes. § 137. Kein durch Stand und Amt bewirktes Ehehinderniss, welches (§ 138. 147.) bei dem Mönchs- und Nonnenstande, den Weltgeistlichen, und (§ 139) den diplomatischen Beamten im Auslande Statt findet. § 140. 141. Untersuchung der Ehehindernisse. §§ 142. 143. 144. Aufgebot. § 145. Vollziehung der Ehe an einem durch die Kirchengesetze erlaubten Tage. § 146. Eintragung derselben in die Staatsbürgerrollen. §§ 147. 148. Befolgung des Verbots wegen Eingehung der vierten und in Ansehung der Weltgeistlichen wegen Schliessung der zweiten Ehe. Kein Ehehinderniss wegen Verstümmelung, Impotenz, Trunkenheit, Nichtkenntniss der nothwendigsten religiösen Lehrsätze und Vagabundenleben.

II. *Von den Wirkungen der Ehe in Betreff der Ehegatten und ihrer Kinder* S. 76.

§ 149. Gegenseitige Verbindlichkeit der Ehegatten. § 150. Verpflichtung der Frau. § 151.

Befugniss der weltlichen Obrigkeit in Ehesachen. § 152. Rechte der Ehefrau. Hier besonders über die Ehe zwischen Freien und Leibeigenen (S 176). § 153. Verantwortlichkeit der Ehegatten bei gemeinschaftlichen Verbrechen. § 154. Unzulässiges Zeugniss der Frau gegen ihren Mann. § 155. Verhältniss der Ehegatten in Rücksicht ihres Vermögens. § 156. Gegenseitige Uebertragung dieses Vermögens. § 157. Wechselseitiges Erbrecht der Ehegatten. § 158. Verpflichtung der Kinder, ihre Aeltern zu achten (§ 159) und sie zu unterhalten. § 160. Vorrechte der Kinder, nach dem Stande oder der Würde ihrer Aeltern. § 161. Erbrecht der Kinder, deren Aeltern Verbrechen begehen.

III. *Von ungültigen (nichtigen) Ehen.* S. 81.

§ 162. Gründe der Nichtigkeit der Ehe. § 163. I. Verwandtschaft und Schwägerschaft. § 164. II. Gleichzeitige Polygamie. Ausnahme (S. 176). Folgen einer vermeintlichen Ehe (*matrimonium putativum*). § 165. III. Nachfolgende Polygamie in Rücksicht der vierten Ehe. § 166. IV Mangel und (S. 178) sehr grosse Verschiedenheit des Alters. § 167. V. Fehlende Einwilligung der Aeltern. Ausnahmen (S. 177). § 168. VI. Unterlassung der zur Vollziehung der Ehe erforderlichen Feierlichkeiten. § 169. VII. Entführung. § 170. VIII. Klostersgelübde. IX. Unterlassung des Aufgebots (S. 178). X. Fehlender Consens des Herrn bei der Ehe seines Sklaven. XI Zwang. XII. Trauung gänzlich unbekannter und XIII. ihres Verstandes beraubter Personen. § 171. Folgen ungültiger Ehen (S. 178).

179). § 172. Gerichtsbarkeit und Verfahren in Rechtssachen wegen Vernichtung einer Ehe.

IV. *Von Trennung einer rechtsbeständigen Ehe* S. 87.

A. § 173. durch den natürlichen oder bürgerlichen Tod; B. § 174. durch Abwesenheit Verschollener; C. durch Scheidung. §§ 175. 176. 177. Norm, an welche sich die Kirche bei Ehescheidungen bindet. S. 91. 92. Bestimmungen der Pandekten in dieser Rücksicht. § 178. Wirkung der Scheidung in Betreff der Ehegatten.

V. *Von dem Gerichtsstande und Verfahren bei Trennung der Ehe.*

Trennung der Ehe: § 179. wegen Verbrechen; § 180. wegen böslicher Verlassung, langer Abwesenheit und Krankheit; besonders aber § 181. wegen Ehebruchs.

VI. *Von den Ehen der Rechtgläubigen mit fremden Glaubensgenossen und Sektirern.* S. 96.

§ 182. Ehen mit fremden Glaubensgenossen und § 183. mit Sektirern. (S. 99). Besondere Bestimmungen in Betreff der Ehen mit Jedino- werzen. § 184. Gerichtsbarkeit in Ehescheidungssachen zwischen Rechtgläubigen und Personen anderer Religionspartheien, so wie zwischen fremden Glaubensgenossen, die von einem Griechisch-Russischen Priester getraut worden sind, und endlich zwischen Sektirern und andern Religionsverwandten.

Siebentes Kapitel. Von den B weisen der ehelichen Geburt. S. 102.

§ 185. Eheliche Kinder, welche dafür ge-

halten werden. § 186. Rechte des Kindes im Falle eines Zweifels über seine Abstammung. § 187. Zehnjährige Verjährung. § 188. Verlust der Rechte der ehelichen Geburt. § 189. Rechte der nach dem Tode des Vaters gebornen Kinder. § 190. Verhandlung der Rechts-sachen über unrechtmässige Abstammung. § 191. Verfahren im Falle eines Zweifels über die eheliche Geburt. §§ 192. 193. Beweise der ehelichen Geburt.

Achtes Kapitel. Von den aus unehelichem Beischlafe erzeugten Kindern und deren Legitimation.

§ 194. Uneheliche Kinder, welche dafür gehalten werden. § 195. Politische Rechte derselben. § 196. Pflicht des Vaters eines unehelichen Kindes. § 197. Nothzucht und Entführung. § 198. Wirkung der Ehe in Betreff der vor Eingehung derselben gebornen Kinder. § 199. Personen, die um Legitimation nachsuchen dürfen. § 200. Legitimation der aus nichtigen Ehen erzeugten Kinder. § 201. Legitimation eines zu früh gebornen Kindes. § 202. Wirkung der Legitimation.

Neuntes Kapitel. Von der Annahme an Kindesstatt.

§ 203. Wenn selbige statt findet. § 204. Art und Weise wie die Adoption geschieht. § 205. Wirkung derselben. § 206. Hinzufügung eines andern Familiennamens zu dem früher geführten, als besonderes Rechtsinstitut. § 207. Kirchliche Gebrauche bei der Adoption (S. 175).

Zehntes Kapitel. Von der älterlichen Gewalt.
S. 112.

I. *Allgemeine Verordnungen über die gegenseitigen Rechte u. Pflichten der Aeltern u. Kinder.*

§ 208. Begriff der älterlichen Gewalt. § 209. Dauer derselben. § 210. Pflichten der Kinder gegen die Aeltern.

II. *Von den Rechten und Pflichten der Aeltern gegen die Kinder in Betreff ihrer Personen.*
§ 211. S. 113.

§ 212. Erziehung der Kinder. § 213. Mittel hierzu. § 214. Abgabe der Kinder an Fremde auf bestimmte Jahre. § 215. Recht der Aeltern, ihren Kindern für persönliche Beleidigungen Genugthuung zu verschaffen. § 216. Befugniss der Aeltern in Rücksicht der Heirath ihrer Kinder. § 217. Recht, die Kinder bestrafen zu lassen.

III. *Von den Pflichten der Kinder gegen die Aeltern in Betreff ihrer Personen.* S. 115.

§ 218. Pflicht, unvermögende Aeltern zu unterhalten. § 219. Verbot der Klage gegen die Personen der Aeltern. § 220. Abhängigkeit der Kinder von den Aeltern bei der Wahl einer Lebensart für sie. § 221. Verbot, die Kinder vom Staatsdienste abzuhalten. § 222. Verbot der Gemeinschaft mit den Aeltern.

VI. *Von der Wirkung der älterlichen Gewalt in Betreff dinglicher Rechte.* § 211. S. 117.

§§ 223. 224. Verwaltung des den Kindern gehörigen Vermögens. § 225. Unwirksamkeit

der von unabgetheilten Kindern über das älterliche Vermögen eingegangenen Verträge. § 226. Besoldung gehört nicht zum eigenen Vermögen des unabgetheilten Sohnes. § 227. Welche Kinder sind unabgetheilt? § 228. Recht der Kinder, sich wegen dinglicher Ansprüche über ihre Aeltern zu beschweren.

V. *Von den Grenzen der älterlichen Gewalt.* S. 119.
§ 229

VI. *Ueber die Beendigung und Beschränkung der älterlichen Gewalt.* S. 120.

§ 230. Beendigung der älterlichen Gewalt durch den Tod. § 231. Beschränkung derselben durch Verheirathung der Töchter. § 232. Deren Erlöschung in Rücksicht des Vermögens der Kinder. § 233. Gerichtliche Sequestration des den Kindern zugehörigen Vermögens auf Bitte der Aeltern.

VII. *Vom Gerichtsstande der Aeltern und Kinder bei einem unter ihnen entstandenen Rechtsstreite.* S. 121. § 234.

Elftes Kapitel. Von der Vormundschaft und Kuratel. S. 123.

§ 235. Begriff derselben.

A. *Von der Vormundschaft und Kuratel über Unmündige und Wittwen.* S. 124.

I. *Von Unmündigen und der Vormundschaft und Kuratel überhaupt.* S. 124.

§ 236. Berechtigung des Unmündigen, um einen Kurator zu bitten, sobald er das 14te Jahr erreicht. § 237. Gesetzliches Alter zur

Volljährigkeit. § 238. Behörden zur Behandlung vormundschaftlicher Angelegenheiten, nach Verschiedenheit des Standes. § 239. Organisation der verschiedenen Vormundschaftsbehörden. § 240. Wirkungskreis des adeligen Vormundschaftsamts und Waisengerichts.

II. Von den Pflichten der verschiedenen vormundschaftlichen Behörden. S. 127.

§ 241. Ernennung der Vormünder für Unmündige. § 242. Erkundigung nach der Person und dem Vermögen des Unmündigen. § 243. Aufsicht über die Vormünder. § 244. Ertheilung gehöriger Instruktionen für die Vormünder. § 245. Sorge für Unmündige, die ohne Vermögen nachbleiben. § 246. Jährlicher Bericht an die Oberbehörde. § 247. Sorge für die Wittwen. § 248. Verfahren a. bey Theilung; b. § 249. bey dem Verkaufe oder der Verpfändung des Vermögens. § 250. Veranlassung, die Rechte der Wittwen und Waisen wahrzunehmen. § 251. Pflicht des Distriktsältesten und des Bezirkshaupts bey Wittwen und Waisen.

III. Von der Ernennung der Vormünder S. 131.

§ 252. 253. Verwaltung des den Kindern gehörigen Vermögens bey Lebzeiten der Aeltern. § 254. Ernennung der Vormünder durch die Aeltern. § 255. Bestellung derselben durch das adelige Vormundschaftsamtsamt und Waisengericht und (§ 256) für unmündige Kinder geistlicher Personen durch die geistliche

Obrigkeit. § 257. Ernennung eines Kurators durch den Amtsältesten und dessen Gehülfen. § 258. Ernennung der Vormünder auf Allerhöchsten Befehl. § 259. Wer zu Vormündern gewählt wird? § 260. Unfähigkeit zur Vormundschaft. § 261. 262. Sorge für Waisen, die ohne Unterhalt nachbleiben.

IV. *Von der Pflicht eines Vormundes.* S. 135.

§ 263. Hauptpflicht eines Vormundes. § 264. Abhängigkeit des Vormundes vom adeligen Vormundschaftsamte und Waisengerichte. § 265. Pflicht des Vormundes in Betreff der Person des Unmündigen. § 266. Bestreitung der nothwendigen Ausgaben aus den Einkünften des Unmündigen. § 267. Empfang des Vermögens eines Unmündigen von Seiten der Vormünder. § 268. Errichtung des Inventars über das ganze Vermögen des Unmündigen. § 269. Aufbewahrung beweglicher Sachen. § 270. Betreibung der Gewerbe und sonstigen Angelegenheiten des Unmündigen. § 271. Verwaltung des unbeweglichen Vermögens des Unmündigen. § 272. Erhaltung der nützlichen Gebäude und Tragung der öffentlichen Lasten. § 273. Gewalt des Vormundes über die Leute des Unmündigen. § 274. Beschränkung der vormundschaftlichen Gewalt in Betreff der Leistung der Bauern. § 275. Verfahren mit den Hofsleuten. § 276. Einkünfte und Ausgaben des Unmündigen. § 277. Pflicht des Vor-

mundes in Betreff des Geldumsatzes und (§ 278) der Schulden des Unmündigen. § 279. Verkauf und Verpfändung des Vermögens eines Unmündigen wegen Schulden. § 280. Verkauf aus freyer Hand. § 281. Verkauf der Sachen, die durch Fäulniss oder auf andere Weise zu Grunde gehen. § 282. Anleihe aus der Bank, unter Verpfändung des Vermögens des Unmündigen. § 283. Betreibung der Prozesse des Unmündigen. § 284. Erhebung der Strafe von den Vormündern für widerrechtliche Appellation in Sachen des Unmündigen. § 285. Vermessung der dem Unmündigen gehörigen Ländereyen. § 286. Recht der Vormünder, den Unmündigen Genugthuung für persönliche Beleidigungen zu verschaffen. § 287. Abhängigkeit des Unmündigen vom Vormunde. § 288. Entschädigung der Vormünder.

V. Von den vormundschaftlichen Rechnungen.

S. 146.

§ 289. Einlieferung der Jahresrechnungen an die Vormundschaftsbehörde. § 290. Ablegung der Generalrechnung nach beendigter Vormundschaft. § 291. Einreichung der Rechnungen, wenn sich das Vermögen des Unmündigen in verschiedenen Kreisen befindet. § 292. Durchsicht der vormundschaftlichen Rechnungen. § 293. Klagen in Vormundschaftssachen. § 294. Verfahren gegen die Vormünder wegen Verabsäumung der Rechte des Unmündigen.

VI. *Von der Aufhebung der Vormundschaft.*

S. 148.

§ 295. Beendigung derselben wegen Volljährigkeit des Unmündigen. § 296. Verbot der Veräußerung des unbeweglichen Vermögens vor zurückgelegtem 21. Jahre. § 297. Gänzliche Beendigung der Vormundschaft. § 298. Gleiche Rechte für beyde Geschlechter. § 299. Wiederaufnahme der Rechtssachen eines Minderjährigen nach erlangter Volljährigkeit.

B. *Von der Kuratel über Wahn- und Blödsinnige.*

S. 150.

§ 300. Wer für wahn- und blödsinnig gehalten wird. §§ 301. 302. Art und Weise, wie Jemand für wahn- und blödsinnig erkannt wird. § 303. Folgen hiervon. § 304. Pflicht des Kurators eines Wahnsinnigen. § 305. Pflicht desselben in Betreff des dem Wahnsinnigen gehörigen Vermögens. § 306. Vermessung der dem Wahnsinnigen gehörigen Ländereyen.

C. *Von der Kuratel über das Vermögen unbedachtsamer Schuldner und öffentlich erklärter Verschwender.* S. 152.

I. § 307. Wer für einen unbedachtsamen Schuldner zu erkennen ist. § 308. Verfahren mit einem solchen Schuldner, besonders auch (§ 309), wenn er aufs neue Vermögen erwirbt. § 310. Aufhebung dieser Kuratel. II. § 311. Kuratel über Verschwender. § 312. Befugniss zur Errichtung einer solchen Kuratel. § 313. Errichtung derselben mittelst Allerhöchsten

Defehls. § 314. Untersagung der Vermögensverwaltung vor dem Anfall einer Erbschaft. § 315. Gewalt der in einem solchen Falle ernannten Kuratoren. § 316. Beendigung dieser Kuratel.

D. Kuratelen anderer Art. S. 157.

§§ 317. 318. 1. Kuratel über Bergwerke. § 319. 2. Kuratel im Falle eines von einem Pächter oder Lieferanten begangenen Verbrechens. § 320. 3. Kuratel über das an die Reichsbanken verpfändete Vermögen. § 321. Pflicht der in einem solchen Falle ernannten Kuratoren. § 322. Verantwortlichkeit derselben mit ihrem eigenen Vermögen. § 323. Rechnungen dieser Kuratoren. § 324. Entschädigung derselben. § 325. Erlöschung dieser Kuratel. § 326. 4. Kuratel wegen rückständiger Steuern. § 327. Beendigung dieser Kuratel. § 328. 5. Kuratel über ererbtes Vermögen wegen Uneinigkeit der Erben. § 329. Folge einer solchen Kuratel. § 330. 6. Kuratel über streitiges, durch ein Testament hinterlassenes Vermögen. § 331. Recht der Interessenten, sich über die Kuratoren zu beschweren. § 332. 7. Kuratel wegen tyrannischer Behandlung der Bauern. § 333. 8. Kuratel bey Vermessung der Ländereyen Abwesender, oder solcher, denen der Briefwechsel untersagt ist. § 334. Allgemeine Regeln für alle obigen Kuratelen.



INSTITUTIONEN DES RUSSISCHEN RECHTS.

EINLEITUNG.

VON DEN GESETZEN IM ALLGEMEINEN.

I.

Von der gesetzgebenden Gewalt und der Staats- Verwaltung.

§ 1.

Höchste Staatsge-
walt.

DER REGENT, als Selbstherr-
scher, ist die Quelle aller politi-
schen und bürgerlichen Gewalt. Der oberste
Grundsatz, welcher dem Russischen Monarchen
bey Ausübung dieser Gewalt zur Richtschnur
dient, ist in der Akte des heiligen Bundes aus-
gesprochen. [a].

[a] Vorrede zur Uloshenjie
(dem allgemeinen Russischen
Landrechte) des Zaren *Alexei
Michailowitsch* vom 29 Januar
1649. — Kriegs-Reglement v.
30 März 1716, Art. 20. Er-
klärung. — Seereglement vom
13 Januar 1720. B. V. Kap. 1.
§ 2. Erklärung. — Instruktion
für die zur Abfassung des Ent-
wurfs zu einem neuen Gesetz-
buche verordnete Commission
v. 30 July 1767, § 1. 2. 3. 4. 9.
10. 11. 148. 149. — Instr. für
den Generalprokureur vom 30
July 1767. § 7. — Abriss, nach

welchem die zur Abfassung des
Entwurfs zu einem neuen Ge-
setzbuche verordnete Kommis-
sion ihre Arbeiten zu beendi-
gen hat, vom 8 April 1768,
Th. I. (No. 1. Allgemeiner
Supplementband zum 1. Theile
No. 1). Akte des heiligen
Bundes, ausgefertigt und un-
terzeichnet zu Paris im Jahre
des Heils 1815 den $\frac{14}{26}$ Septembr.
und eröffnet durch das Manifest
vom 25. December 1815. Beyde
sind abgedruckt in den Pandek-
ten B. IV, Abth. II. in den Er-
gänzungen Seite 604.

§ 2.

Staats-Regierung.

Die Grundgesetze des Reichs verordnen mittlere Gewalten, durch welche der Regent seine Macht ausübt. Diese untergeordneten Gewalten, von dem Staatsoberhaupt abhängig und nach dem Gesetze wirkend, machen das Wesen der Regierungsverfassung aus. [b].

§ 3.

Gesetze.

Die positiven Gesetze sind besondere und genau bestimmte Vorschriften des Gesetzgebers, als Mittel zur Gründung und Erhaltung des Staats-Vereins, ohne welche derselbe zu Grunde gehen würde [c].

§ 4.

Allgemeines Gesetzbuch für das Russische Reich.

Das Gesetzbuch für das Russische Reich, aus den ächten Quellen (*) des vaterländischen Rechts geschöpft, ist der Inbegriff derjenigen Gesetze, die für jeden Unterthan, vom vornehmsten bis zum geringsten, gleich verbindende Kraft haben [d].

(*) Diese sind das Landrecht des Zaren Alexei Michailowitsch vom 29 Januar 1649 und die späteren Gesetze. Die frühern sind als aufgehoben zu betrachten.

Anmerkung. Die bloss auf einzelne Länder und Städte sich beziehenden Provincial-Gesetze und Lokalverordnungen, deren Gültigkeit durch die bei der Vereini-

[b] Instr. für die G. K. vom 30 July 1767, § 18. 20. — Instr. für den Gen. Pr. v. 30 July 1767. § 7. — Abr. v. 8 April 1768. Th. I. — Allgemeine Organis. der Minist. vom 25 Jun. 1811 Th. II § 206 bis 209 (No. 2. Allg. Suppl. B. No. 2.)

[c] Instr. für die G. K. vom 30 July 1767. § 59 und 145. (No. 3).

[d] Vorrede zur Ul. — Allerhöchst bestätigte Unterlegung des Justiz-Ministerii in Betreff der Organisation der Gesetzkommision v. 28 Febr. 1804. Seite 19. 21. 23. (in der teut-

II.

Von der Eintheilung der Gesetze.

§ 5.

Verschiedenheit der Gesetze.

Die Gesetze sind ihrem Umfange und ihrem Gegenstande nach verschieden [e].

§ 6.

Hauptgegenstände der Gesetze.

Die beiden Hauptgegenstände der positiven Gesetze sind: 1) der Staat; 2) der Bürger. Die Gesetze, welche sich auf den Staat beziehen, bilden das öffentliche Recht; diejenigen aber, welche den Bürger betreffen, das Privat- oder bürgerliche Recht. Jede von diesen Hauptabtheilungen zerfällt in mehrere Unterabtheilungen [f].

§ 7.

Gegenstand des öffentlichen Rechts.

Das öffentliche Recht hat diejenigen gesetzlichen Bestimmungen zum Gegenstande, die zur Erhaltung der Integrität, der Ruhe und der Ordnung des Staats erforderlich sind [g].

gung derselben mit dem Russischen Reiche vollzogenen Urkunden bedingt worden, desgleichen die den Korporationen oder Individuen in Folge besonderer Verfügungen der Regierung erteilten Privilegien bleiben einer anderweitigen Darstellung vorbehalten.

schen Ausgabe). — Vergl. die Ukasen unter No. 25 (No. 4).

[e] Instruktion für die G. K. vom 30 July 1767. § 447. — Instr. für den Gen. Pr. vom 30 July 1767. § 3. (No. 5).

[f] Abr. vom 8 April 1768. Unt. vom 28 Febr. 1804. S. 27

bis 29. (teutsche Ausgabe). — Organisation der Gesetzkommision v. 7 März 1809. (No. 6).

[g] Abr. Th. I. — Anweisung für die Gesetzkommision vom 27 April 1768. — Unt. v. 28 Febr. 1804. S. 41. (teutsche Ausg.) (No. 7).

§ 8.

Eintheilung des öffentlichen Rechts.

Es begreift in sich : I) Die Gesetze, die die Verfassung des Reichs bestimmen (Grundgesetze). II) Die Gesetze, welche die Verwaltung desselben anordnen (Regierungsgesetze) [h].

§ 9.

Kirchliche Gesetze.

Hierher gehören: 1) die Bestimmungen über solche Fälle, wo die weltlichen Gesetze zur Erhaltung der guten Ordnung mit den kirchlichen in Berührung kommen, oder wo die letztern von den erstern unterstützt werden (mit Ausnahme jedoch der die rechtgläubige Religion begründenden Dogmen), eben so die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf fremde Glaubensverwandte und ihre Geistlichkeit beziehen [i].

§ 10.

Gesetze über die Rechtspflege.

2) Die Gesetze über die Rechtspflege, d. h. über das Verfahren sowohl in bürgerlichen als peinlichen Sachen. Sie begreifen in sich die Gerichts- und Prozessordnung, welche die Mittel an die Hand geben, die Wahrheit zu erforschen und gesetzlichen Schutz und Entschädigung zu erlangen [k].

[h] Instr. für die G. K. v. 30 July 1767 § 250. — Instr. für den Gen. Pr. § 8. — Abr. Th. I. — Unt. vom 28 Febr. 1804. S. 41. (teutsche Ausg.) — Manif. v. 25 July 1810. (No. 8. Allg. Suppl. B. zu Th. I. No. 5).

[i] Abr. Th. I. im ersten Absch. — Bestimmung der Gegenstände, die zur Generaldirection der geistlichen Angele-

genheiten fremder Glaubensgenossen gehören v. 17 Aug. 1810. — Allgemeine Organisation der Ministerien. Th. I § 15. — Organisation der Ministerien der geistlichen Angelegenheiten u. der Volksaufklärung v. 24 Oct. 1817. Th. I Kap. I. § 1 und Kap. II. § 4. (No. 9. Allg. Suppl. B. zu Th. I No. 4).

[k] Instr. für die G. K. vom

§ 11.

Feinliche Gesetze. 3) Die Gesetze, welche nicht nur die Handlungen bestimmen, die als Verbrechen zu betrachten sind, sondern auch die damit verknüpften Strafen [l].

§ 12.

Polizei-Gesetze. 4) Die Bestimmungen, welche die Mittel angeben, wodurch: 1) die Störung der allgemeinen Ruhe verhütet, 2) die sittliche Ordnung erhalten und 3) die Gesetze selbst in Erfüllung gebracht werden [m].

§ 13.

Kameral- und Finanzrecht. 5) Die Gesetze über die Verwaltung: a) des Staats-Vermögens und des Eigenthums des Kaiserlichen Hauses; b) der Staats-Einkünfte und Ausgaben, so wie über die Kontrolle der Rechnungen [n].

30 July 1767. § 98. 99. 100. und 101. — Abr. Th. I. Abschn. II. — Unt. vom 28 Febr. 1804. S. 56. 57. (teutsche Ausg.) — Manif. vom 8 Septbr. 1802. § III. — Allg. Org. der Minist. vom Jahre 1811. Th. I. Kap II. §. 13. (No. 10.)

[l] Instr. für die G. K. vom 30 July 1767. § 61. 67 und 73. — Unt. vom 28 Febr. 1804. S. 50 (teutsche Ausg.) (No. 11).

[m] Instr. für die G. K. v. 30 July 1767. § 528. bis 533. 535. 537. — Abr. Th. I. Abschn. IV. — Uk., womit die Poliz. Ordu. dem Senat

übersandt worden, v. 8 April 1782. — P. O. § 1. 30. 46. 47. 48 u. 51. — Man. v. 8 Septbr. 1802. § IV. — Org. des Pol. Min. v. 25 Juny 1811. Th. II, Kap. II. § 58. 59 u. 60. (No. 12).

[n] Abr. Th. I. Abschn. VI — Verordnung über das Kaiserliche Haus v. 11 Apr. 1797. § 1. 2. u. 3. — Man. v. 8 Sept. 1802. § V. — Man. v. 28 Jan. 1811 § 1. — Allg. Org. der Min. v. 25. Juny 1811. Th. I. § 7. 8. 9. — Org. des Finanzministeriums v. 25 Juny 1811 Th. II. Kap. II. § 154 und 155. (No. 13 Allg. Suppl. B. zu Th. I. No. 5).

§ 14.

Gesetze über den
Ackerbau und die In-
dustrie im Innern.

6) Die Gesetze, welche die Verbreitung und Beförderung des Ackerbaues und der Gewerbe in den verschiedenen Zweigen der innern Industrie zum Gegenstande haben [o].

§ 15.

Handelsrecht.

7) Die Gesetze in Betreff des innern und auswärtigen Handels und der Zölle [p].

§ 16.

Gesetze über die
Volksaufklärung.

8) Die Gesetze, welche die Bestimmungen über die Erziehung der Jugend und die sittliche Ausbildung der Bürger, mit Berücksichtigung der Pflichten und der Wohlfahrt jedes Standes, enthalten: gleichergestalt auch die Verordnungen in Betreff der mannigfaltigen gottgefälligen Anstalten [q].

§ 17.

Gesetze in Betreff
der innern Kommunik-
ation.

9) Die Verordnungen in Betreff der innern Kommunikation, sowohl zu Lande als zu Wasser [r].

[o] Abr. Th. I. Abschn. VI. Man. vom 8 Septbr. 1802. § IV. — Bestimmung der Gegenstände, die zum Minist. der innern Angelegenheiten gehören vom 17 Aug. 1810. — Allg. Org. der Min. Th. I. Kap. 2. § 10. (No. 14. Allg. Suppl. B. No. 6). [p] Man. v. 8 Septbr. 1802. § VI. — Best. der Gegenst. des Kommerzfaches, die z. dem Min. des Innern u. zum Finanz-Min. gehören, vom 17 Aug. 1810. — Allgem. Organ. der Min. vom 25 Jun. 1811. Th. I. Kap. II. § 7. — Org. des Fin. Min. vom

25. Jun. 1811 Th. II. Kap. V. § 253. (No. 15 Allg. Suppl. B. No. 7).

[q] Abr. Th I. Abschn. V. — Man. v. 8 Septbr. 1802 § VII. — Vorläufige Grundsätze über die Volksaufklärung, vom 24 Jan. 1803 Kap. I. § 2. — Allg. Org. der Minist. vom 25 Juny 1811 § 11. — Man. über die Org. des Min. der geistl. Angel. und Volksaufkl. v. 24 Oct. 1817 Th. I. Kap. I. § 1. und Kap. IV. § 27 und 28. (No. 16 Allg. Suppl. B. No. 8).

[r] Abr, Th. I. Abschn. V. —

§ 18.

Bestimmungen in Be-
treff der äussern Ver-
hältnisse.

10) Die Bestimmungen, die
sich auf die äussern Verhält-
nisse mit andern Staaten bezie-
hen [s].

§ 19.

Kriegsgesetze.

11) Die Gesetze über die Ein-
richtung der Land- und Seemacht [t].

Anmerkung. Die gesetzlichen Bestimmungen über
die in den §§ 8 bis 19 bemerkten Gegenstände (die
sonst, laut des Generalreglements und der für jedes
Kollegium erlassenen besondern Reglemente, unter
der Leitung der Reichs-Kollegien standen, jetzt aber
den Ministerien untergeordnet sind) sollen in dem
dem öffentlichen Rechte gewidmeten Abschnitten
aufgestellt werden.

§ 20:

Gegenstand des bür-
gerlichen Rechts.

Das bürgerliche oder Privat-
recht (§ 6) ist der Inbegriff der-
jenigen Gesetze und Verordnungen, die jedem
einzelnen Bürger in den Verhältnissen, worin
er mit andern steht, in Rücksicht seiner Per-
son, seines Vermögens und seiner Forderungen
Schutz und Sicherheit gewähren [u].

Uk. vom 28 Febr. 1798. — All-
gem. Org. der Min. Th. I. Kap.
II. §. 12. (No. 17).

[s] Man. vom 8. Septbr. 1802.
§ II. — Allgem. Org. der Min.
Th. I. §. 4. (No. 18).

[t] Man. wegen des Kriegs-
Reglements v. 30 März 1716. u.
wegen des Seereglements vom
13 Jan. 1720. — Allg. Organ.

der Min. v. 25 Jun. 1811 Th. I.
Kap. II. § 5 und 6. — Unt. v.
27 Jan. 1812. — Ukas v. 12 Dec.
1815 § 1 bis 4 und 15. (No. 19.
Allg. Suppl. B. No. 9).

[u] Instr. für den Gen. Prok.
vom 30 July 1767. § 10 — Abr.
Th. II. — Unt. vom 28 Febr.
1804. (No. 20).

§ 21.

Handelsgesetze.

Das Handelsgesetzbuch gehört zum bürgerlichen Rechte, in sofern die in selbigem enthaltenen Bestimmungen durch Anwendung privatrechtlicher Grundsätze auf kaufmännische Verhältnisse, entstanden sind [v].

§ 22.

Dauernde, zeitige Bestimmungen.

Die Gesetze (§ 5) werden gegeben: 1) als dauernde, 2) als zeitige Bestimmungen, und heissen Manifeste, Verordnungen, Reglemente, Instruktionen, Rescripte, Ukasen, u. s. w. Die einen wie die andern müssen ihrem Gegenstande nach in besonders dazu eingerichtete Bücher eingetragen seyn [w].

Anmerkung. Hierunter sind auch begriffen: die Allerhöchst bestätigten Gutachten des Reichs-Raths, die Protokolle des Minister-Comité, die Unterlegungen des dirigirenden Senats, der heiligsten Synode und aller andern Autoritäten und Personen, die zu solchen Vorträgen bey Sr. Kaiserlichen Majestät berechtigt sind.

§ 23.

Fortsetzung.

Auf gleiche Weise werden die künftig zu erlassenden neuen Gesetze nach ihren Gegenständen geordnet [x].

[v] Instr. für die G. K. vom 30 July 1767. § 338. — Org. v. 7. März 1809. (No. 21).

[w] Uk. v. 29 April 1720. — 30 Jan. 1736. — 18 März 1736. — 12 Juny 1761. — Instr. für

die G. K. vom 30. July 1767. § 440 bis 447 (No. 22.)

[x] Uk. v. 11 März 1724. — G. V. v. 7 Nov. 1775, § 405. Abth. I. — Uk. v. 13 Dec. 1782. — v. Oct. und 6 Decbr. 1805, (No. 23).

§ 24.

Präjudicate.

Diejenigen Ukasen, die nicht zur Ergänzung des Gesetzbuchs, sondern bloß als Entscheidungen in einer Privatsache erfolgt sind, sollen bey andern Verhandlungen nicht zur Richtschnur genommen werden [y].

III.

Von der Redaction und Form der Gesetze.

§. 25.

Redaction a) des allgemeinen Gesetzbuchs.

Das allgemeine Gesetzbuch muss vor seiner Bekanntmachung von den dazu berufenen Korporationen des Reichs geprüft werden [z].

§ 26.

b) der einzelnen Gesetze.

Alle neue Gesetze, administrativen Verordnungen und Einrichtungen werden von den dazu auf Allerhöchsten Befehl beauftragten Autoritäten bearbeitet. Gegenwärtig findet die Erörterung derselben in dem Reichs-Rathe Statt, welcher sie Kaiserlicher Majestät zur Genehmigung vorträgt [a].

Anmerkung: Kraft der allgemeinen Organisation der Ministerien, ist diesen die genaue Aufrechterhaltung der Gesetze und administrativen Verordnungen, wiewohl ohne legislative Gewalt, vorgeschrieben. Uebrigens ist für den Fall der Abwesenheit Sr. Kaiserlichen Majestät von der Hauptstadt das Minister-Comité errichtet, zu dessen Wirkungskreise die sämtlichen

[y] Uk. vom 15 Jun. 1714 (No. 24).

[z] Vorrede zur Ul. — Uk. v. 29 Septbr. 1761 und 14 Decemb. 1767. — Man. von demselben Dato. — Man. v. 1. Jan. 1810 (No. 25).

[a] Man. vom 1 Jan. 1810. Abth. I. II. § 2, Abth. III. §§ 29 u. 41, Abth. VI. § 71. — Allgem. Organ. der Ministerien v. 25 Juni 1811. Th. I. Kap. V. § 65. (No. 26. Allg. Suppl. B. No. 11.)

Angelegenheiten der verschiedenen Ministerien, den deshalb erlassenen Vorschriften gemäss, gehören [b].

§ 27.

Abfassung der Entwürfe zu Gesetzen.

Alle Entwürfe zu Gesetzen, administrativen Verordnungen und Einrichtungen müssen vorläufig an die zur Abfassung der Gesetze verordnete Kommission gelangen [c].

§ 28.

Allerhöchste Bestätigung der neuen Gesetze.

Die von des Kaisers Majestät bereits genehmigten Gesetze, administrativen Verordnungen und Einrichtungen werden in der dazu vorgeschriebenen Form dem Kaiser zur Allerhöchsten Unterschrift vorgelegt [d].

§ 29.

Form der zur allgemeinen Nachachtung erlassenen Allerhöchsten Befehle.

Bis zu den Zeiten des Kaisers Peter des Ersten war die Form der Kaiserlichen Sanction folgende: «Der Gross-Zar und Herrscher hat geboten und die Bojaren haben verfügt.» Seit der Regierung Peter des Ersten fingen die Allerhöchst erlassenen gesetzlichen Vorschriften folgendermassen an: «Wir von Gottes Gnaden Kaiser und Selbstherrscher aller Reussen, u. s. w.» Zu Folge der Organisation des Reichs-Raths vom Jahre 1810 werden alle neue Gesetze, administrativen Verordnungen und Einrichtungen in folgender Form ausgefertigt: «Wir von Gottes

[b] Man. v. 8 Septbr. 1802.

§ 10 u. 11. — Man. v. 1 Jan. 1810. §§ 29 u. 30. — Allgem. Org. der Minist. § 206 bis 209. — Uk. v. 20 März 1812. — Rescr. v. 16 Juli 1814 u. Uk. v. 14 Jul. 1816 (Allg. Suppl. B. No. 10.)

[c] Manif. v. 1. Jan. 1810.

Abth. VI. §§ 67. 68. 69 u. 70. — Allgem. Organ. der Min. Th. I. Kap. V § 65 (No. 27. Allgem. Suppl. B. No. 11).

[d] Man. v. 1. Jan. 1810. Abth. VI. § 72 (No. 28.).

Gnaden u. s. w.» Hierauf folgt eine kurze Darstellung der Beweggründe. Sodann: «Nach vernommener Meinung des Reichs Raths, befehlen oder verordnen Wir, u. s. w.» Zuletzt die Artikel des Gesetzes selbst [e].

IV

Von der Bekanntmachung der Gesetze.

§ 30.

Eröffnung der namentlichen Ukasen. Alle von Sr. Kaiserlichen Majestät unmittelbar erlassene Ukasen heissen namentliche Allerhöchste Ukasen, und werden 1) entweder von dem Kaiser eigenhändig unterschrieben, in welchem Falle sie *unterschiedene Ukasen* genannt werden, oder 2) im Namen Kaiserlicher Majestät durch Personen, welche dazu befugt sind, schriftlich eröffnet, d. h. durch die Senatoren, die Mitglieder der heil. Synode, die Minister, die dienstthuenden Generaladjutanten, den Reichssekretär, die Staatssekretäre, oder wer sonst dazu vom Kaiser ausdrücklich beauftragt ist. Diese heissen auf Allerhöchsten Befehl *eröffnete* Ukasen [f].

§ 31.

Eröffnung der Allerhöchsten Befehle im Reichs - Rath. Bey den Verhandlungen des Reichs-Raths werden die an ihn gelangenden mündlichen Allerhöchsten Befehle der Generalversammlung durch den Präsidenten

[e] In dem nämlichen Man. Abth. VII. §§ 73 bis 77. — Uk. v. 24 Mai 1784 (nach Chr. Geb. 1676). (No. 29)

9 Juni 1735. — 30 Juli 1742. — 10 Jan. 1743. — 29 Nov. 1761. — 3 Juli u. 7 Novbr. 1762. — 3 Febr. 1763. — 8 Septbr. 1802. Punkt 10. (No. 30. Allg. Suppl. B. No. 12.)

[f] Uk. v. 10 Aug. 1726 —

derselben und den Departements durch ihre Präsidenten eröffnet [*g*].

§ 32.

Im Feldlager und in den Festungen eröffnete Ukasen. Die im Feldlager oder in den Festungen eröffneten Allerhöchsten Befehle haben mit den übrigen gleiche Kraft [*h*].

§ 33.

Fälle, in welchen verlaubliche Ukasen keine Gültigkeit haben. Allerhöchste Befehle, die den Verlust des Lebens, der Ehre oder des Vermögens betreffen, desgleichen Geldanweisungen auf eine Summe von mehr als zehntausend Rubeln, Verleihungen von Gütern und Rangerhöhungen, welche die 7te Klasse übersteigen, bedürfen zu ihrer Vollziehung der eigenhändigen Unterschrift Kaiserlicher Majestät [*i*].

Anmerkung. Während der Abwesenheit des Kaisers von der Hauptstadt waren einige Ausnahmen von dieser Regel in Rücksicht des Reichs-Raths festgesetzt, die indessen durch den hierunter citirten Ukas von 1816 aufgehoben werden [*k*].

§ 34.

Fortsetzung. Befehle zur Erhebung neuer Abgaben bedürfen gleichfalls der eigenhändigen Unterschrift des Kaisers [*l*].

[*g*] Organ. des Reichs-Raths vom 1 Jan. 1810. Abth. V. § 66 (No. 31).

[*h*] Kriegsreglement Art. 35 (No. 32).

[*i*] Ukas vom 3 Juli 1762 (No. 33).

[*k*] Zwei Ukasen v. 3 Apr. 1812. — Uk. v. 29 Aug. 1814. — v. 10 Jan. 1816. Punkt 1 u. 2 (Allg. Suppl. B. No. 13).

[*l*] Uk. vom 6 Juni 1778 (No. 34).

§ 35.

Ungültigkeit der handschriftlich publicirten Ukasen.

Die Bekanntmachung namentlicher Ukasen geschieht nur durch gedruckte Exemplare; handschriftlich publicirten darf nicht geglaubt werden [m].

§ 36.

Durch welche Behörden und wie die Gesetze publicirt werden.

Die Gesetze werden, sobald sie gedruckt worden, durch den dirigirenden Senat mit der Beglaubigung des Ober-Sekretärs, unter Beidrückung des Reichs-Siegels, zur öffentlichen Wissenschaft gebracht; so wie in den Provinzen durch die Gouvernementsbehörden und die ihnen untergeordneten Stellen [n].

V

Von Bewahrung der Gesetze.

§ 37.

Behörde, der die Bewahrung der Gesetze obliegt.

Der dirigirende Senat ist diejenige Reichsbehörde, der die Bewahrung und Aufrechthaltung der Gesetze

- [m] Uk. v. 14 März 1764. — 23 Febr., 20 Mai, 5 Juli 1721. — 10 Jan. u. 15 Juni 1722. — 19 Oktbr. 1775. — 2 Mai 1783. — 30 Septbr. 1723. — 2 Okt. 1724. — 19 Mai 1806 (No. 35). — P. 3. — 8 Febr. u. 8 Apr. 1725. — 20 Febr. u. 1 Mai 1728. — 10 Juni 1730. — 20 Juli 1742. — v. 14 März u. v. Juli 1764. — 31 März 1766, P. 4. — v. 9. Okt. 1771. — 10 Mai 1773. — 2 Mai 1783. — Unterlegung des Justizministers v. 8. Decbr. 1808 (No. 36).
- [n] Uk. v. 16 März, 30 Aug. u. 24 Dec. 1714. — 1 Juli 1715. — v. 19 Juni 1716. — Senats-Instr. v. Febr. 1718. P. 7. — Uk. v. 17 Juni 1718. — 10 Jan. u. 16 Apr. 1719. — 10 Febr., 14 März, 24 Mai, 22 Juni, 23 August, 3 u. 6 Okt. 1720. —

anvertraut ist. Dem zufolge müssen alle namentliche Allerhöchste Ukasen — diejenigen ausgenommen, die geheim gehalten werden sollen — von allen Autoritäten und Personen, an die sie erlassen worden, dem Senat mitgetheilt werden [o].

§ 38.

Aufbewahrung der Gesetze. Die Gesetze werden im dirigirenden Senat nach einer festgesetzten Ordnung (§ 22.) aufbewahrt, welche auch in den ihm untergeordneten Behörden beobachtet werden muss [p].

VI.

Von der Wirkung und Anwendung der Gesetze.

§ 39.

Anfang der Wirkung des Gesetzes. Die Wirkung des Gesetzes fängt mit der Bekanntmachung desselben an, und erstreckt sich nur auf künftige Fälle [q].

§ 40.

Verpflichtung, die Gesetze zu kennen. Jeder Unterthan ist verbunden, sich um die Gesetze, die ihn angehen, zu bekümmern, und es kann sich daher

[o] Uk. v. 25. Jan. 1705. — 11 März 1724. — 12 Juni 1761. — 14 Mai 1719. — 5 Juli 1721. — G. V. § 405. — Uk. vom 13. Mai 1723. Punkt 8. — 10 Decbr. 1782 und vom Oktober 1724. — Instr. für die 1805 (No. 38).
G. K. vom 30 Juli 1767. § 23. [q] Polizei-Ordn. v. 8 Apr. 1782. § 48. — Uk. v. 18 Decbr. 1785, Punkt 1. und 8. Oktbr. 1817, enthalten im Senats-Ukas vom November 1817 (No. 39).
und 26.. — Uk. v. 4 Jan. 1797. — 8 September 1802. Punkt 1 und 5. und vom December 1814 (No. 37).

[p] Uk. v. 29 April 1720. — Allg. Suppl. B. No. 14).

Niemand mit der Unkunde derselben entschuldigen [r].

§ 41.

Fortsetzung.

Die Staatsbeamten sind besonders zu einer genauen Kenntniss der bestehenden Gesetze und Verordnungen verpflichtet [s].

§ 42.

Anwendung der militärischen Gesetze.

Wo die Vorschriften des bürgerlichen und peinlichen Rechts nicht zureichen, werden die in dem Kriegsgreglement von 1716 enthaltenen Bestimmungen angewandt [t].

§ 43.

Anwendung der Kormtschaja Kniga.

In Sachen, die unter der Jurisdiction der geistlichen Behörden stehen, gelten die Vorschriften der Kormtschaja Kniga (des Steuer- oder Richtbuchs) und die allgemeinen Reichsgesetze [u].

[r] Man. wegen des Kriegsgreglements v. 30 März 1716. — Seereglement B. V. Kap. XX. Punkt 146. — Uk. vom 9 Februar 1720. — 22 Januar 1724 (No. 40).

[s] Uk. v. 20 Jan. 1724 (gedruckt den 25 Septbr.) und v. 22 Januar desselben Jahres. — Instr. für die Gouverneure und Wojewoden v. 12 Septbr. 1728. Punkt 3. — Polizeiordnung v. 8 April 1782 § 55 (No. 41).

[t] Uk. vom 10 April 1716 (No. 42).

[u] Geistliches Reglem. v. 25. Jan. 1721. — Instr. für den Erzbischof Leonid, v. 10 April 1722. Punkt 5. — Instr. für die

Inquisitoren vom 12 Decbr. 1722. P. 29. — Uk. vom 6 Jun. 1765. — Protokoll der heiligsten Synode v. 31 Dec. 1796. — Die Uk. v. Jahre 7162 (1654) u. v. 2 Jun. 1716. bestimmen, dass die Kormtschaja Kniga auch in Kriminalsachen angewandt werden soll. Merkwürdig ist übrigens noch die am 1 Juni 1779 Allerhöchst bestätigte Entscheidung des Gewissensgerichts, in Sachen des Edelmanns Demidow wider seine Gattinn, wo in einem bürgerlichen Rechtsstreite die Kormtschaja Kniga als Gesetz angeführt und zwar namentlich die von Demidow zum Besten sei-

VII.

Von Erfüllung der Gesetze.

§ 44.

Unverbrüchliche Beobachtung der Gesetze.

Die von Kaiserlicher Majestät erlassenen und gehörig bekannt gemachten Gesetze müssen von allen und jedem, sowohl den Unterthanen, als den in Russland sich aufhaltenden Fremden, unverbrüchlich beobachtet werden [v].

§ 45.

Erfüllung der Gesetze nach ihrem wörtlichen Sinne.

Die Gesetze müssen nach ihrem wörtlichen Inhalte und eigentlichen Sinne unpartheyisch und ohne Ansehen der Person erfüllt werden [w].

ner Ehegattinn gemachte Schenkung wegen Undankbarkeit, mit Berufung auf das bürgerliche Recht in der K. K. B. 48. Tit. 13. § 3, für nichtig erklärt wird (No. 43. Allg. Suppl. B. No. 15).

[v] Uk. v. 2 März 1711. — Kriegsreglem. v. 30 März 1716. Art. 35. — Senats-Instruktion v. Febr. 1718. Punkt 12. — Uk. vom 19 März 1719. — 9 Febr. 1720. — General-Reglement v. 27 Febr. 1720. Kap. 4. Erkl. — Pflicht des Prokureurs des Kammerkollegiums v. 27 Jan. 1722, P. 1. — Instr. für das in Moskau befindlich gewesene Mitglied des Senats v. 6. April 1722. P. 1 u. 2. — Uk. v. 17 April

1722. — Pflicht des General-Prokureurs v. 27 April 1722, Punkt 1. — Pflicht des Prokureurs des Justiz-Kollegii von demselben Dato. Punkt 1. — Pflicht des Oberprokureurs der Synode v. 13 Juni 1722, Punkt 1. — Uk. vom 12 Juni 1722. — 14 Mai 1723, Punkt 1. — 20 Jan. 1724. — Instr. für die Magisträte von 1724, P. 3. 4. 5. — Seereglement B. V. Kap. I. P. 17, Kap. XVIII, Punkt 138. — Uk. v. 6 Mai 1740 u. 12 Decbr. 1741. — Instr. für die G. K. v. 30 Juli 1767, § 413. — P. O. v. 8 April 1782 § 47. (No. 44). [w] Ul. Kap. X. P. 1. — Uk. v. 23 Jan. 1719. — Gen. Regl. vom 17 Febr. 1720. Kap. 4. —

§ 46.

Unverzügliche Erfüllung der Gesetze.

Der dirigirende Senat, die Minister, der General-Prokureur und die Ober-Prokureure, die Kaiserlichen Statthalter und Befehlshaber in den Provinzen, so wie die übrigen Beamten und Behörden, denen die Aufsicht über die genaue Beobachtung der Gesetze im allgemeinen oder in ihrem Wirkungskreise übertragen ist, sind verpflichtet, in den vorgeschriebenen Fristen über die Statt gehabte Erfüllung, oder über die Hindernisse, die derselben im Wege gewesen sind, gehörigen Orts Bericht abzustatten. Die Verabsäumung dieser Pflicht unterwirft die Schuldigen der gesetzlichen Ahndung [x].

§ 47.

Aufsicht über die Erfüllung der Gesetze.

Dem dirigirenden Senat, als Bewahrer der Gesetze und als Mittelpunkt der ausübenden Gewalt, liegt es ob, genau darauf Acht zu geben, dass die gesetzlichen Vorschriften in dem ganzen Umfange der

Uk. v. 17 April 1722. — 5 Febr. 1724. — 18 Septbr. 1727. — 4 März 1730. — Man. v. 1 Juni und 2 Oktbr. 1730. — 11 Nov. 1731. — Uk. v. 20 Decbr. 1732. — 15 Decbr. 1763. P. 4 u. 9. — 31 März 1766. P. 6. — Instr. für die G. K. v. 30 Juli 1767. § 153 bis 156. — G. V. § 184. — Uk. v. 14 Decbr. 1777. P. 9. — P. O. § 46. — Uk. v. 28 Juli 1806. u. 5 März 1818. (No. 45. Allg. Suppl. B. No. 16).
[x] Instr. für den Senat v. Feb.

1718. P. 7. — Uk. v. 19 März 1719. — Gen. Regl. v. 27 Febr. 1720. Kap. 4. — Instr. für den Senat v. 27 April 1722. P. 8. — Uk. v. 14 Mai 1723. P. 1. — 20 Jan. 1724 (gedruckt d. 25 Septb.). — 7 Mai 1740. — 3 Juli 1762. — 31 März 1766. — 6 Nov. 1771. — G. V. § 82. 96. — Uk. vom 26 Septbr. 1780. — 8 Septbr. 1802. P. 7. — Allgem. Org. der Min. v. 25 Juni 1811. Th. II. Kap. I. § 206. 207. 208. 210 und 227 (No. 46).

innern Reichs-Verwaltung auf gehörige Art in Anwendung gebracht und die Ordnung, die das allgemeine Wohl sichert, nicht gestört werde. Sobald es aber zur Kenntniss des dirigirenden Senats gelangt, dass irgendwo ein Gesetz nicht erfüllt werde, so ist es seine Pflicht, die Befolgung desselben auf das schärfste vorzuschreiben und die Versäumniss nach Befinden gesetzlich zu ahnden [y].

§ 48.

Befugniss des Senats,
wegen Unanwendbar-
keit eines Gesetzes Vor-
stellung zu machen.

Sollte in dem Gange der Staatsverwaltung eine Verordnung erschienen seyn, bey deren Anwendung man auf Schwierigkeiten stiesse, oder die mit den Vorschriften über die allgemeine Rechtspflege nicht übereinstimmte, oder die nicht deutlich ausgedrückt wäre, oder sollte endlich über irgend ein Rechtsverhältniss kein Gesetz vorhanden seyn, so ist es dem dirigirenden Senat erlaubt, Kaiserlicher Majestät darüber, Vorstellung zu machen [z].

[y] Dieses gehet nicht nur aus der Organisation des dirigirenden Senats hervor, sondern auch aus vielen Senats-Ukasen, welche den Behörden die Erfüllung der Gesetze einschärfen. Da aber die den Senat betreffenden Verordnungen einer anderweitigen Darstellung vorbehalten bleiben: so genügt es hier, auf die Ukasen v. 16 Aug. 1760 und 8 Septbr. 1802 zu verweisen. Unter den neuern Senats-Ukasen über die-

sen Gegenstand wird hier, mit Uebergangung anderer, der Ukas v. 30 Novbr. 1814 angeführt (No. 47).

[z] Pflicht des Generalprokureurs v. 27 Jan, 1722. P. 10. — Uk, v. 15 Decbr. 1763. P. 5. — Instr. für die G. K. v. 30 July 1767. § 21 bis 30. — Uk. vom 26. Sept. 1780. — 13 December 1782. — 8 Septbr. 1802. P. 9. — 21 März 1805. — Allgem. Org. der Min. v. 25 Juny 1811. § 229 bis 233 (No. 48).

§ 49.

Befugniss der untergeordneten Behörden, in dieser Beziehung. Treten bey Erfüllung eines bestehenden Gesetzes, oder nach dem Eingange einer neuen zur allgemeinen Nachachtung erlassenen Verordnung Schwierigkeiten ein, so steht es sowohl den Reichskollegien, den Ministern und andern oberen Autoritäten, als auch den höhern administrativen und judiciären Behörden in den Gouvernements *), nachdem sie zu diesem Zwecke auf die vorgeschriebene Weise versammelt worden, frey, dem dirigirenden Senat deshalb Vorstellungen zu machen. Gleichergestalt haben die untergeordneten Autoritäten die Befugniss, über dergleichen Mängel in den Gesetzen den Oberbehörden, unter deren Befehlen sie stehen, zu berichten [a].

*) D. h. den Gerichtshöfen bürgerlicher und peinlicher Sachen und dem Kameralhofe.

§ 50.

Befugniss der Minister, dem Reichs-Rathe Vorstellungen zu machen. Ergiebt sich die Nothwendigkeit, ein neues Gesetz abzufassen, oder ein bestehendes aufzuheben: so legen die Minister die Bewegungsgründe dazu dem Reichs-Rathe vor [b].

[a] Gen. Regl. vom 27 Februar 1720. Kap. 2. — Uk. v. 15 December 1765. Punkt 11. — 9 September 1765. — G. V. § 101. — Uk. vom 26 Septbr. 1780. — vom Oktober 1805. — Allgem. Org. der Min. §. 233 und 254 (No. 49).

[b] Organis. des Reichs-Raths v. 1 Jan. 1810. § 33. — Allgem. Org. der Min. § 220 bis 223 (No. 50).

VIII.

Ueber die Aufhebung der Gesetze.

§. 51.

Erlöschung der Ge- Ein bestehendes Gesetz wird
setze. nicht anders ausser Kraft gesetzt,
als durch ein neues Gesetz, welches das vorige
aufhebt [c].

§ 52.

Folgen der Aufhe- Die Behörden sollen in ihren
bung eines Gesetzes. Entscheidungen sich nicht auf
solche Gesetze berufen, die ausser Kraft gesetzt
worden sind [d].

[c] Uk. v. 15 Juni 1714. — [d] Uk. v. 15. Juni 1714. —
11 März 1724. — 12 Dec. 1741. 31 März 1766, P. 15. — 14 De-
— G. V. § 405. Abth. 1. 2. 4. cember 1777. P. 7 (No. 52).
§ 408. Abth. 1. 3 (No. 51).

INSTITUTIONEN DES BÜRGERLICHEN RECHTS.



ERSTER THEIL.

PERSONENRECHT.



ERSTES KAPITEL.

Von dem Personenrechte überhaupt.

§ 53.

Personenrecht. Das Personenrecht begreift in sich: 1) die Rechte, welche mit der Eigenschaft eines Unterthans oder eines Fremden verbunden sind. 2) Die Rechte, welche aus den natürlichen und Familienverhältnissen, worin sich jeder Einzelne befindet, hervorgehen. 3) Die Rechte, welche mit dem Stande oder der Klasse, zu denen Jemand im Staate gehört, so wie mit den Berufs- und Dienstpflichten, die Jemanden obliegen, verknüpft sind [a].

Anmerkung 1. Die Rechte und Vorzüge der verschiedenen Stände und Korporationen werden in be-

[a] Abr. v. 8 Apr. 1768. Th. II. Kap. I. Abth. 1. 2. 3 u. 4; Th. I. Abschn. 1. (dieser zuletzt erwähnte Theil soll bey Bearbeitung des öffentlichen Rechtes abgedruckt werden). — Unt. des Justizministers vom 28 Februar 1804 (No. 1).

sonderen Abschnitten dargestellt werden. Hier ist es hinreichend zu bemerken, dass die Russischen Unterthanen in folgende Stände getheilt sind: 1) in den adeligen und 2) in den geistlichen Stand; 3) in den Bürger- oder mittlern Stand; 4) in den Bauern- oder niedern Stand.

Anmerkung 2. Die Bestimmungen: 1) in Betreff der bürgerlichen Rechte beider Geschlechter, welche in der Regel sich gleich sind, (Uk. v. 22 Dec. 1785 P. 3); ferner 2) in Betreff der noch nicht Gebornen (Embryonen), für deren physische Erhaltung und Rechte gesorgt werden muss, und der Missgeburten (Ul. K. 22. § 15. u. 17. — Uk. v. 6 Juli 1757. (n. Chr. Geb. 1649.) — Neues Gesetz v. 22 Jan. 1777 (1669) §. 103. — Kriegsprozess v. 30 März 1716. Th II. Kap. VI. P. 10. — Uk. v. 7 u. 13. Febr. 1718. — Allerhöchst bestätigte Hebammen-Ordn. v. 20 Sept. 1789. § 7 und 17) endlich 3) in Betreff der durch das Alter, den Unterschied der Seelenkräfte, die Verwandtschaft. u. s. w. erzeugten rechtlichen Folgen, befinden sich in den verschiedenen Kapiteln, in welche sie der Materie nach gehören. (Alle diese Gesetze sind im allgemeinen Supplementbande No. 17 enthalten).

I.

Von der Erwerbung der staatsbürgerlichen Rechte.

§ 54.

Gemeinschaftliche
Rechte aller Stände.

Die allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte, die den Individuen aller Klassen zukommen, bestehen darin, dass jeder berechtigt ist, einen gesetzlichen Zustand zu haben, der ihm Sicherheit der Person und des Eigenthums gewährt, nach Massgabe

der Vorrechte oder der Beschränkungen, die in Rücksicht der verschiedenen Stände durch besondere Verordnungen festgesetzt sind [b].

§ 55.

Erwerbung der Unterthanenrechte.

Die Rechte, die mit der Eigenschaft eines Russischen Unterthans verbunden sind, werden erworben: 1) durch die Herkunft von einem Russischen Unterthan, oder durch Adoption in der vorgeschriebenen Form [c]; 2) durch die Naturalisation, oder den Eintritt in die Russische Unterthanschaft [d]; 3) für das weibliche Geschlecht durch die Ehe mit einem Russischen Unterthan. [e].

Anmerkung. Die Bestimmungen über die Form der Naturalisation gehören in das Polizeyrecht.

§ 56.

Verlust der Unterthanenechte.

Die Rechte, welche mit der Eigenschaft eines Russischen Unterthans verbunden sind (§ 53. P. 1.), gehen verloren: 1) durch Begehung eines peinlichen Verbrechens überhaupt, wie solches in dem Kapitel von dem Verluste der Rechte vorkommen wird; 2)

[b] Schon das allgemeine Russische Landrecht Kap. 11. 19 u. 20. beweist, dass jede Klasse der Staatsbürger einen gesetzlichen Zustand hat. Dieser Satz, der sowohl in das Privat- als in das öffentliche Recht eingreift, wird aber überdem noch durch die Instruktion für die G.K. Kap. V. § 34 bis 39, den Abr. Th. II, die Adels-Ordnung § 8, die Stadtordnung § 84, die G. Y. § 81, den Ukas v. 28 Novbr.

1806. § 13 (No. 2). und andere Gesetze die an ihrem Orte angeführt werden sollen, bekräftigt.

[c] Adels-Ordn. § 4 und 23. — St. O. § 82. (Vergl. das Kap. von der Annahme an Kindesstatt).

[d] Reglement für den Obermagistrat vom 16 Januar 1721 Kap. 6. — Uk. v. 7 Mai 1807.

[e] Ukas v. 7 Mai 1807. P. 5. — Adels-Ordn. § 3 (No. 3).

besonders in Betreff der bey der Flotte und Admiralität angestellten Beamten durch gänzliches Aufgeben der Russischen Unterthanschaft, es sey durch den Eintritt in die Dienste eines fremden Staats, Ausführung des Vermögens und Verpflichtung zur immerwährenden Ansässigkeit daselbst durch Ehe, oder andere diesem Zwecke entsprechende Handlungen [f].

§ 57.

Erlöschung der Unterthanenrechte der Ausländer.

Der freywillige Austritt aus der Russischen Unterthanschaft ist nur den Ausländern erlaubt, welche sich in Russland als Uterthanen niedergelassen haben, und nachher in ihr früheres Vaterland zurückzukehren wünschen [g].

§ 58.

Entweichung der ursprünglichen Unterthanen und Bestrafung dafür.

Dagegen werden die Bewohner der Grenzprovinzen, die ursprüngliche Unterthanen sind, auf den Fall, wenn sie eigenmächtig, ohne Erlaubniss der Regierung austreten, um sich in fremden Ländern gänzlich niederzulassen, auf folgende Weise bestraft: 1) die auf der Flucht ergriffenen Bauern werden, sofern sie zum Kriegsdienste tauglich sind, unter die Soldaten abgegeben, ohne indessen ihren Gemeinden als Rekruten angerechnet zu werden; die untauglichen aber als Herumtreiber auf Festungsarbeit geschickt. 2) Edelleute und Gutsbesitzer unterliegen der Konfiskation ihres Vermögens, und

[f] Reglement für die Admiralität v. 31 Januar 1724. Kap. I. P. 75. (No. 4).

[g] St. O. § 129. — Ukas v.

22 Juli 1763. P. 9. — 22 Febr. 1784. — Unt. v. 1 März 1804, P. 4. (No. 5). Vergl. das Kapitel von den Ausländern.

werden dem Gerichte übergeben. 3) Wenn solche Ausreisser kein eigenes Vermögen haben, und dieses sich noch bey dem Vater befindet, so wird auf das väterliche Vermögen Beschlag gelegt und nach dem Tode des Vaters der den Kindern, die ausgetreten sind, zukommende Erbtheil zum Besten der Krone confiscirt [h].

Anmerkung. Durch das Manifest von 1812 wurde eine allgemeine Amnestie allen solchen landesflüchtigen Einwohnern der vormaligen Polnischen Provinzen bewilligt, unter der Bedingung, dass sie binnen einer bestimmten Frist in ihr Vaterland zurückkehren müssten. Durch eine neuere Verordnung ist Allerhöchst festgesetzt worden, landesflüchtige Unterthanen, die in fremden Kriegsdiensten gestanden, und in ihr Vaterland zurückgekehrt sind, eben so zu betrachten, als verabschiedete Russische Soldaten.

§ 59.

Bestrafung der Militairpersonen hierfür.

Militairpersonen (§ 56.) werden eines solchen Verbrechens wegen als Deserteure bestraft, welches den völligen Verlust aller Rechte (§ 63 u. 64.) nach sich zieht [i].

§ 60.

Erlaubniss für den Adel, sich in fremden Staaten aufhalten zu dürfen.

Dem Russischen Adel ist es indessen erlaubt, mit Vorwissen der Regierung in fremde Länder zu

[h] Uk. v. 26 Juni 1799.— 24 Aug. 5 u. 29 Okt. und 17 Dec. 1809. — Rescr. an den Minist. des Innern v. 18 März 1810.—Man. v. 12 Dec 1812.— Uk. v. 30 März 1813, § 1 bis 7. und v. 30 April 1817. — Aus-

zug aus dem Protokoll des Minist. Comité v. 15 Decemb. 1817 u. 8 Jan. 1818 (No. 6. Allg. Suppl. B. No. 18).
[i] Regl. für die Admiralität v. 31 Jan. 1724. K. I. P. 75. — Kriegsrr. K. XII. Art. 99. (No. 7).

reisen, und sogar in Dienste anderer Europäischer mit Russland befreundeter Mächte zu treten [k].

§ 61.

Verpflichtung des Unterthans, nach Russland zurückzukehren, wenn er von der Regierung einberufen wird. Jedoch ist jeder Unterthan, er mag in Staatsdiensten stehen oder nicht, der sich, selbst mit Erlaubniss der Regierung, in einem fremden Staate aufhält, wenn er einberufen wird, verbunden, in der ihm zur Rückkehr festgesetzten Frist sich einzustellen, widrigen Falles er der Konfiskation des Vermögens und den anderweitigen in dem Gesetze bestimmten Strafen unterliegt [l].

Anmerkung. Den im Kollegio der auswärtigen Angelegenheiten angestellten Beamten ist der Besitz liegender Gründe im Auslande, ohne besondere Kaiserliche Genehmigung, bey Verlust ihrer Stellen untersagt [m].

II.

Von dem Verluste der staatsbürgerlichen Rechte.

§ 62.

Verlust der Personenrechte. Die Personenrechte (§ 53. P. 1, 2, 3.) gehen ganz oder zum Theile verloren durch peinliche Verbrechen (§ 56), in Folge des nach Anleitung der Strafgesetze gefällten richterlichen Erkenntnisses [n].

[k] Uk. v. 18 Febr. 1762. — Adels-Ordn. § 19 (No. 8).

[l] Ukas vom 18 Febr. 1762. P. 4. — Reglement für die Admiralität Kap. I. P. 75. — Uk. v. 17 Dec. 1809.

[m] Uk. v. 15. Novbr. 1809 (No. 9).

[n] Vergl. unter andern die Adels-Ordn. § 6 bis 11., die St. O. § 84. 86. und die Uk. v. 29 Juli 1765. und 17 Oktober 1799 (No 10), so wie überhaupt alle Kriminalgesetze, welche den Verlust eines Rechtes androhen.

§ 65.

Gänzlicher Verlust aller Rechte. Der gänzliche Verlust aller Rechte, oder die Verunehrlichung findet Statt: 1) bei den allerschwersten Verbrechen; 2) beim Kirchenbanne (§ 65), und heisst sodann bürgerlicher Tod [o].

§ 64.

Bürgerliche Folgen des Verlustes der Rechte. Die bürgerlichen Folgen des Verlustes aller Rechte sind: 1) Das Vermögen des Verurtheilten geht auf die Erben über, als ob er ohne Testament gestorben wäre [p]. 2) Seine Ehe wird aufgelöst, und seine väterliche Gewalt hört auf, falls ihm nicht Frau und Kinder freiwillig in das Exil folgen * [q]. 3) Er ist von jedem Staatsdienste, so wie von der Gesellschaft rechtlicher Menschen ausgeschlossen; er kann weder Vormund seyn, noch Zeuge, noch Angeber, noch Kläger oder Beklagter, ja er findet selbst auf den Fall, wenn er beraubt, misshandelt oder verwundet würde, kein Recht; der-

[o] Kriegsregl. Kap. XXIV. Art. 209. — Kriegsprozess Th. II. Kap. III. P. 2; Th. III. Kap. II. Von Leibes- und Lebensstrafen, P. 5. — Seereglement B. V. Kap. XX. § 141. — Uk. vom 29 April 1755. — vom 30 Septbr. 1754. — Man. vom 24 Okt. 1762 (No. 11).

[p] Ukas v. Jahre der Welt 7177 (nach Chr. Geb. 1669). — 17 Mai 7186 (nach Chr. Geb. 1678) — 29 April 1753. — 19 und 24 Oktbr. 1762. — Adelsordnung § 23. — Ukas v. 6

Mai 1802 (No. 12). Nach den ältern Gesetzen fiel das Vermögen des Verurtheilten an die Krone. Ul. Kap. II. § 5. und Kap. XXI. § 26. — Instr. für die Konfiskationskanzlei vom 7 August 1730. P. 30, vergl. mit vielen andern Kriminalgesetzen, die an ihrem Orte angeführt werden sollen (No. 13).

[q] Uk. v. 16 Aug. 1720. — 29 April 1753. — 22 Aug. 1766. — 17 Jan. 1818 (No. 14. Allg. Suppl. B. No. 19).

jenige aber, der ihn auf eine tödtliche Weise verletzt, wird als Todtschläger bestraft [r].

Anmerkung. Ueber die Erbfolge in dem Vermögen, welches ein für bürgerlich todt erklärter Verbrecher im Exil erwirbt (Uk. vom 17 Jan. 1818), enthält das Kapitel über Erbschaften die gehörigen Bestimmungen.

§ 65.

Kirchenbann.

Der Bann (§ 63) muss von der heiligsten Synode ausgesprochen werden [s].

§ 66.

Verlust einiger Rechte.

Der Verlust nur einiger Rechte (§ 62) findet Statt bei minder schweren Verbrechen, und in solchen Fällen werden die Verurtheilten, nach Massgabe ihrer Schuld, entweder zum Anbau oder zum Aufenthalte in Sibirien verschickt, oder ihres Ranges oder anderer Auszeichnungen und Vorzüge beraubt, wie solches umständlich in der Darstellung des peinlichen Rechts vorkommen wird [t].

[r] Ul. Kap. X. § 188. — Kriegsregl. K. XXIV. Art. 209. — Kriegsprozess Th. II. Kap. III. P. 2. Abth. 2. 5 und 6; Th. III. Kap. II. Von Leibes- und Lebensstrafen. — Seeregl. B. V. Kap. XX. § 141. — Gener. Regl. Kap. 53. — Uk. v. 20 Decbr. 1728. — G. V. § 216. 300 und 410. P. 5. — Uk. v. 12 Septbr. 1803, enthalten im Senats Ukas v. Nov. d. J. (No. 15. Allg. Suppl. B. No. 19).

[s] Geistliches Regl. vom 25 Jan. 1721. — Uk. v. 11 Mai 1722.

Zusatz zu den unterlegten Punkten v. 12 April 1722. P. 3. nebst der Resol. — Uk. v. 16 Decbr. 1723. P. 9. Ueber die Art und Weise, wie in ältern Zeiten der Bann ausgesprochen wurde, giebt unter andern der Ukas v. 12 Novbr. 1708, wegen des Anathema's gegen Masepa, Aufschluss (No. 16. Allg. Suppl. B. No. 20).

[t] Uk. v. 16 Aug. 1720. — 29 April 1753. — 30 Septbr. 1754. — 24 Oktbr. 1762. — 29 Juli 1765. — 21 Januar 1810.

§ 67.

Beschränkte Rechte
der Verwiesenen.

Der Lokalregierung in Sibirien ist es gestattet, den dorthin Verwiesenen gewisse beschränkte Rechte einzuräumen, je nachdem sie sich durch ihre Thätigkeit und Dienste mehr oder weniger dem Gemeinwesen wieder nützlich gemacht haben [*u*].

§ 68.

Zeit, von welcher die
Wirkungen des Ver-
lustes der Rechte an-
fangen.

Die Wirkungen des Verlustes der Rechte (§ 64 bis 66) fangen erst von dem Augenblicke an, da das Erkenntniss dem Verurtheilten bekannt gemacht wird [*v*].

Aus diesen Ukasen gehet hervor, dass die Verurtheilung zur Verschickung oder zur Ansiedelung und zum Verluste der adeligen Würde, keinesweges den Verlust aller bürgerlichen Rechte zur Folge hat (§ 64. P. 2 u. 3), sondern bloss die Entziehung der Vorrechte, welche den höhern Ständen gebühren, (oder der sogenannten politischen Rechte), wie solches auch in den desfallsigen Urtheilen jedesmal bestimmt wird (No. 17).

[*u*] Dieses erhellet unter andern aus den Ukasen v. 22 Aug. 1766. — 7 Febr. und 22 Oktb. 1798. — 17 Octbr. 1799. Abth. 3. — 4 Juli 1811. — 17 Jan.

1818 (No. 18. Allg. Suppl. B. No. 19). Die Grundsätze, nach welchen die Verwiesenen an ihrem neuen Aufenthaltsorte zu den Krönsbauern oder einer andern Klasse der Landleute gerechnet werden, sollen in dem Kapitel über den Bauernstand und in den hierauf sich beziehenden Verordnungen entwickelt werden.

[*v*] Dieser Satz folgt theils aus den Ukasen vom 16 August 1720 und 29 April 1753; theils aber aus den Bestimmungen über den Prozess (Ukas vom 23 Decbr. 1802), wie solches an seinem Orte auseinander gesetzt werden wird (No. 19).

III.

Von der Wiederherstellung der staatsbürgerlichen Rechte.

§ 69.

Wiederherstellung der Rechte durch Begnadigung.

Die verlorne Rechte werden wieder hergestellt durch völlige Begnadigung, welche das Staats-Oberhaupt dem Verbrecher angedeihen lässt [w].

§ 70.

Rechte, auf welche sich die Begnadigung erstreckt.

Es werden aber nur diejenigen Rechte als wieder hergestellt angesehen, welche bey der Allerhöchsten Begnadigung des Schuldigen namentlich erwähnt worden [x].

§ 71.

Wiederherstellung der Rechte durch Aufdeckung der Unschuld.

Die verlorne Rechte werden auch wieder hergestellt durch völlige Aufdeckung der Unschuld des Verurtheilten [y].

[w] Ukas vom 17 Mai 7186. (nach Chr. Geb. 1678). — Unt. v. 20 Septbr. 1801. Vergl. die ergangenen Begnadigungs-Ukasen: Z. B. vom 20 März 1806. — 30 Januar und 7 März 1809 und 28 Mai 1813 (No. 20).

[x] Ukas vom 17 Mai 7186. (nach Chr. Geb. 1678). — Außerdem wird dieser Satz durch mehrere in Privatsachen ergangene Verfügungen erwiesen, z. B. durch die Manifeste v. 5 Mai 1779. u. 15 März 1801. — die Ukasen v. 29 Decbr. 1808. — 30 Januar und 7 März 1809. —

10 Mai, 8 Juni, 4 und 25 Juli und 31 Oktbr. 1811. — das Rescript an den Sibirischen General-Gouverneur vom 21 Juli 1811. — den Uk. vom 28 Mai 1815 und 8 Jan. 1816 (No. 21. Allg. Suppl. B. No. 21).

[y] Ukas vom 15 März 1762, wegen Zurückberufung des Grafen Münnich, Lestok und Bestushef-Riumin, und v. 17 März 1801. Vergl. auch die über diesen Gegenstand im Kriminalrechte angeführten Ukasen (No. 22).

§ 72.

Begnadigung derer, welche ohne Erlaubniss der Regierung im Auslande Dienste genommen haben. Diejenigen, welche (§ 56.) bey fremden Mächten, ohne Erlaubniss Dienste genommen haben, werden begnadigt, sobald sie freywillig in das Vaterland zurückkehren [z].

[z] Reglement für die Admiralität vom 31 Januar 1724. Kap. I. P. 75 (No. 23).



ZWEITES KAPITEL.

Von dem Wohnsitze.

§ 73.

Wohnsitz.

Die auf die verschiedenen Verhältnisse des Menschen in seinem bürgerlichen Leben sich beziehenden Angelegenheiten müssen dort verhandelt werden, wo er seine dauernde Niederlassung oder seinen Wohnsitz hat, der durch die Geburt, das Amt, den Beruf, das Gewerbe und die Entrichtung der dem Staate und den Gemeinden gebührenden Abgaben bestimmt wird [a].

§ 74.

Verpflichtung zur Wahl eines Wohnsitzes.

Zu dem Ende ist jeder Staatsbürger verpflichtet, einen bestimmten, festen Wohnsitz zu wählen [b].

I.

Persönlicher Gerichtsstand und dahin gehörige Angelegenheiten.

§ 75.

Persönlicher Gerichtsstand des Adels.

Der persönliche Gerichtsstand wird nach der Verschie-

[a] Dieses erhellet: 1) aus dem allg. Landr. K. X. § 137. — dem Kriessproz. Th. I. Kap. III. P. 2. — der Resolution auf die vom Fürsten Repnin unterlegten Punkte v. 15 März 1788. P. 7. — dem Bankrottreglement v. 19 Decbr. 1800. Th. II. Abth. XV. § 80. 81. (No. 24); 2) aus den Verordnungen wegen der Kopfsteuer, worinn

der beständige Wohnsitz der Personen bestimmt wird, die zur Entrichtung dieser Steuern verpflichtet sind; 3) aus mehreren Polizey- und andern, das Kronsinteresse betreffenden Verordnungen, die bey der Darstellung des öffentlichen Rechtes vorkommen werden.

[b] Vergl. die Verordnungen, welche die Massregeln

denheit des Standes folgendergestalt angenommen: 1) Die Edelleute, welche Gutsbesitzer sind, haben ihren persönlichen Gerichtsstand dort, wo ihr unbewegliches Vermögen belegen ist, und wo sie in das Adelsbuch eingetragen sind [c]. 2) Wenn sie aber ein öffentliches Amt bekleiden, so wird ihr persönlicher Gerichtsstand durch den Ort bestimmt, wo sie ihren Dienst verwalten [d].

§ 76.

Persönlicher Gerichtsstand der Kaufleute und Bürger.

Der persönliche Gerichtsstand der Kaufleute und Bürger ist in der Regel: a) die Stadt, wo sie in die Gilde eingeschrieben sind; b) für diejenigen aber, welche die Erlaubniss haben, sowohl auf dem Lande, als in der Stadt ihr Gewerbe zu treiben (jedoch mit Entrichtung der diesem doppelten Verhältnisse angemessenen Verpflichtungen), derjenige Ort, wo sie zuletzt sich aufgehalten haben [e].

bestimmen, die gegen solche, welche keinen festen Wohnsitz haben, und sich zu keinem Stande anschreiben lassen, getroffen werden sollen, und zwar unter andern die Ukasen v. 16 Juli 1729. — 25 August 1740. — 29 März 1753. — 19 Oktbr. 1771. — die G. V. § 252 und 275. — die P. O. § 120. — und die Ukasen v. 9 Mai 1788. — v. Juni 1803. — 20 April 1809. § 1. und 2. — 28 Septbr. 1811. § 3 (No. 25). Weitläufiger wird bey Entwicklung der Rechte der verschiedenen Stände und in dem Polizeyrechte

von diesem Gegenstande gehandelt werden.

[c] Adelsordnung § 37 u. 72 (No. 26).

[d] Hieher gehören die verschiedenen in Betreff der Beamten vorhandenen Bestimmungen, die einer anderweitigen Darstellung vorbehalten bleiben.

[e] St. O. § 58. — Uk. v. 16 Oktober 1804. — 31 März 1805. — vom Novbr. 1810. — 28 Septbr. 1811. — v. Januar 1818 und andere Gesetze ähnlichen Inhalts (No. 27. Allg. Suppl. B. No. 22).

§ 77.

Persönlicher Gerichtsstand der Handwerker und Beysassen.

Der persönliche Gerichtsstand der Handwerker und Beysassen ist derjenige Ort, wo sie in die Zünfte oder unter die Beysassen eingeschrieben sind und die Kronsabgaben entrichten [f].

§ 78.

Persönlicher Gerichtsstand der Bauern.

Der persönliche Gerichtsstand der Bauern, sowohl auf Kröns- als Privatgütern, ist dasjenige Gut oder Grundstück, dem sie bey der Revision zur Kopfsteuer zugeschrieben sind [g].

§ 79.

Gerichtsstand der Minderjährigen.

Der persönliche Gerichtsstand der Minderjährigen oder derjenigen, die der Verwaltung ihres Vermögens entsetzt sind, befindet sich da, wo die Aeltern und Vormünder, oder die den Interdicirten verordneten Kuratoren ihr gesetzliches Domizil haben [h].

Diese Ukasen gehören ihrem Inhalte nach auch in das Finanz und Handelsrecht; beweisen aber zugleich, dass Jedermann einen gesetzlichen Wohnsitz haben muss und dass derselbe nur nach Vorschrift der Gesetze verändert werden darf.

[f] Die obigen Gesetze und die Verordnung über die Zünfte v. 12 Novbr. 1799. Kap. XIII. §§ 7 und 8. sind die Belegstellen hierzu (No. 28).

[g] Dieser § gründet sich auf ältere und neuere Gesetze, die wegen Einschreibung der Bauern zur Kopfsteuer und wegen Versetzung derselben erlassen

worden sind, z. B. auf die Ukasen vom 22 Okt. 1712 (nach Chr. Geb. 1683). — v. 7 April 1718 (nach Chr. Geb. 1690). — v. 29 April und 20 Decbr. 1723. — 16 Juli 1729. — 5 Juli 1732. — 4 Juli 1733. — 16 März 1747. — 25 Juni 1781. — 20 Oktbr. 1782. — v. Aug. 1807. — auf die Verfügungen des Reichsraths v. 18 Juni 1812. P. 3. — 22 Jan. 1813. u. s. w. (No. 29).

[h] Vergl. die Gesetze über die älterliche Gewalt und Vormundschaft und den Ukas vom Februar 1809. P. 1 (No. 35).

§ 80.

Gerichtsstand der Verbrecher.

Polizey- und Kriminalsachen gehören zur Untersuchung vor die Gerichtsstellen, unter deren Gerichtsbarkeit das Vergehen verübt worden ist [i].

§ 81.

Veränderung des Wohnsitzes.

Jede Veränderung des persönlichen Gerichtsstandes oder der Hauptniederlassung kann nur mit Vorwissen der Ortsobrigkeit geschehen [k].

II.

Dinglicher Gerichtsstand.

§ 82.

Gerichtsstand der gelegenen Sache, bey unbeweglichen Gütern.

Rechtssachen über unbewegliches Vermögen werden dort verhandelt, wo dieses sich befindet; wenn es aber in verschiedenen Gerichtsbezirken liegt, da, wo der grössere Theil belegen ist [l].

§ 83.

Gerichtsstand durch Vereinbarung.

Die in einem Rechtshandel über unbewegliche Güter befangenen Personen können sich über die zuständige Behörde besonders vereinigen. Auch ist es erlaubt, in den Pfandbriefen und Privatverschrei-

[i] G. V. § 110 und 224. — P. O. § 28. 30. 88. 89. 100. 101 und 153 (No. 34).

[k] Die Quellen hiervon sind theils die obigen Ukasen und die St. O. § 129; theils aber noch andere Gesetze, die in das Polizeirecht gehören (No. 30).

[l] Punkte, welche vom

Fürsten Repnin, wegen der von dem Smolenskischen Gerichtshofe bürgerlicher Rechtssachen gemachten Anfragen, unterlegt worden sind, vom 15 März 1788. P. 3. — Banker. Reglem. Th. II. Abth. XV. § 79. — Uk. vom 19 Juli 1804 (No. 31).

bungen mit einem aus beweglichen Sachen bestehenden Unterpfande, nach gemeinschaftlicher Uebereinkunft die zuständige Behörde im voraus zu bestimmen, bei welcher, im Falle der nicht erfolgten Zahlung, die Verschreibung eingeklagt werden muss [*m*].

§. 84.

Gerichtsstand bey Rechtshandel über bewegliches Vermögen. Rechtshandel über bewegliches Vermögen werden dort ausgemacht, wo die Person ihren Aufenthalt hat (§ 73), an welche die Forderung gerichtet ist, oder, wenn es unbekannt ist, wo sie einen beständigen Wohnsitz hat, da, wo sich ihre Immobilien befinden [*n*].

Anmerkung. Die anderweitigen Verordnungen über den Gerichtsstand gehören in die Prozessordnung.

[*m*] Banker. Reglem. Th II. [*n*] Banker. Regl. Th. II. Abth. XV. § 80. — Ukas v. 19. XV. § 81 (No. 33).
Juli 1804 (No 32).



DRITTES KAPITEL.

Von Abwesenden.

§ 85.

Verschollene, deren
präsumirter Tod.

Wenn ein Abwesender verschollen ist, so wird nach Verlauf einer gewissen Zeit angenommen, dass derselbe nicht mehr am Leben sey, und diejenigen, denen durch sein Ableben Rechte zufallen würden, erhalten, nachdem die gebührende Vorladung geschehen und fruchtlos geblieben ist, die Erlaubniß, in jene Rechte einzutreten [o].

§ 86.

Abwesende, deren
Vorladung.

Wenn bey Erbschaftsfällen oder andern dinglichen Ansprüchen einem Abwesenden Rechte zustehen: so wird das Vermögen, auf welches sich diese Rechte erstrecken, unter obrigkeitliche Aufsicht gestellt, und der Abwesende gerichtlich vorgeladen, binnen einer nach Massgabe der Umstände anzuberaumenden gesetzlichen Frist zur

[o] Vergl. 1) K. K. Th. II. B. 48: vom bürgerlichen Rechte. Tit. IV. § 8. 9. u. Tit. XI. § 5 u. 17 (No. 36), wo verordnet wird, dass die Frau in eine andere Ehe treten könne, wenn ihr verschollener Mann 5 Jahre abwesend sey, imgleichen, dass der Sohn ohne Erlaubniß des Vaters zur Schliessung der Ehe befugt seyn soll, wenn der Vater länger als 5 Jahre in

der Gefangenschaft bleibt; 2) die im Kapitel von der Ehe angeführten verschiedenen neuern Allerhöchsten- und Synodsbefehle, welche den obigen Satz bestätigen. Die Folgen, welche in Betreff des Vermögens eines Verschollenen aus der Vermuthung seines Todes entspringen, sollen künftig angezeigt werden.

Verlautbarung seines Rechtstitels oder Abweh-
 rung der Ansprüche eines Andern zu erscheinen.
 Thut er dieses nicht, so wird er seines Rechts
 für verlustig erklärt [p].

[p] Dieser Satz gründet sich
 unter andern auf die Ukasen v.
 19 Mai 1784 (nach Chr. Geb.
 1676). — 23 März 1714. P. 10;
 ferner auf die Allerhöchst
 bestätigten Punkte in Betreff
 der Landgütersachen v. 28 Mai
 1725. Resol. auf die 1ste Un-
 terlegung. P. 2. — die Instr.
 für die Konfiskationskanzley
 v. 7 August 1730. P. 7. 8. 9.
 10. 31; auf die Uk. v. 4 April
 1767. — 27 Januar 1780. —
 2 Oktober 1782. P. 5; auf das
 Bankerott-Reglem. v. 19 Dec.
 1800. Th. I, § 62. 65 und Th.

II. § 87 bis 90, und endlich auf
 den Ukas v. 28 Juni 1805 (No.
 37. Allgem. Suppl. B. No. 23).

Da indessen der Gegenstand
 dieses § seinem Wesen nach
 theils in die Abhandlung über
 die Erbschaften und Erbschafts-
 theilungen, theils in die Pro-
 zessordnung gehört: so bedurfte
 es hier nur der Aufstellung des
 obigen Satzes in Beziehung auf
 die Rechte des Staatsbürgers im
 allgemeinen; die ausführliche
 Darstellung der hierauf Bezug
 habenden Gesetze soll aber
 künftig nachfolgen.



VIERTES KAPITEL.

Von der Beurkundung des Standes.

§ 87.

Beweise des Standes. Als Belege zur Beurkundung des Standes, zu welchem jeder Staatsbürger gehört, so wie zum Behufe einer richtigen Volkszählung dienen nach den Gesetzen folgende Mittel:

- I. Kirchen- und Polizeibücher.
- II. Geschlechtsregister für den Adel und
- III. für die Bürger und Stadtbewohner und besonders für die vornehmern Kaufmannsgeschlechter.
- IV. Revisions- oder Kopfsteuerlisten.
- V. Andere gerichtliche Zeugnisse über Annahme an Kindesstatt, Anerkennung der ehelichen Geburt, Volljährigkeit u. dergl.

I.

Von den Kirchen- und Polizeybüchern überhaupt.

I. Von den Kirchenbüchern.

§ 88.

Kirchenbücher - was darinn aufgenommen wird.

In jedem Kirchspiele müssen Bücher oder Registraturen, die nach einer vorgeschriebenen Form eingerichtet sind, gehalten werden, in welche eingetragen werden soll: 1) die Geburt und die Taufe eines jeden Kindes, mit Angabe von Jahr und Tag

und mit Benennung der Aeltern und Taufzeugen, wie auch die Geburt derer, die ohne Taufe gestorben sind, unter Beifügung der Ursache, warum sie solche nicht empfangen haben. 2) Jedwede Trauung, mit Angabe der Namen der Getrauten und der Bürgen oder Trauzeugen, wie auch des Jahres und Tages der vollzogenen Trauung. 3) Die Verstorbenen, mit der Bemerkung, ob sie vor ihrem Tode die christliche Pflicht erfüllt und bussfertig gestorben sind, wobey auch die zu erwähnen sind, welche kein Begräbniß erhalten haben und weshalb. Diese Bücher sollen die geistlichen Bezirksbehörden jährlich bey dem Konsistorio einreichen, und überdiess ist ein jeder Pfarrer verpflichtet, alle vier Monate über die Zahl der in seinem Kirchsprengel Gebornen und Verstorbenen kurze Berichte der geistlichen Bezirksbehörde abzustatten, welche sie durch das Konsistorium an die heiligste dirigirende Synode einzusenden hat [9].

§ 89.

Form der Kirchenbücher.

Damit man nun auf diese Kirchenbücher zu jeder Zeit,

[9] Uk. v. 14 April 1702. — Anhang des geistlichen Reglements v. 25 Januar 1721: von den Regeln der Welt- und Ordens - Geistlichen. P. 29. Hierauf beziehen sich alle spätern Ukasen. Vergl. die Ukasen v. 20 Febr. 1724. — 29 Febr. 1764 und 25 November 1779, welche die Bestimmung enthalten, dass ausführliche Listen über die Gebornen, Ver-

ehelichten und Verstorbenen, mit der Anzeige, woran sie gestorben, an die heiligste Synode einzusenden sind, und dass eine hieraus angefertigte Generaltabelle der Akademie der Wissenschaften mitgetheilt werden soll, um dieselbe in den Zeitungen aufzunehmen (No. 38. Allgem. Suppl. B. No. 24).

wann irgend eine Auskunft verlangt wird, ohne einigen Zweifel sich verlassen könne, so ist in Hinsicht ihrer Form und Aufbewahrung vorgeschrieben: 1) dass die Konsistorien oder die Bezirksbehörden zu diesem Behufe an alle Kirchen Schnurbücher mit der Unterschrift der Beysitzer vertheilen sollen. 2) Dass die Pfarrer und Kirchendiener solche eigenhändig schreiben, und alles darin eintragen sollen, was darüber vorgeschrieben ist, mit gröstmöglicher Treue und Genauigkeit, zugleich mit namentlicher Angabe, wer von den Geistlichen und Dienern der Kirche irgend einen gottesdienstlichen Akt vollzogen hat. 3) Dass diese Bücher nur in den Kirchen und sonst an keinem andern Orte gehalten werden. 4) Dass sie mit der Namensunterschrift sämmtlicher Pfarrer und Kirchendiener versehen und im Einbände von einer jeden Kirche an ihre Bezirksbehörde und von dort an das Konsistorium übersandt, hiernächst aus der ganzen Diöces gesammelt, in den Archiven, jedes Jahr besonders, mit den Abtheilungen nach Städten und Kreisen, unter dem Kronssiegel, aufbewahrt, auch in Rücksicht ihrer Vollständigkeit beglaubigt werden, worüber die den Diöcesen vorgesetzten Prälaten (§ 123) der heiligsten Synode zu berichten haben. 5) Dass von diesen Büchern treue Abschriften, auf gleiche Weise mit Namensunterschriften versehen, bey den Kirchen zurück bleiben. 6) Dass zum Behuf der Bescheinigung über das Nichtvorhandenseyn verbotener Verwandtschaftsgrade gleichergestalt von obigen geistlichen Behörden einer jeden Kirche unbeschriebene

Schnurbücher mit der Unterschrift eines Besitzers ausgetheilt werden [r].

§. 90.

Fortsetzung.

Zum Behufe der gleichmässigen Anordnung und Führung dieser Bücher sind die Rubriken gedruckt und drei Abtheilungen gemacht worden, die erste für die Geburten, die zweite für die Ehen und die dritte für die Sterbefälle [s].

II. Von den Polizeybüchern.

§ 91

Kontrolle der Kirchenbücher durch die bürgerlichen Autoritäten.

Zur Verhütung aller Zweifel über die Zuverlässigkeit der von den Geistlichen geführten Kirchenbücher, sollen zu eben der Zeit, da die Parochial-Pfarrer ihren Vorgesetzten die Verzeichnisse von den Gebornen, Verheiratheten und Gestorbenen einschicken, auch die Polizeibehörden in den Kreisen und Städten Berichte gehörigen Orts abstaten, welche nach Verlauf jedes Jahres mit den Berichten der Konsistorien zu vergleichen sind [t].

III. Von den Zeugnissen, die aus den Kirchen- und Polizeybüchern ertheilt werden.

§ 92.

Stempelpapier zu den Geburts- und Taufscheinen u. s. w.

Geburts- und Taufscheine und andere ähnliche Urkunden müs-

[r] Dieselben Gesetze und vorzüglich die Ukasen v. 1 Mai 1802 u. 7 Mai 1806 (No. 39).

[s] Ukas vom 7 Mai 1806 (No. 39).

[t] Ukas vom 13 Juli 1802, wessmittelst vom dirigirenden Senat den Gouverneuren und

Gouvernements - Regierungen vorgeschrieben wird, wegen Einführung dergleichen Bücher an die Expedition der Reichs-Oekonomie Meinungen einzusenden, die von letzterer dem Senat zur Bestätigung zu unterlegen wären (No. 40).

sen auf das gehörige Stempelpapier geschrieben werden [*u*].

§ 93.

Attestate aus den Kirchenbüchern.

Die aus den Kirchenbüchern zu gebenden Zeugnisse sind nicht anders auszufertigen, als auf Begehren der Gerichtsbehörden, wo solche zu den Verhandlungen erheischt werden. Privatpersonen aber sollen sie auf ihr Ansuchen nur in dem Falle ertheilt werden, wenn sie ihnen zur Aufnahme in den Orden des heiligen Johannes von Jerusalem erforderlich sind.

Anmerkung. Von der obigen Regel sind die Geburtsscheine ausgenommen, von denen in der Stadtordnung § 78. P. 1 und 2 die Rede ist [*v*].

§ 94.

Trauscheine für Beamte und Edelleute, die ihre Erbmägde heirathen.

Bey Ehen, welche von Beamten und von Adlichen mit ihren Erbmägden oder andern minderbürtigen Frauenspersonen eingegangen werden, soll, ausser der keinesweges aufzuschiebenden Eintragung der Ehe in die Kirchenbücher, sofort der Extrakt daraus mit der Unterschrift der Geistlichen den Neuvermählten ertheilt und über den Empfang desselben in den Kirchenbüchern quittirt werden [*w*].

[*u*] Man. v. 11 Febr. 1812, vom Stempelpapier. § 2. P. 5 (No. 41).

[*v*] Stadtordnung v. 21 April 1785. § 78. — Regeln, welche bey Aufnahme Russischer Edelleute in den Orden des heiligen

Johannes von Jerusalem zu beobachten sind, v. 15 Febr. 1799. § 10. — Uk. v. 4 März 1803 (No. 42).

[*w*] Ukas vom 15 Juli 1805 (No. 43).

II.

Von dem Geschlechtsbuche des Kaiserlichen Hauses und der Adelsmatrikel.

§ 95.

Geschlechtsbuch des
Kaiserlichen Hauses.

Das Geschlechtsbuch des Allerhöchsten Kaiserlichen Hauses wird nach einer besondern Form geführt und in dem Kaiserlichen Archiv aufbewahrt [*x*].

Anmerkung. Die Bestimmungen über das Privatrecht der Glieder des Kaiserlichen Hauses werden in einer besondern Abtheilung am Schlusse des Civilrechts folgen.

§ 96.

Adelsmatrikel.

Die Belege für den Adelstand mit seinen verschiedenen Abtheilungen giebt die Adelsmatrikel, die in jedem Gouvernement von den Adelsmarschällen und Deputirten vorschriftsmässig geführt wird, ohne jedoch irgend eine andere mögliche Art unverwerflicher Beweise des Adels, wozu Patente auf Rang, mit dem der Adel verknüpft ist, Russische Ritterorden u. s. w. gehören, auszuschliessen [*y*].

[*x*] Verordnung über das Kaiserliche Haus v. 5 Apr. 1797 § 21. und Regeln, welche bey Aufnahme Russischer Edelleute in den Orden des heil. Johannes von Jerusalem zu beobachten sind, v. 15 Febr. 1799. § 10 (No. 44).

[*y*] Adelsordnung § 66. 67. 68. 69. 70. 72. 73 bis 92. — Uk.

v. 8 Aug. 1788. — 19 Juli 1791. — 20 Jan. 19 März u. 27 Juli (gedruckt den 7 Aug.) 1797. — 25 Aug. und 7 Septbr. 1800. — Allerhöchst bestätigte Unt. des Senats v. 2 April 1801. P. 7. — Uk. v. 30 Septbr. 1802. — v. März 1805. — 21 Okt. 1815 und 30 Oktbr. 1816 (No. 45. Allg. Suppl. B. No. 25).

III.

Von den Geschlechtsregistern der Bürger und Stadtbewohner.

§ 97.

Zweck dieser Geschlechtsregister.

Zum Belege des Standes der Kaufmannschaft und Bürgerschaft wird in jeder Stadt ein besonderes Verzeichniss von allen Bürgern und Stadteinwohnern gehalten, um dadurch jedem Bürger die Kenntniss seiner Abkunft von Vater auf Sohn, Enkel, Urenkel u. s. w. zu gewähren. Zu solchem Ende sind auch besondere in Sammt gebundene Bücher vorhanden, worinn, so wie bey dem Adel, die vornehmern Kaufmannsgeschlechter eingetragen werden [z].

IV

Von den Revisions- oder Kopfsteuerlisten.

§ 98.

Kopfsteuerlisten.

Die Revisionslisten dienen als Beweis des niedern Standes, dem die Bauern und übrigen zur Kopfsteuer angeschriebenen Personen angehören [a].

[z] Stadtordnung § 53. 54 bis 76. — Man. vom 1 Januar 1807. Abth. IV. § 17 (No. 46).

[a] Hauptquellen: Uk. vom 22 Jan. 1719. — 11 Sept. 1722. — Man. v. 25 Septbr. 1732. — Revisionsinstr. vom 16 Decbr. 1743. — Uk. v. 31 Aug. 1744. — 20 Dec. 1761. — 13 Febr. 1763. — Man. v. 16 Nov. u. Uk. v. Decbr. 1781. — Uk. v. 30 Juni 1794. — v. Mai 1811. — Man. v. 18 Mai 1811. — Man. v. 20 Jun. 1815. — Uk. v. 23 Juli 1815

(No. 47). Da in diesen Gesetzen zugleich die Abgaben und Leistungen der Kopfsteuerpflichtigen bestimmt werden: so gehören selbige nur in sofern hieher, als sie Regeln über die Beurkundung des bürgerlichen Zustandes enthalten. Die nähere Entwicklung dieses Gegenstandes und der darauf Bezug habenden Gesetze gehört aber nicht in das bürgerliche, sondern in das öffentliche Recht.

V

Von den Standesbeweisen anderer Art.

§ 99.

Andere Beweise zur
Beurkundung des Ci-
vilstandes.

Die ebenfalls als Beweismittel
zur Beurkundung des Standes
geltenden Zeugnisse der Behörden über die
Annahme an Kindesstatt, Legitimation, Majo-
rennitätserklärungen, u. s. w., sollen in den
folgenden Kapiteln angezeigt werden.



FÜNFTES KAPITEL.

*Von den bürgerlichen Rechten der in Russland
sich aufhaltenden Ausländer.*

I.

Eintheilung der Ausländer.

§ 100.

Arten der Ausländer. Die Ausländer, welche sich in Russland aufhalten, leben entweder 1. dasselbst, ohne Unterthanen zu seyn, oder treten 2. in die Russische Unterthanschaft [b].

II.

Von den bürgerlichen Rechten der in Russland anwesenden Ausländer überhaupt.

§. 101.

Kraft der Russischen Gesetze in Betreff der Ausländer. Alle in Russland anwesende Ausländer stehen sowohl für ihre Person, als in Betreff ihrer Habe unter dem

[b] Diese Eintheilung geht aus allen Gesetzen hervor, welche in Betreff der Ausländer, die sich in Russland aufhalten, erlassen worden sind, besonders aber aus den Ukasen v. 31 Aug. 1719. — der Rangtabelle vom 24 Januar 1722. P. 11 und 16. — dem Reglem. über die Direction der Admiralitäten und

Werften vom 31 Januar 1724. Kap. I. P. 61. — den Ukasen v. 1 September 1732. — 13 Jan. 1746. P. 2. — 29 April 1757. — dem Man. vom 22 Juli 1763. P. 4. — dem Reglem. über die Direction der Admiralit. und Flotten vom 24 August 1765. Kap. X. P. 3. — den Uk. v. 22 Febr. 1784. — 11 Febr. 1792.

Schutze der allgemeinen Reichsgesetze, und sind denselben in bürgerlichen, Kriminal- und Polizei-Sachen unterworfen. Zum Behufe ihres Aufenthaltes im Reiche müssen sie bis zu ihrem Eintritt in die Unterthanschaft oder ihrer Abreise mit Polizeipässen versehen seyn [c].

§ 102.

Gerichtsstand der Ausländer.

Ausländer werden in Handels- sachen von den für die Russische Kaufmannschaft angeordneten Behörden gerichtet, nach Anleitung der Handelsgesetze und den besondern, über diesen Gegenstand bestehenden Verordnungen. In anderweitigen Angelegenheiten stehen sie aber unter dem gewöhnlichen Richter, gleich den Russischen Unterthanen, sofern nicht durch Traktate, oder specielle Verordnungen eine Ausnahme festgesetzt worden ist [d].

— dem Rescr. an den Litthauischen Kriegsgouverneur vom 9 Mai 1802. — dem Man. vom 1 Jan. 1807. Abth. III. § 10. — dem Ukas v. 10 März 1808 (No. 48), welche sämmtlich in den folgenden §§, zu denen sie unmittelbar gehören, angeführt werden.

[c] Ul. Kap. VII. § 9. — Kap. X. § 1. 260. — Uk. vom 25 Mai 7162 (nach Chr. Geb. 1654). — 21 Juni 7181 (nach Chr. Geb. 1673). — 26 Juni 7189. (nach Chr. Geb. 1681). — Regl. des Obermagistrats v. 16 Jan. 1721. Kap. X. — Uk. v. 19 Jan. 1721. — 16 August 1721. — 8 Nov. 1723. — Man. v. 4 Dec. 1762.

— Polizeiordn. v. 8 April 1782. § 47. 121. — Man. v. 22 Febr. 1784. — 13 Febr. 1798. — 26 Juni 1799. — 24 Novbr. 1802. — Uk. v. 9 Sept. 1805. — 1 Jan. 1807. Abth. 3. § 8 bis 13. — v. 23 August und 11 Novbr. 1807. — 19 März und 9 Mai 1808. — Cirkulärschreiben des Ministers des Innern an die Gouvernementschefs v. Septbr. 1809. — Uk. v. 13 Febr. 1817 u. Febr. 1818 (No. 49).

[d] Zollreglem. v. 12 Juni 7175 (n. Chr. Geb. 1667). § 2. — Punkte, welche am 3 Mai 7207 (nach Chr. G. 1699) von Woronesh nach Moskau an die Ver-

Anmerkung. Ausnahmen machen: *a*) die ausländischen diplomatischen Agenten überhaupt, die als solche den Russischen Gesetzen nicht unterworfen sind, sondern nach dem Völkerrechte, oder nach besondern Verträgen, falls solche vorhanden sind, gerichtet werden [*e*]; *b*) die Englischen Kaufleute, für welche ein Liquidationskomptoir (Uk. v. 25 Nov. 1800) errichtet worden ist. Was übrigens die in Betreff derselben früher durch mehrere mit ihrer Regierung geschlossene Traktaten festgesetzte Ausnahme von der allgemeinen Regel betrifft: so ist zu bemerken, dass alle Vorrechte, welche den ausländischen Kaufleuten vor den Russischen zustanden, durch das Man. v. 1^{sten} Jan. 1807 für nichtig erklärt worden sind [*f*]; *c*) die Bestimmungen, wodurch festgesetzt worden, dass bey den Schuldverschreibungen zwischen den Kalmücken, Jurtschen Tataren, Indiern und andern nicht christlichen Glaubensgenossen und Russen die Zinsen abgeschafft und die Handelssachen der Indier und anderer in Astrachan wohnender Asiaten bloss

theilungsbehörde (розрядъ) gesandt worden. P. 3. — Uk. v. 30 Jan. 1701. — Reglem. des Kommerzkollegii vom 3 März 1719. § 25. — Uk. v. 16 Okt. 1720. — Reglem. des Obermagistrats v. 16 Jan. 1721. Kap. 10. — Instruk. des Reketmeisters v. 23 Febr. 1723. P. 6. — Uk. v. 11 April u. 15 Juli 1722. — Regl. des Kommerzkollegiums v. 31 Jan. 1724. P. 16. — Journal des dirigirenden Senats vom 14 Januar 1744. — Uk. vom 23 Mai 1748. — 2 Mai 1780. — St. O. vom 21 April 1785. § 127 und 128. — Man. vom 13 Febr. 1798. P. 7 (No. 50).

[*e*] Uk. vom 22 September 1708 und Instr. für das Mosko-

wische Polizeimeisterkomptoir vom 19 Dec. 1722 (No. 50).

[*f*] Traktat zwischen Russland und England v. 2 Decbr. 1734. P. 19. — Uk. v. 19 Jan. 1744. — Kommerztraktat mit Grossbritannien vom 20 Juni 1766. Art. 17 bis 19. — Uk. v. 2 Mai 1780. — Handels- und Schiffahrtstrakt. zwischen Russland und Grossbritannien vom $\frac{19}{21}$ Februar 1797. P. XVII bis XIX. — Konvention zwischen Russland und Grossbritannien vom $\frac{5}{17}$ Juni 1801. P. VI. — Ergänzungspunkte und Deklaration dieser Konvention v. $\frac{5}{17}$ Juni 1801. P. I und II. — Man. vom 1 Jan. 1807. Abth. III. P. 8 (No. 50).

durch Schiedsrichter beseitigt werden sollen. Ueberdem ist den Kalmücken die Errichtung eines besondern Rathes zur Untersuchung und Entscheidung ihrer gerichtlichen Angelegenheiten erlaubt worden. Dieser führt den Namen *Sargo*, besteht aus acht Gliedern, die aus den Saissanen gewählt werden, und die Angelegenheiten ihres Volks nach weltlichen und geistlichen Rechten prüfen müssen [g]; d) die Anordnung einer besondern Lokaljurisdiktion, unter welcher die Kolonisten in ihren landwirthschaftlichen Verhältnissen, so wie in bürgerlichen Streitigkeiten stehen, nach Anleitung der diesen Gegenstand betreffenden, in dem Suppl. B. zu diesem Kapitel No. 3. (B. V der Pandekten) aufgenommenen Verordnungen.

§ 103.

Ehen zwischen Russen
und Ausländern.

Den in Russland anwesenden Ausländern christlicher Religion ist es nicht untersagt, sich mit Russischen Unterthanen zu verehelichen; jedoch kann die mit einem ausländischen Kriegsgefangenen verheirathete Russinn nicht genöthigt werden, ihrem Manne ins Ausland zu folgen. Unter welchen Bedingungen aber und mit welchen Beschränkungen in Betreff des Glaubens diese Ehen gestattet sind, ist in dem Kapitel von der Ehe auseinandergesetzt [h].

[g] Uk. vom 24 Febr. 1744. — Senatsprotokoll vom 23 Mai 1748. — Uk. vom 13 Jan. 1765. — Unt. des dirigirenden Senats vom 3 Juli 1799. — Allerhöchste Gnadenbriefe, erlassen den 14 Okt. 1800 an den Befehlshaber der Kalmücken Tschutschei Taiti Tundutow und an

den Lama dieses Volks Sobin Bakschi. — Unterl. des dirig. Senats vom 19 November 1800 (No. 50).

[h] Ul. Kap. XVI. § 19. — Uk. v. 21 Oktbr. 1721. P. 4. — 15 Aug. 1728. P. 11. — 6 Sept. 1743. P. 4 (No. 51).

§ 104.

Befugniss und Pflicht,
Stand und Beschäfti-
gung zu wählen.

Den Ausländern steht es frey, sich Stand und Beschäftigung zu wählen, also entweder in Militair- oder Staatsdienste zu treten; Wissenschaften zu lehren; Gewerbe, Künste und Handwerke zu treiben; Fabriken, Manufakturen und Hüttenwerke anzulegen; ihre Dienste zu vermiethen; sich in Kronsdörfern einschreiben zu lassen; auf Kontrakte mit Gutsbesitzern auf deren Ländereien sich anzubauen u. s. w.; jedoch alles dieses nicht anders, als mit Beobachtung der Vorschriften der Regierung und in Gemässheit der für diese verschiedenen Fälle besonders erlassenen Verordnungen [i].

§ 105.

Einschreibung in die
Gilde.

Doch können sich Ausländer, die noch nicht in der Unterthanschaft stehen, nicht anders in die Gilde einschreiben lassen, als mittelst einer besondern Begünstigung; unverehelichte Ausländerinnen dürfen aber nicht in die Kaufmannsgilden, sondern nur in die Bürgerschaft eingeschrieben werden [k].

[i] Uk. v. 31 Aug. 1719 u. 30 Juli 1720. — Rangtabelle v. 24 Jan. 1722. P. 11. und 16. — Uk. v. 31 Juli u. 4 Oktb. 1722. — 20 Decbr. 1723. — 1 Sept. 1732. — 22 Mai 1733. — 13 Jan. 1746. P. 1 u. 2. — 29 Apr. 1757. — 13 Decbr. 1761. — Man. vom 22 Juli 1763. P. 4. — St. O. § 6. 130 und 131. — Uk. vom 17 Nov. 1769. — 11 Febr. 1792. — 26 Okt. und 11 Nov. 1797. — 25 Januar 1801. — Ukas an den Litthauschen

Kriegs-Gouverneur vom 9 Mai 1802. P. 4 und 5. — Unt. vom 12 April 1804. — Uk. vom 28 Novbr. 1806. — 13 Mai 1808. — 30 Juni 1808. — Allerhöchst best. Unt. des Ministers des Innern wegen der Tuchfabr. Abth. V (No. 52).

[k] Man. v. 13 Febr. 1798. P. 2. — v. 1 Jan. 1807. Abth. III. § 8. P. 2. — Uk. vom 22 Mai 1807 (Suppl. B. zu diesem Kap.) — 13 Mai 1808 und Juni 1812 (No. 53).

§ 106.

Anerkennung des ausländischen Adels.

Ausländer können auf ausländische Adelsbriefe nicht dem Russischen Adel zugezählt werden, noch Landgüter und Erbleute besitzen, ohne Eintritt in die beständige Unterthanschaft und ohne Allerhöchste Kaiserliche Bestätigung. Ferner ist dieses auch denen versagt, welche nicht christlicher Religion sind [l].

Anmerkung 1. Ausnahmen hiervon finden vermöge besonderer Vergünstigungen Statt, so z. B. bey den Niederlassungen auf der Halbinsel Taurien [m].

Anmerkung 2. Ausländer, welche den Russischen Unterthaneneid leisten, und auf Diplome, die ihnen von fremden Monarchen ertheilt worden, als Russische Edelleute aufgenommen zu seyn wünschen, können diesen Zweck nicht anders erreichen, als wenn sie sich Verdienste um den Russischen Staat erworben haben. Uebrigens sind dieselben befugt, sich hier entweder einen Dienst zu suchen, oder irgend einen andern erlaubten Stand zu wählen, ohne jedoch zur Korporation des Adels gezählt zu werden [n].

[l] Ul. Kap. XX. § 70. — Uk. v. 21 Septbr. 7162 (nach Chr. Geb. 1653). — 26 März 7188 (nach Chr. Geb. 1680.) — 24 Mai 7189 (nach Chr. G. 1681). — 20 April 7200 (nach C. G. 1692). — 3 Nov. 1713. — Rangtabelle v. 24 Jan. 1722. P. 16. — Uk. v. 25 Aug. 1740. — 13 Jan. 1746. P. 1 und 2. — 12 Mai 1747. — 22 Febr. 1784. — 29 Janu ar 1805 (No. 54).

[m] Man. vom 13 Febr. 1798. P. 2 (No. 49). — Allerhöchst bestätigtes Gutachten des Reichsraths v. 17 April 1816.

[n] Uk. vom 13 Septbr. 7195 (nach Chr. Geb. 1686). — A. O. v. 21 April 1785. § 77. 80 und 92. P. 1 und 2. — Allerhöchst bestat. Gutachten des Reichsraths vom 18 December 1816. — Uk. v. März 1817 und v. Jan. 1818 (No. 54).

§ 107.

Recht der Ausländer, über ihr Vermögen zu disponiren. Die Ausländer können ihr Vermögen verkaufen, vertauschen und auf andere Weise darüber verfügen, gleichgestalt das Erbrecht nach den allgemeinen Russischen Gesetzen in Anspruch nehmen [o].

Anmerkung. Ueber das Erbrecht der Ausländer wird im Kapitel von der Erbschaft besonders gehandelt werden.

§ 108.

Ausfuhr oder sonstige Uebermachung des Vermögens über die Grenze. Die Ausländer sind verpflichtet, bey der Ausfuhr oder sonstigen Uebermachung ihres Vermögens über die Grenze, der Krone die gesetzlichen Abzugsgelder davon zu entrichten, sofern nicht Ausnahmen durch Verträge festgesetzt sind [p].

§ 109.

Aufsicht über verdächtige Ausländer. Die in Betreff der Aufsicht über verdächtige Ausländer zu

[o] Ul. Kap. XVI. § 3. 14. 16. 18. 30. 31 u. 32. Kap. XVII. § 2. — Uk. v. 30 Jan. 1701. — Man. v. 1. Nov. 1785. P. 26. — Konvention zwischen dem Kaiser von Russland u. dem Churfürsten von Sachsen v. 20 Aug. 1800. P. 1. 2 u. 3. — Konvention mit dem Herzoge von Sachsen-Weimar v. 9 März 1812 (No. 55).
legii v. 3 März 1719. § 23. P. 10. — Zollregl. vom 1 Decem-
ber 1755. Kap. V. P. 2. — Man.
vom 22 Juli 1763. P. 9. —
22 Febr. 1784. und 13 Febr.
1798. P. 2. — Konvention mit
Sachsen vom 20 August 1800.
— Uk. vom 22 März 1801. —
Konvention mit dem Herzoge
von Sachsen-Weimar v. 9 März
1812 (No. 56).

[p] Regl. des Kommerzkol-

ergreifenden Massregeln sind durch besondere hierauf sich beziehende Verordnungen der Regierung und Polizei, so wie die durch die bestehenden Friedenstraktate bestimmt [q].

III.

Von den Rechten der in Russische Unterthanschaft getretenen Ausländer.

§ 110.

Eintritt in die Unterthanschaft.

Diejenigen, welche in Unterthanschaft treten, sind verpflichtet, der Russischen Regierung den Eid der Treue zu leisten [r].

§ 111.

Rechte der in Unterthanschaft aufgenommenen Ausländer.

Die in Unterthanschaft aufgenommenen Fremden geniessen alle Rechte und tragen alle Lasten des Standes oder des Gemeinwesens, wozu sie von der Regierung gerechnet werden [s].

[q] Uk. v. 9 Febr. 1793. — 7 u. 9 April 1798 (welche gegen die vom Freiheitsschwindel ergriffenen Französischen Unterthanen gerichtet sind), so wie die Uk. v. 28 Juni 1798 und 28 Novbr. 1806 über denselben Gegenstand (No. 57).

[r] Uk. v. 8 März 1762. — Man. v. 22 Juli 1763. P. 5. — Uk. v. 22 Juni 1766. — St. O. § 6. — Uk. v. 8 Febr. 1793. P. 6. — Man. v. 13 Febr. 1798. P. 1. —

Uk. v. 9 April 1798. — Verordnung über die Zünfte vom 12 Novbr. 1799. Kap. XII. §§ 5 u. 8. — Unterthaneneid vom 18 April 1801. — Uk. v. 22 Mai 1807. P. 1 (No. 58 u. 62).

[s] Uk. vom 4 Oktbr. 1722. — 20 December 1723. — 15 Januar 1746. P. 2. — 12 Mai 1747. — Zollregl. v. 1 Decbr. 1755. Kap. V. P. 1 u. 2. — Uk. v. 8 März 1762. — Man. v. 22 Fe-

§ 112.

Rechte der in Russi- **Ausländer, welche in Russi-**
schen Diensten ste- **schen Civildiensten stehen, ge-**
henden Ausländer. **hören, sobald sie den Rang der 8ten Klasse**
 durch den Staatsdienst erhalten, nebst allen
 ihren ehelichen Kindern und deren Nach-
 kommen zum Adel. Ein gleiches gilt von de-
 nen, die im Militärdienste den Oberofficiers-
 rang erhalten haben, jedoch mit dem Unter-
 schiede, dass nur diejenigen Kinder, die später
 geboren, dieses Rechts theilhaftig sind; von den
 früher gebornen aber nur eins, nach der Wahl
 des Vaters. Ueberhaupt aber geniessen die Kin-
 der der Fremden, wenn sie in Russland geboren
 und in Russische Dienste getreten sind, gleiche
 Rechte mit den Russen [t].

§ 113.

Rechte der Kinder der **Die Kinder der Ausländer,**
naturalisirten Auslän- **welche vor der später Statt ge-**
der. **habten Aufnahme ihrer Aeltern in Unterthan-**
schaft geboren sind, werden jedoch nur dann

bruar 1784. — St. O. § 127.
 128. 130 u. 131. — Man. v. 13
 Febr. 1798. P. 2. — Verord-
 nung über die Zünfte v. 12 No-
 vember 1799. Kap. XII. §§ 5
 und 8. — Uk. v. 29 Jan. 1805
 (No. 49. 50. 52. 54. 58. 59 und
 63).

[t] Rangtabelle v. 24 Januar
 1722. P. 11 und 15. — Regle-
 ment über die Direktion der
 Admir. und Werften v. 31 Jan.

1724. Kap. I. P. 61. — Reglem.
 über die Direktion der Admir.
 und Flotten v. 24 Aug. 1765.
 Kap. X. Punkt 3. — Adels-
 Ordnung vom 21 April 1785.
 § 78. 79 und 92. Punkt 3.
 19. — Manifeste vom 12 März
 und 2 April 1801, welche die
 Adelsordnung bestätigen. —
 Allerhöchst bestätigtes Gutach-
 ten des Reichsraths v. 30 Okt.
 1816 (No. 60).

für Russische Unterthanen angesehen, wenn die Gesuche der Aeltern um das Indigenat auf sie namentlich mit gerichtet worden [*u*].

§ 114.

Verpflichtung der in Unterthanschaft getretenen Ausländer, wenn sie Russland verlassen.

Ausländer, die in Unterthanschaft treten, können zwar Russland für immer verlassen; sie müssen aber in diesem Falle nicht nur das gesetzliche Abzugsgeld der Krone zuvor entrichten, sondern auch ihr unbewegliches Vermögen und ihre Leibeigenen verkaufen, wenn sie welche besitzen. Auch müssen sie vorher alle Abgaben berichtigen, welche dem Stande obliegen, zu dem sie gehören [*v*].

§ 115.

Besondere Rechte der Kolonisten.

Die Freiheiten und Vorrechte, welche die Kolonisten, ausser den ihnen als Unterthanen gebührenden Rechten, nach Massgabe des Zwecks und der örtlichen Lage ihrer Ansiedelung, geniessen, werden durch besondere hierauf Bezug habende Verordnungen der Regierung bestimmt (Suppl. B. zu diesem Kap. No. 3. Pandekten B. V).

[*u*] Ukas vom Juli 1807 (No. 64).

[*v*] Uk. v. 13 Jan. 1746. P. 2. — Zollreglem. v. 1 Decbr. 1755. Kap. V. P. 2. — Man.

v. 22 Juli 1763. P. 9. — 22 Februar 1784. — St. O. § 129. — Man. v. 13 Febr. 1798. P. 2. —

Uk. v. 22 März 1801. — Unt. v. 20 Februar 1804. P. 11. und 1 März 1804. P. 4 (No. 61).

SECHSTES KAPITEL.

Von der Ehe.

I.

Von der rechtmässigen Ehe.

§ 116.

Definition der Ehe.

Die Ehe ist ein durch die gesetzmässige Verbindung zweier Personen verschiedenen Geschlechts vollzogenes Sakrament, wodurch dieselben ein gegenseitiges Recht auf den vertrautesten ausschliesslichen Umgang (исключительное сожитие) erhalten [a].

§ 117.

Erfordernisse einer rechtmässigen Ehe.

Die Rechtmässigkeit der Ehe besteht in dem Vorhandenseyn aller durch das Gesetz bestimmten Erfordernisse derselben [b].

§ 118.

Ehegelöbnisse.

Das *erste Erforderniss* einer rechtmässigen Ehe ist das kirchliche Verlöbniß, welches nach den Gebräuchen der rechtgläubigen Griechisch-Russischen Kirche, begleitet von dem Segen des Priesters, unmittelbar vor der Trauung Statt finden muss [c].

[a] Kormtschaja Kniga Th. II. Buch 48: vom bürgerlichen Rechte (закон градскаго). Tit. IV. § 1. — Buch 50: vom Sakrament der Ehe (о тайнѣ супружества) (No. 1). Abhandlung über das Amt der Parochialpresbyter, gedruckt zu Moskau im December 1806.

§ 118 und 120 (Allgem. Suppl. B. No. 26).

[b] K. K. Th. II. B. 48: vom bürgerlichen Rechte. Tit. IV. § 2. 14. 17. Tit. VII. § 16. — B. 50: vom Sakrament der Ehe. — Von der Ehe überhaupt (О супружествѣ обще) (N. 2).

[c] K. K. Th. I. B. 21. Regeln

Anmerkung. Dieses Verlöbniß bringt gleiche Wirkungen mit der Ehe hervor, doch mit folgenden Ausnahmen: 1) sind die Verlobten vor Statt gehabter Trauung nicht zum Beischlafe berechtigt; 2) findet die Trennung desselben nicht nur aus eben den Gründen Statt, weshalb die Ehe aufgehoben wird, sondern auch dann schon, wenn eins der beiden Verlobten die Trennung verlangt (Pandekten Band II. Seite 6. 10. 12. 16. 50. 210. 215. 218. 222. 229. 250. No. 3. 4. 8.). — Wird ein Verlöbniß ohne priesterliche Einsegnung und Beobachtung der angeordneten kirchlichen Gebräuche vollzogen: so ist es zwar nach den Gesetzen (Pandekten Band II. Seite 10. 213. 214. 222. 223.) als ein bürgerlicher Vertrag zu beurtheilen, wodurch sich zwei Personen verschiedenen Geschlechts zur künftigen Eingehung der Ehe verpflichten, auch sind darüber (Pandekten Band II. Seite 11. 49. 261. 262.) noch andere gesetzliche Bestimmungen vorhanden; die Praxis legt aber einem solchen Verlöbniß keine Kraft bey.

§ 119.

Oeffentliche Vollziehung der Ehe.

Das zweite Erforderniss einer rechtmässigen Ehe besteht in

des heil. Basilii c. 69. — Th. II. B. 43. *Novella Imperatoris Alexii Comneni de sponsalibus, promulgata mense Junio, indictione VII, anno 6592* (nach Chr. G. 1084). — *Suggestio Curopalatis, magnique Drungarii Vigilum, Domini Joannis Thracessii post promulgatam de sponsalibus novellam, oblatam eidem Principi, Domino Alexio, de ambiguitate quadam super hoc enata*, vom März der 15ten Indiktion, im Jahre der Welt 6600 (nach Chr. Geb. 1092). — Buch 48: vom bürgerlichen Rechte. Tit. 1

(*de consensu sponsalium*) § 1 bis 14. Tit. II. § 5. — B. 49. *Deductus legum compendarius, factus ab Leone et Constantino, sapientibus Augustis*: Von den Verlöbnißten, der Ehe und andern Gegenständen (Леона Царя Премудраго и Константина вѣрною Царю Главизны о совѣщаніи обрученія и о брацѣхъ и о иныхъ различныхъ винахъ). Tit. I. § 1 bis 4. — Ukas v. 1 März und 3 April 1702. und vom 5 August 1775 (No. 3. Allgem. Suppl. B. No. 27).

der öffentlichen Trauung, welche in der Kirche durch Einsegnung des Priesters, nach den von der Kirche deshalb festgesetzten Gebräuchen, in Gegenwart von wenigstens zwei Zeugen vollzogen werden muss [d].

Anmerkung 1. Die Trauung muss in der Kirche der Parochie geschehen, zu welcher die Verlobten gehören. Bey Eingepfarrten verschiedener Parochien gebührt dieselbe dem Priester des Bräutigams. Kommt aber die Trauung, nach der in manchen Gegenden hergebrachten Gewohnheit, dem Priester der Braut zu: so ist diese Gewohnheit beizubehalten. Ordensgeistliche dürfen keine Trauung verrichten. Bloss Weltgeistliche sind dazu berechtigt (Pandekten Seite 16). Uebrigens darf die Trauung auch in einer Kapelle vollzogen werden, jedoch nur auf den Fall, wenn die Kirche weit entlegen ist, und der Prälat der Diöces dieses erlaubt.

Anmerkung 2. Den Gliedern des Allerhöchsten Kaiserlichen Hauses ist es verstattet, das Verlöbniß so wie die Trauung mit Personen anderer Konfessionen *per procuracionem* zu vollziehen, wenn in den von den gekrönten Häuptern geschlossenen Ehekontrakten einem von ihnen Allerhöchst dazu Beauftragten die Vollmacht ertheilt worden, in ihrer Stelle dem Verlöbniße oder der Trauung beizuwohnen.

[d] K. K. Th. II. B. 45. *Novella Imperatoris Alexii Comneni, ne de servis ad libertatem proclamantibus, testium adversus ipsorum testes productorum, dicta valeant; tum, quod sacre benedictiones etiam servis impertiendæ sint, nec tamen in his eos libertatem consequi.* — B. 48: vom bürgerlichen Rechte. Tit. I. § 11. Tit. IV. § 5. 6 u. 27. — B. 50: vom Sakrament der Ehe. — *Nomocanon*, enthaltend einen Auszug aus den Regeln der Apostel, Basilius des Grossen und der heiligen Kirchenversammlungen (Номоканонъ, сирѣчь законоправильникъ, имѣяй правила по сокра-

§ 120.

Verwandtschaft.

Das *dritte Erforderniss* einer rechtmässigen Ehe besteht darin, dass kein durch das Gesetz verbotener Grad der Verwandtschaft unter den Ehegatten Statt finde (Vergl. die Belegstellen zu den folgenden §§).

§ 121.

Verbot der Ehe unter Blutsfreunden und Schwägern.

Die Ehe ist nach den Grundsätzen der Griechisch-Russischen Kirche verboten :

S. 166

I. *Unter Blutsfreunden:*

1) in gerader Linie zwischen allen Ascendenten und Descendenten ; 2) in der Seitenlinie bis zum *siebenten* Grade inclusive. Diese Bestimmung gilt indessen nur bei ehelichen Blutsfreunden. In Ansehung der unehelichen ist die Ehe verboten : in gerader Linie zwischen allen Ascendenten und Descendenten ; in der Seitenlinie aber bis zum zweiten Grade inclusive. *)

II. *Unter Schwägern:*

1) bey der durch *zwei Geschlechter* entstandenen *Schwägerschaft*, d. h. bey dem Affinitäts-Verhältnisse : a) zwischen einem der Ehegatten und den Blutsfreunden des andern, und b) zwischen den Blutsfreunden des einen und den Bluts-

щенію Свѣтѣхъ Апостолѣхъ, Великаго Василія и свѣтѣхъ Соборовъ) im grossen Trebnik (der Kirchenagende) B. 108. § 84 und 210. — Uk. an den Nishegorodschen Gouverneur Rshewski v. 24 März 1719. — Geistliches Reglement v. 25 Jan. 1721. Th. II: von

den Layen. Punkt 12. — Entscheidung der heil. Synode v. 29 Nov. 1731. — Uk. vom 12 Decemb. 1769. — 5 Aug. 1775. — 9 Sept. 1796. — Abh. über das Amt der Parochialpresbyter § 121 und 123 (No. 4. Allgem. Suppl. B. No. 28).

freunden des andern Ehegatten, bis zum *sechsten* Grade inclusive. Nur in vier Fällen wird die Ehe im *sechsten* Grade erlaubt: *a*) Vater und Sohn können zwei Seitenverwandte heirathen, wovon die eine die Enkelinn (*neptis*); die andere aber Urenkelinn (*proneptis*) ihrer gemeinschaftlichen Stammältern ist; *b*) Grossvater und Enkel können heirathen Grosstante und Grossnichte; *c*) Urgrossvater (*proavus*) und Urenkel können heirathen Tante und Nichte, und endlich *d*) kann der Neffe die Nichte heirathen, wenn der Oheim die Tante ehelicht; heirathet aber der Oheim die Nichte, so kann der Neffe nicht die Tante zur Ehe nehmen. Die Ursache hiervon liegt darinn, dass in den ersten obigen Fällen kein Zusammentreffen (keine Verwirrung) der Verwandtschaftsnamen (*confusio nominum cognationis*) Statt findet, d. h. die Neuvermählten verbleiben wie zuvor in dem Verhältnisse von Vater und Sohn, Grossvater und Enkel, Urgrossvater und Urenkel, Oheim und Neffe. Entsteht aber, wie in dem letzterwähnten Falle, eine Verwirrung der Verwandtschaftsnamen: so ist die Ehe selbst im siebenten Grade verboten. So z. B. können der Urgrossvater und Urenkel nicht zwei Geschwisterkinder heirathen, denn in diesem Falle würden sie Schwäger und das Verhältniss von Urgrossvater und Urenkel wäre zwischen ihnen gestört. Dieser Grundsatz erstreckt sich indessen nur auf die gerade Linie; in der Seitenlinie hingegen ist die Ehe im siebenten Grade, ohne weitere Rücksicht auf das Zusammentreffen der Verwandtschaftsnamen, erlaubt.

2) *Bei der Schwägerschaft unter drei Geschlechtern*, d. h. bei dem Affinitätsverhältnisse:

a) zwischen einem der Ehegatten und den Ehegatten der Blutsfreunde des andern; b) zwischen den Blutsfreunden des einen Ehegatten und den Ehegatten der Blutsfreunde des andern; endlich c) zwischen den Blutsfreunden zweier Personen, die sich beide nach einander mit derselben dritten Person ehelich verbunden haben, bis zum *vierten* Grade inclusive.

Hierbei ist jedoch Folgendes zu erläutern: Obgleich die Ehe in den obigen Graden unter Blutsfreunden und Schwägern verboten ist: so sind doch die in dem fünften und den entferntern verbotenen Graden eingegangenen Ehen von den zuständigen Prälaten (Eparchial - Archiereyen **), wenn sie Kenntniss davon bekommen, ohne besondere Berichterstattung an die heiligste Synode, aufrecht zu erhalten. Eben so ertheilen die zuständigen Prälaten, wenn Jemand in die Ehe zu treten wünscht, Dispensation in allen Graden nach dem vierten, und zwar entweder selbst, oder durch die geistlichen Inspektoren (Blagotschinnie), oder endlich geradezu durch die Kirchspielspfarrer. In dem vierten und den nähern Graden aber sowohl der Blutsfreundschaft als der Schwägerschaft, wird von den Prälaten keine Dispensation ertheilt [e].

[e] K. K. Th. I. B. 17. c. 54 der 6ten allgemeinen Kirchenversammlung. — Th. II. B. 45. Sammlung der von Gott den Israeliten durch Moses gegebenen Gesetze, erstlich vom Gerichte und Rechte. Aus dem 18ten Kap. des 3ten Buchs Moses Vers 30. 32. 34. 38. 39. 40. u. aus dem 20sten Kap. des 3ten

Buchs Moses Vers 31. 33. 35. 36. 37. 41. — B. 48: vom bürgerlichen Rechte Tit. VII (1) von verbotenen Ehen. § 1. bis 17. — B. 50. Eintheilung der Verwandtschaft. § 1. bis 5. — Abhandlung über die Blutsfreundschaft. — Ueber die Schwägerschaft unter zwei Geschlechtern, d. h. unter den

*) Eben so ist die Ehe (im zweiten Grade) unter Halbgeschwistern — d. h. die bloss einen gemeinschaftlichen Vater, oder eine gemeinschaftliche Mutter haben — verboten (Pandekten Band II. Seite 34. No. 5.).

**) Obergeistliche, welche einer Eparchie (Sprengel oder Diöces) vorgesetzt und entweder Metropolit, Erzbischöfe oder Bischöfe sind.

§ 122.

Verbot der Ehe wegen geistlicher Verwandtschaft.

III. *Wegen geistlicher Verwandtschaft (cognatio spiritalis)*. Diese ist ein Verhältniss: *a*) zwischen dem Taufzeugen (Gevatter, *susceptor, paterinus*) von der einen und den Täuflingen, ihren Aeltern und deren Descendenten von der andern Seite; *b*) zwischen den Descendenten des Taufzeugen von der einen und den Täuflingen, ihren Aeltern und deren Descendenten von der andern Seite; *c*) zwischen allen Täuflingen, die von einem und demselben Gevatter aus der Taufe gehoben worden, wenn sie gleich von verschied-

Blutsfreunden des Mannes und den Blutsfreunden der Frau. — Novelle aus dem 4ten Buche Konstantin Harmenopul's. Tit. 6. — Abtheilung: Ferner (Еще инако). — *Balsamonis, Patriarchæ Antiocheni cognitio de disceptata in Synodo quaestione, num unus et idem duabus sobrinis jungi debeat.* — Von der Schwägerschaft unter drei Geschlechtern. — Von der Ehe überhaupt. — Matthæus, B. 8. § 2, Konstantin Harmenopul, Tit. 6. B. 4: von den verbotenen Ehen, auch wenn keine Verwandtschaft Statt findet. — B. 51: von widergesetz-

lichen Ehen. — Beschluss der am 21 Febr. im J. d. VV. 6509. (nach Chr. Geb. 1001) in Konstantinopel unter dem Vorsitze des Patriarchen Sisinnius Statt gehabten Kirchenversammlung. — Abtheilung: aus einem andern Kapitel (отъ иныя главы). — Von der Berechnung der Verwandtschaftsgrade. — Verordnung über die Ehen (уставъ о брацѣхъ). — Entscheidung der heiligsten dirigirenden Synode, unterschrieben am 19 Januar 1810 und am 17 Febr. den Prälaten der Diöcesen mitgetheilt (No. 5. Allg. Suppl. B. No. 29).

denen Vätern und Müttern erzeugt sind, und ihren Descendenten; endlich *d*) zwischen dem Gevatter und der Gevatterinn. In den drei ersten Fällen ist die Ehe bis zum siebenten Grade inclusive verboten; in dem letzten Falle aber nur zwischen den namentlich angezeigten Personen. Uebrigens wird die Ehe zwischen Gevatter und Gevatterinn, wenn sie einmal geschlossen ist, nicht vernichtet, sondern hat bloss zur Folge, dass die Ehegatten einer Kirchenstrafe (*censurae*) unterworfen werden. Hierbei ist jedoch zu bemerken, dass die zuständigen Prälaten denjenigen, die in diesen verbotenen Graden in eine eheliche Verbindung treten wollen, solches, ohne der heiligsten Synode zu berichten, erlauben sollen, und wenn die Ehe schon besteht, selbige nicht trennen dürfen, mit Ausnahme derjenigen Ehen, die *a*) zwischen dem Taufzeugen von der einen, und dem Täufling und seinen Aeltern von der andern Seite und *b*) zwischen den von einem und demselben Gevatter aus der Taufe gehobenen Täuflingen geschlossen worden *) [*f*].

*) Die Belegstellen zu den letzten Sätzen unter *a*. und *b*. liefert die am 19ten Januar 1810 unterschriebene Entscheidung der heiligsten dirigirenden Synode

[*f*] K. K. Th. I. B. 17. c. 53 der 6ten allgemeinen Kirchenversammlung. — c. 5 des Theophilus, Erzbischofs von Alexandrien. — Th. II. B. 46. Verordnung des Kaisers Konstantin des Grossen. Kap. 7. — B. 48: v. bürgerliche Rechte. Tit. VII. § 28. — B. 49. *Delectus legum*

commendarius, factus ab Leone et Constantino, sapientibus Augustis. Tit. II. § 2. Tit. 16. § 37. 38. — B. 50. : Von der geistlichen Verwandtschaft (Осродствѣ еже отъ Святаго Крещенія). — Andere Abhandlung hierüber (инако къ сему о святомъ кре-

(Pandekten Band II. Seite 37 bis 40) und § 212 des Nomocanon's im grossen Trebnik (Pand. B. II. S. 47), worauf in jener Entscheidung verwiesen wird. Andere Bestimmungen enthält die Instr. für die zur Bekehrung der Osetinzen abgeordneten Geistlichen vom 8ten April 1771. P. 4. Abth. 3. Nach ihr soll die Ehè wegen geistlicher Verwandtschaft zwischen dem Taufzeugen und dessen Kindern von der einen und den Täuflingen und ihren Aeltern von der andern Seite verboten seyn und die geistliche Verwandtschaft weiter nicht ausgedehnt werden.

§ 123.

Verbot der Ehe wegen bürgerlicher Verwandtschaft oder Adoption.

IV. Wegen bürgerlicher Verwandtschaft oder Verwandtschaft durch Adoption.

Diese ist ein Verhältniss: a) zwischen den Adoptivaeltern von der einen und den Adoptivkindern und ihrer Nachkommenschaft von der an-

шении). — Entscheidung der Kirchenversammlung (Аѣство соборное). — Konstantin Harmenopul B. 4, Tit. 6. — *Interrogationes canonice sanctissimi Patriarchæ Alexandriæ Domini Marci, et responsa ad eas sanctissimi Patriarchæ Antiochiæ Domini Theodori Balsamonis.* — Matthäus Blastares Kap. 8. § 2. — Abtheilung: noch anders (Еще иначе). — Matthäus B. 8. § 2. Konstantin Harmenopul. Tit. 6. B. 4: von den verbotenen Ehen, auch wenn keine Verwandtschaft Statt findet. — B. 51.... von der Berechnung der Verwandtschaftsgrade. —

Nomocanon, enthaltend einen Auszug aus den Regeln der Apostel, Basilius des Grossen und der heiligen Kirchenversammlungen. § 209. 211. 212, im grossen Trebnik (der Kirchenagende) B. 108. — Uk. vom 21 November 1752. — Instr. für die zur Bekehrung der Osetinzen bestimmten Geistlichen vom 8 April 1771. P. 4. Abth. 3. — Entscheidung der heiligsten dirigirenden Synode, unterschrieben am 19 Januar 1810, und am 17 Februar den Prälaten der Diöcesen mitgetheilt (No. 6. Allg. Suppl. B. No. 30).

dern Seite; *b*) zwischen den Adoptirenden von der einen und den Aeltern, Geschwistern und der Ehegattinn des Adoptivkindes von der andern Seite; *c*) zwischen der Nachkommenschaft des Adoptirenden von der einen und den Adoptirten von der andern Seite; endlich *d*) zwischen dem Ehegatten, den Aeltern, Geschwistern, dem Oheim, oder der Tante, dem Neffen oder der Nichte des Adoptirenden von der einen und den Adoptirten von der andern Seite. In dem ersten und dritten Falle ist die Ehe bis zum siebennten Grade inclusive verboten; in den beiden andern Fällen aber nur zwischen den namentlich angezeigten Personen [*g*].

§ 124.

Verbot der Ehe aus andern Gründen.

Ausserdem ist die Ehe verboten: 1) dem Vormund oder Curator mit seiner Pflegbefohlenen, so lange diese nicht das 26ste Jahr erreicht hat; 2) dem Vater und Bruder des Vormundes mit dessen Mündel; 3) dem Manne mit der Tochter der von ihm geschiedenen Frau, welche nach der Scheidung von einem andern Manne mit ihr gezeugt worden; 4) der Wittwe, während des Trauerjahrs (Pand. Band II, S. 99. 288.) oder, wenn sie beim Tode des Mannes schwanger ist, vor ihrer Entbindung; endlich 5) den Sklaven mit der Wittwe ihres verstorbenen Herrn [*h*].

[*g*] K. K. Th. II, B. 48: vom bürgerlichen Rechte, Tit. VII. § 2. 5. 6. 10. 18. 19. 23. — B. 50..... Konstantin Harmenopul B. 4. Tit. 6. — Von der Annahme an Kindesstatt. — Andere Bestimmungen hierüber

(Инако и о помъже). (No. 7. Vergl. auch die Gesetze sub No. 5 und 6. Seite 33. 42 und 44 der Pandekten B. II.)

[*h*] K. K. Th. I, B. 17. 98ste Regel der 6ten allgemeinen Kirchenversammlung. — Th. II.

§ 125.

Gesetzliches Alter.

Das *vierte Erforderniss* einer rechtmässigen Ehe ist das gesetzliche Alter.

§ 126.

Fortsetzung.

Mannspersonen sollen vor erreichtem funfzehnten, und Personen weiblichen Geschlechts vor zurückgelegtem dreizehnten Jahre nicht heirathen. Bei Personen adeligen Standes wird für das männliche Geschlecht ein Alter von zwanzig, und für das weibliche von siebzehn Jahren zur Eingehung der Ehe erfordert. Den Gardemarins ist es verboten, vor ihrem fünf und zwanzigsten Jahre zu heirathen [i].

Anmerkung. Hohes Alter der Personen, die sich ehelichen wollen, oder grosse Verschiedenheit ihres Alters bewirkt gleichfalls ein Ehehinderniss und ver-

B. 48: vom bürgerl. Rechte. Tit. IV. § 16. Tit. VII. § 9. 10. 21. 22. 25. 26. — B. 50. Matthäus B. 8. § 2. Konstantin Harmenopol Tit. 6. B. 4: von den verbotenen Ehen, auch wenn keine Verwandtschaft Statt findet. — *Interrogatio Patriarchæ Alexandriæ Marci, et responsa ad eam Patriarchæ Antiochiæ Theodori Balsamonis.* — Uk. v. 19. Decbr. 7187. u. v. 3 Jan. 7192 (No. 8).

[i] K. K. Th. I. B. 21. Regeln des heil. Basilius. c. 24. — Th. II. B. 48: vom bürgerlichen Rechte. Tit. IV. § 2 u. 4. — B. 49. *Delectus legum compendarius, factus ab*

Leone et Constantino, sapientibus Augustis. Tit. II. § 1. — Ukas v. 23 März 1714: von Theilung d. Vermögens. Punkt 5. — Regl. über die Direktion der Admiralitäten und Werften vom 31 Jan. 1724. Kap. I. P. 77. — Entscheidung der heiligsten Synode vom 12 December 1744. — Uk. vom 20 Decbr. 1756. — Reglem. über die Direktion der Admiralität und Flotten vom 24 August 1765. Th. I. Kap. III. Punkt 4. — Instr. für die geistlichen Inspektoren P. 25. — Abhandl. über das Amt der Parochialpresbyter. Kap. III. § 125 (No. 9. Allg. Suppl. B. No. 51).

pflichtet den Priester, der zur Vollziehung einer solchen Ehe aufgefordert wird, nicht nur der Trauung Anstand zu geben, sondern auch deshalb seiner Behörde Bericht zu erstatten und eine Entscheidung darauf abzuwarten. Die am 12 Decbr. 1744 in einer Ehescheidungssache erfolgte Entscheidung der heiligsten Synode führt unter den Gründen, weshalb die Ehe, welche diesen Rechtsstreit veranlasste, getrennt wurde, auch das hohe Alter des Mannes, das 82 Jahre betrug, an.

§ 127.

Gegenseitige Einwilligung.

Das *fünfte Erforderniss* einer rechtmässigen Ehe ist die gegenseitige Einwilligung der Ehegatten, welche ohne Zwang von Seiten derjenigen, unter deren Gewalt sie sich befinden, erfolgen muss. Lassen sich aber die Kinder eine unanständige und ausschweifende Lebensart zu Schulden kommen: so sind die Aeltern befugt, dieselben zur Schliessung einer Ehe zu zwingen [k].

§ 128.

Einwilligung bei Ehen Minderjähriger, Leibeigener und Militärpersonen.

Bei solchen, die das fünf und zwanzigste Jahr noch nicht erreicht haben (Institutionen § 167 und Pandekten B. II. Seite 53. 54. 153. 154. 155. No. 11. 44), wird zur Eingehung der Ehe ausser ihrer gegenseitigen Einwilligung die Erlaubniss der Aeltern, oder, in Ermangelung derselben, die Einwilligung derjenigen Verwandten, die Aeltern Statt vertreten,

[k] K. K. Th. II. B. 48: vom bürgerlichen Rechte. Tit. IV. §. 22 und 23. Tit. V. § 3. — Uk. v. 5 Jan. 1724 (No. 10). Uk. vom 5 August 1775. — Abh. über das Amt der Parochialpresbyter § 123 (Allgem. Suppl. B. No. 27 und 28).

erfordert. Auch ist bei Ehen Leibeigener die Zustimmung ihrer Herrschaft, und bei Ehen der Militärpersonen die ihrer Vorgesetzten nothwendig [1].

Anmerkung 1. Reclamiren Personen weiblichen Geschlechts, die im Wittwenstande leben, oder noch unverheirathet sind, ihre Freiheit: so ist auch während des hierüber anhängigen Rechtsstreits auf den Fall, wenn sie in die Ehe treten wollen, ausser der hierzu erforderlichen Einwilligung von ihrer Seite und von Seiten ihrer Aeltern, oder, in Ermangelung derselben, ihrer nächsten Verwandten, die Zustimmung derer nothwendig, die sie als ihre Leibeigene in Anspruch nehmen, ohne dass diejenigen, welche die Erbhunterthänigkeit behaupten, zu irgend einem Zwange befugt sind.

Anmerkung 2. In Betreff der untern Militärbeamten ist zu bemerken, dass dieselben bloss von den Regimentspriestern getraut werden dürfen.

[1] K. K. Th. I. B. 21. Regeln des heil. Basiliius. c. 40. 42. — Th. II. B. 48: vom bürgerlichen Rechte. Tit. IV. §§ 3. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 15. 18. 19. 21. 24. — Ul. Kap. XI. § 19. — Ukas vom 3 Septbr. 1723, betreffend die Dislokation der Armee-Garnisonregimenter. — Reglement über die Direktion der Admiralitäten u. Werften vom 31 Januar 1724. Kap. I. Punkt 77. — Plakat v. 26 Juni 1724. Punkt 5. — Uk. v. 7 Juni 1744. — Instruktion für den Infanterie-Obersten v. 8. Decbr. 1764. Kap. II. P. 6. — Regl. über die Direktion der Admir. und Flotten v. 25 Aug.

1765. Th. I. Kap. III. P. 4. — Instruktion für den Cavallerie-Obersten vom 14 Jan. 1766. Kap. II. Punkt 6. — Manifest vom 17 März 1775. § 17. — Uk. v. 5 Aug. 1775. — 30 Juli 1782. — Kriegsreglement von 1797 über den Feld- und Infanteriedienst. Kap. IX. § I. II. III. — Entscheidung der heil. Synode v. 19 Apr. 1798. — Uk. vom 13 Mai 1798. und 4 Juni 1800. — Instruktion für die geistlichen Inspektoren. P. 23. — Abh. über das Amt der Parochialpresbyter. Kap. III. § 124. — Uk. vom Juni 1817 und April 1818 (No. 11. Allg. Suppl. B. No. 32).

§ 129.

Verbindlichkeit des Verführers, die Verführte zu ehelichen. Schwängert jedoch ein Verführer eine Jungfrau unter dem Versprechen der Ehe: so ist derselbe, nachdem er rechtlich davon überführt worden, zur Erfüllung seines Versprechens verbunden [m].

§ 130.

Verbot bei Verführungen. Dagegen kann derjenige, welcher eine Jungfrau entführt und Zwang dabei anwendet, dieselbe nicht heirathen, so lange sie seiner Gewalt unterworfen ist [n].

§ 131.

Von Wahn und Blödsinnigen. Wahn- und Blödsinnigen, die gerichtlich dafür erkannt worden, ist die Ehe verboten [o].

[m] K. K. Th. II. B. 46. Verordnung des Kayzers Konstantin des Grossen (Законъ судный людемъ Царя Константина Великаго). Kap. 9. — B. 49. *Delectus legum compendarius, factus ab Leone et Constantino, sapientibus Augustis*. Tit. XVI. § 15. — Kriegsregl. v. 30 März 1716. Art. 176. Erklärung dieses Artikels. — Seeregl. v. 13. Jan. 1720. B. V. Kap. XVI. P. 122. Erklärung (No. 12).

Schol. — B. 13. *Concilii Oecum: Chalcedonensis Canon 27*. Schol. — B. 17. *Concilii Oecum: sexti Canon 94*. Schol. — B. 21. Basilius des Grossen Regel 22. Schol. — Th. II B. 48: vom bürgerlichen Rechte. Tit. VII. § 27 (No. 13).

[n] K. K. Th. I. B. 6. *Concilii partic. Ancyran. Canon. II.*

[o] Ukas vom 6 April 1722 (No. 14). Instr. für die geistlichen Inspektoren. P. 23. — Abhandl. über das Amt der Parochialpresbyter. Kap. 3. § 125 (Allgem. Supplem. B. No. 31).

§ 132.

Lediger Stand.

Das *sechste Erforderntss* einer rechtmässigen Ehe ist, dass diejenigen, die sie eingehen wollen, ledigen Standes seyn müssen.

§ 133.

Gleichzeitige Polygamie.

Niemand darf eine neue Ehe eingehen, so lange eine frühere, gesetzmässig von ihm geschlossene, fortdauert [p].

§ 134.

Verbrechen.

Das *siebente Erforderntss* einer rechtmässigen Ehe besteht darinn, dass kein Verbrechen die Schliessung derselben verhindern darf.

§ 135.

Ehebruch.

Dem zufolge können zwei des Ehebruchs angeschuldigte Personen keine Ehe mit einander eingehen [q].

§ 136.

Ehe der Verwiesenen.

Personen adeligen Standes, die auf lebenslängliche Arbeit verschickt worden, wird zwar die Ehe im Exil erlaubt, jedoch nur dann, wenn

[p] K. K. Th. I. B. 21. Basiliius des Grossen c. 46. u. 77. — Th. II. B. 46. Verordn. des Kaisers Konstantin des Grossen. — B. 49. *Delectus legum compendarius, factus ab Leone et Constantino, sapientibus Augustis*. Tit. XVI, § 23. — Uloshenie Kap. XX. § 25. 26.

(No. 15. Allgem. Supplem. B. No. 33).

[q] K. K. Th. II. B. 48: vom bürgerlichen Rechte. Tit. VII. § 24. — B. 50..... Matthäus B. 8. § 2. Konstantin Harmenopol Tit. 6. B. 4: von den verbotenen Ehen, auch wenn keine Verwandtschaft Statt findet (No. 16).

sie sich zuvor verbindlich machen, dass sie niemals aus dem Exil zurückkehren wollen, und dass ihre dort erzeugten Kinder und deren Nachkommen auf immer daselbst verbleiben, und in den dasigen Bürgerstand eingeschrieben werden sollen, wodurch sie den Genuss der adeligen Rechte auf immer verlieren [r].

§ 137.

Stand und Amt derer, welche heirathen wollen. Das *achte Erforderniss* einer rechtmässigen Ehe besteht darin, dass diejenigen, die sie schliessen, weder durch ihren Stand, noch durch ihr Amt daran verhindert werden.

§ 138.

Ehehinderniss in Rücksicht der Welt- und Ordensgeistlichen. Die Ehe ist daher dem Mönchsstande und auch den Weltgeistlichen verboten, nachdem sie die Weihe als Priester oder Diakonen bekommen haben [s].

§ 139.

Ehehinderniss in Betreff der diplomatischen Beamten, die sich im Auslande befinden. Gleichergestalt können diplomatische Beamte, die sich im Auslande befinden, ohne Erlaubniss der Regierung nicht heirathen [t].

[r] Ukas v. 22 Aug. 1766, in Sachen wider den Lieutenant Jelagin (No. 17). Uk. v. 17 Jan. 1818 (Allg. Suppl. B. No. 19).

[s] K. K. Th. I. B. I. c. 26. S. S. *Apostolorum*. Schol. — B. 6. *Conc. partic. Ancyr.* c. 10. Schol. — B. 7. *Conc. partic. Neocæsariensis* c. 1. Schol. — B. 13. *Conc. Oecum:*

quarti Chalcedonensis c. 16. Schol. — B. 17. *Conc. Oecum. sexti* c. 6. Schol. — B. 21. Basilius des Grossen Regeln. c. 6. Schol. — Th. II. B. 42: Nov. des Kaisers Justinian § 45. 46. — B. 48: vom bürgerlichen Rechte. Tit. V § 1. 2 (No. 18).

[t] Ukas v. 15 Novbr. 1809 (No. 19).

§ 140.

Untersuchung wegen der Eehindernisse.

Das *neunte Erforderniss* einer rechtmässigen Ehe besteht in der derselben vorhergehenden Untersuchung wegen etwaniger Eehindernisse.

§ 141.

Fortsetzung.

Diese Untersuchung wird dadurch bewerkstelligt, dass glaubwürdige Zeugen, Bürgen genannt, darüber vernommen werden, ob keine gesetzlichen Eehindernisse vorhanden sind [u].

§ 142.

Aufgebot.

Das *zehnte Erforderniss* einer rechtmässigen Ehe ist das Aufgebot.

§ 143.

Fortsetzung.

Dieses geschieht vor der Ehe, und zwar öffentlich in den Kirchen der Pfarochien, in welchen die Verlobten ihren Wohnort haben, an drei auf einander folgenden Sonntagen oder Festtagen.

Anmerkung. Findet zwei Monate nach geschehenem Aufgebote die Trauung nicht Statt: so muss dasselbe erneuert werden, wofern nicht der zuständige Prälat davon dispensirt [v].

[u] K. K. Th. II. B. 50: vom Sakrament der Ehe. — Uk. v. 27 Jan. 1704. — 7 Febr. 1705. — 3 Juni und 24 September 1714. — 10 Juni 1730. — 14 April 1731. — Entscheidung der heil. Synode vom 29 Nov. 1731. — Uk. v. 2 Decbr. 1736. — 7 Juni 1744. — Entscheidung

des dirigirenden Senats v. 11 Okt. 1751. — Uk. v. 14 Juli 1765. — 5 August 1775. — Instr. für die geistlichen Inspektoren. P. 23. — Abh. über das Amt der Parochialpresbyter. P. 122 (No. 20. Allg. Suppl. B. No. 34).

[v] K. K. Th. II. B. 50: vom

§ 144.

Verfahren im Falle
eines Zweifels über
die Zulässigkeit der
Ehe.

Entsteht hierbei irgend ein Zweifel, so hat der Pfarrer dem zuständigen Prälaten deshalb Bericht zu erstatten. Kann aber dieser den Fall nicht entscheiden: so ist er gehalten, ihn der heiligsten Synode zu unterlegen, welche die Ehe entweder erlaubt oder verbietet [w].

§ 145.

Vollziehung der
Ehe an einem durch
die Kirchengesetze
erlaubten Tage.

Das *elfte Erforderniss* einer rechtmässigen Ehe besteht in Vollziehung derselben an einem durch die Kirchengesetze erlaubten Tage [x].

§ 146.

Eintragung der Ehe
in die Kirchen- und
Polizeibücher.

Das *zwölfte Erforderniss* einer rechtmässigen Ehe ist die Eintragung derselben in die Kirchen- und Polizeibücher [y].

§ 147.

Von der zweiten
und dritten Ehe.

Die zweite und dritte Ehe sind nach dem Tode eines der Ehegatten (§ 124. P. 1.) oder nach der gesetzlichen Trennung der frühern Ehe erlaubt, mit Ausnahme der Welt-

Sakrament der Ehe. — Ukas v. 15 Aug. 1728. Punkt 10. und v. 9 Jan. 1747 (No. 21). Instr. für die geistlichen Inspektoren P. 24. — Abh. über das Amt der Parochialpresbyter. § 122 (Allg. Suppl. B. No. 35).

[w] K. K. Th. II. B. 50: vom Sakrament der Ehe. — Geistliches Reglement v. 25 Jan. 1721,

Th. II: von den Laien. P. 11 (No. 22).

[x] K. K. Th. I. B. 10: *Concilii partic. Laodicensi c. 51.* — Th. II. B. 50: vom Sakrament der Ehe (No. 23).

[y] Anhang zum geistl. Regl. v. 25 Jan. 1721: über die Regeln der Welt- u. Ordensgeistlichen (причта церковного и чина монашеского). Punkt 29. —

geistlichen, denen schon die zweite Ehe verboten ist [z].

§ 148.

Verbot der vierten Ehe. Die vierte Ehe ist gänzlich untersagt [a].

Anmerkung. In der Abhandlung über das Amt der Parochialpresbyter (§ 125. vergl. mit der Instr. für die geistl. Inspektoren § 23.) wird zu den Gründen, weshalb der Priester die Trauung verweigern soll, Verstümmelung, Impotenz, Trunkenheit, Nichtkenntniss der nothwendigsten religiösen Lehrsätze und Vagabundenleben gezählt (Allg. Suppl. B. No. 36).

II.

Von den Wirkungen der Ehe in Betreff der Ehegatten und ihrer Kinder.

§ 149.

Gegenseitige Ver-
bindlichkeit der
Ehegatten. Ehegatten sind zu gegenseitiger ehelicher Treue verpflichtet. Der

Ukas v. 20 Februar 1724. — 29 Februar 1764. — 5 August 1775. — 23 Novbr. 1779. — 1 Mai und 13 Juli 1802. — 15 Juli 1805. — 7 Mai 1806 (No. 24. Allgem. Suppl. B. No. 27).

[z] K. K. Th. I. B. I. S. S. *Apostolorum* c. 17. *Schol.* — B. 10: *Conc. part. Laod.* c. 1. *Schol.* — B. 21: Basilius des Grossen Regeln c. 4. 12. 53, nebst den Scholien. u. c. 24. — Th. II. B. 42: Nov. des Kaisers Justinian. § 48. — B. 44, enthaltend verschiedene Titel

der Novellen des Kaisers Justinian. Tit. IX. Kap. 29. — B. 48: Vom bürgerl. Rechte. Tit. IV. § 25. Tit. VI. § 2. 4. 5. Tit. VII. § 25. 26. — B. 52: *Tomus unionis, sive expositio factæ unionis in Ecclesia, Constantini et Romani tempore.* — B. 57. can. 2 (No. 25).

[a] K. K. Th. II. B. 48: Vom bürgerl. Rechte. Tit. IV. § 25. — B. 52: *Tomus unionis.* — Ul. Kap. XVI. § 15. — Uk. v. 27 Juni im J. d. W. 7159 (nach Chr. Geb. 1651). — v. 29

Mann, als Haupt der Familie, soll mit seiner Frau in Liebe und Eintracht leben, sie achten, vertheidigen, ihre Fehler entschuldigen, ihre Schwächen stützen und ihr, nach seinem Stande und Kräften, Unterhalt verschaffen. Die Frau dagegen sey ihrem Manne mit Gehorsam, Liebe und Achtung zugethan, und erzeige ihm als Hausfrau alle Gefälligkeit und Ergebenheit [b].

§ 150.

Verpflichtung d. Frau. Die Frau muss vereint mit ihrem Manne leben [c].

§ 151.

Befugniss der weltlichen Obrigkeit in Ehesachen.

Der weltlichen Obrigkeit ist es untersagt, Mann und Frau von einander zu trennen, und sich in ihre Privatzwiste zu mischen; doch verfährt dieselbe, wenn dabei Raub und Diebstahl vorfällt, nach den allgemeinen darüber vorhandenen Gesetzen.

Anmerkung. Eben so wenig sind die Ehegatten berechtigt, sich eigenmächtig zu trennen und zu diesem Behufe Scheidungsbriefe an einander auszufertigen, da alle Ehescheidungssachen, nach den weiter unten aufzustellenden Regeln, von dem Richter auf dem

Okt. 7178 (n. Chr. Geb. 1669). — Neue Gesetze (Новоуказныя статьи) vom 10 März 7184 (1676) §. 5, und vom 10 August 7185 (1677). § 8 (No. 26). Uk. vom 29 März 1767. (Allg. Suppl. B. No. 36).

[b] K. K. Th. I. B. 21: Basilus des Grossen Regeln, c. 21. Schol. — Th. II. B. 46: Verordnung des Kaisers Konstantin des Grossen, P. 4. — B. 48: vom

bürgerl. Rechte. Tit. XXXIX. § 43. 60. — Polizeiordnung v. 8 April 1782. § 41. P. VIII. IX (No. 27). Abh. über das Amt der Parochialpresbyter. § 119 (Allg. Suppl. B. No. 37).

[c] K. K. Th. I. B. 8: Conc. part. Gangrensis c. 12. — B. 21: Basilus des Grossen Regel 35. Schol. — Ul. Kap. XX. § 84 (No. 28).

Wege des ordentlichen Prozesses, untersucht und entschieden werden müssen [d].

§ 152.

Rechte der Ehefrau. Der Mann theilt der Frau seinen Rang, alle damit verbundenen Privilegien und Vorrechte und seinen politischen Stand mit. Ist sie aber von höherer Herkunft als er: so verliert sie zwar ihren angeborenen oder erworbenen Stand nicht; theilt ihn aber auch weder dem Manne, noch den Kindern mit.

Anmerkung. Heirathet eine Freie einen Leibeigenen: so bleibt sie obigem Grundsatz gemäss, für ihre Person frei. Ihrem Manne und Kindern theilt sie aber nur auf den Fall die Freiheit mit, wenn sie in einer bürgerlichen Erziehungsanstalt oder im Findelhause (въ мѣщанскомъ училищѣ или въ воспитательномъ домѣ) erzogen und ihrem Manne von seinem Erbherrn erlaubt worden ist, ein Frauenzimmer zu ehelichen, die einer solchen Anstalt ihre Erziehung verdankt [e].

[d] Ul. Kap. XX. § 62. 69. — Uk. v. 28 Mai 1767. P. 9. u. v. 28 Juli 1781 (No. 29). Entscheidung der heil. Synode v. 2 Decbr. 1730. — Uk. vom 28 Mai 1767. P. 9. — Allerhöchst bestät. Gutachten des Reichsraths v. 12 Novbr. 1817 (Allg. Suppl. B. No. 38).

[e] Ul. Kap. X. § 99. — Rangt. v. 24 Jan. 1722. P. 7. — Generalplan des Kaiserl. Findelhause in Moskau v. 1 Septbr. 1763. Th. I. Kap. 6. P. 5. — Verordnung über die beim Auferste-

hungskloster (Воскресенская монастырь) errichtete besondere Schule vom 31 Jan. 1765. § 8. — Uk. v. 20 Oktober 1783. — Adelsordnung vom 21 April 1785. §. 3. 7. — Stadtordnung v. 21 April 1785. § 82. 91. — Uk. v. 8 Juli 1787. — 24 Januar 1806. — 22 December 1807. — 18 Februar und 17 Mai 1808. — vom November 1814. — 21 Sept. 1815. P. 7 und 8. und v. Juni 1817 (No. 30. Allgem. Suppl. B. No. 39).

§ 155.

Verantwortlichkeit
der Ehegatten bei ge-
meinschaftlichen Ver-
brechen.

Die Theilnahme des einen Ehegatten an dem Verbrechen des andern unterwirft beide einer gleichen Strafe; der unschuldige Theil wird aber nicht bestraft [f].

§ 154.

Unzulässiges Zeugniß
der Frau.

Die Frau kann in keiner Angelegenheit als Zeuge gegen ihren Mann auftreten [g].

§ 155.

Verhältniss der Ehe-
gatten in Rücksicht
des Vermögens.

Die Ehe bewirkt keine Gütergemeinschaft unter den Ehegatten. Jeder derselben hat das Recht, mit seinem Vermögen, in Gemässheit der Gesetze, nach eigenem Gutdünken zu schalten und zu walten [h].

§ 156.

Gegenseitige Ueber-
tragung des Vermö-
gens.

Den Ehegatten ist es verstattet, einander ihr Vermögen gerichtlich zu übertragen. Thun sie aber solches in der Absicht, um sich der Bezahlung der Schulden zu

[f] Ul. Kap. II. § 6. 7. — Kap. XXI. § 88. — Neues Gesetz v. 22 Jan. im J. d. W. 7177 (n. Chr. Geb. 1669) § 113. — Uk. v. 11 April 1768 (No. 31).

[g] Uloshenie Kap. X. § 177 (No. 32).

[h] Uk. v. 20 Aug. 7185 (n.

Chr. Geb. 1677). und 21 Febr. 7187 (1679). — Unterlegung v. 19 Juni 7187 (1679). — Uk. v. 12 März 7188 (1680). — Neue Gesetze v. 29 März. — (n. Chr. Geb. 1680), 7te Unterlegung. — Uk. v. 21 Septbr. 1733. — 1 Septbr. 1747. — 14 Juni 1753 (No. 33).

entziehen: so werden von den Urkunden, die sie einander ausgestellt haben, nur diejenigen für gültig erkannt, welche früher datirt sind, als die von ihnen an Andere ausgestellten Wechsel und Verbindungsschriften [i].

Anmerkung. Die gegenseitige Uebertragung des Vermögens der Ehegatten war ursprünglich in den Gesetzen verboten (Pandekten Band II, Seite 130 bis 132); es wurde aber die Befugniss dazu später durch die Praxis eingeführt und durch das Gesetz (Pandekten Band II, Seite 132; Band III Seite 202. 203. 204; Allgem. Suppl. B. Seite 115. 116.) anerkannt.

§ 157.

Wechselseitiges
Erbrecht der
Ehegatten.

Die Ehegatten haben ein wechselseitiges Erbrecht im Falle des natürlichen oder bürgerlichen Todes, und erhalten die statutarische Portion [k].

§ 158.

Verpflichtung der
Kinder ihre Ael-
tern zu achten.

Die Kinder sind verpflichtet, ihren Aeltern Ehrerbietung, Achtung und Gehorsam zu bezeigen; die Aeltern dagegen müssen ihren unmündigen Kindern Unterhalt reichen [l].

[i] Ukas v. 26 Febr. 1763. — Entscheidung des Güterkollegiums v. 25 Juni 1780. — Ad. Ordn. vom 21 April 1785. § 22. — St. Ordn. vom 21 April 1785. § 88. — Uk. vom 15 Juni 1797. und 5 Juli 1812, welcher letztere in den Pandekten B. III. Seite 202

abgedruckt ist (No. 34. Allg. Suppl. B. No. 40).

[k] Ul. Kap. XVII. § 1. — Uk. v. 17 März 1731. P. 1. — 24 Juli 1748. — 25 Mai 1758 (No. 35).

[l] K. K. Th. I. B. 8: *Concilii part. Gangrensis c. 13. 14.* — Polizeiordnung v. 8 April 1782, § 41, Punkt XI (No. 36).

§ 159.

Verbindlichkeit der Kinder, ihre Aeltern zu unterhalten.

Die Kinder sind verpflichtet, ihre Aeltern, im Falle der Noth, zu unterhalten [m].

§ 160.

Vorrechte der Kinder, nach dem Stande oder der Würde ihrer Aeltern.

Der Vater theilt seinen Kindern erblich seinen Stand und alle damit verbundenen Vortheile, Rechte und Privilegien mit. Die Töchter geniessen, so lange sie nicht verheirathet sind, alle dem Range und der Würde des Vaters zukommenden Privilegien [n].

§ 161.

Erbrecht der Kinder, deren Aeltern Verbrechen begehen.

Die Kinder verlieren durch Verurtheilung ihrer Aeltern, selbst der schwersten Verbrechen wegen, ihre Erbrechte nicht [o].

III.

Von ungültigen (nichügen) Ehen.

§ 162.

Gründe der Nichtigkeit der Ehe.

Die Ehe ist ungültig, sobald eins oder mehrere der folgenden Erfordernisse mangeln.

[m] Ul. Kap. XXII. § 5. — Neue Gesetze v. 22 Jan. im J. d. W. 7177 (n. Chr. Geb. 1669). § 91 (No. 37).

Stadtordn. v. 21 April 1785. § 83. 91. — Uk. v. 8 Juli 1787. — 22 Decbr. 1807. — 8 Juni 1812. Punkt 3 (No. 38).

[n] Ul. Kap. 10. § 99. — Rangtabelle v. 24 Januar 1722. P. 9. 11. 15. — Adelsordnung v. 21 April 1785. §. 4. 7. —

[o] Ul. Kap. II. § 8. 10. — Adelsordn. v. 21 April 1785. § 23 (No. 39). Uk. vom 6 Mai 1802 (Pandekten Einl. S. 20. No. 12).

§ 163.

121
122 Ehe in verbotenen
Graden der Ver-
wandtschaft.

I. Sie ist ungültig, wenn sie eingegangen wird: 1) unter Blutsfreunden, im vierten Grade und näher; 2) unter Schwägern, die durch zwei Geschlechter mit einander verbunden sind, im vierten Grade und näher; 3) zwischen dem Gevatter einer und den Täuflingen und ihren Aeltern andererseits [p].

Anmerkung. Obgleich die Ehe zwischen Täuflingen, die von demselben Gevatter aus der Taufe geliebt worden und zwischen Adoptivverwandten bis zum siebenten Grade (§ 122 und 123) verboten ist: so wird doch eine in diesem Grade geschlossene Ehe nicht vernichtet, sondern die Ehegatten unterliegen bloß einer Kirchenstrafe.

§ 164.

Vielfache Ehe.

II. Ist sie ungültig, sobald eine frühere, nicht gesetzlich getrennte Ehe vorhanden ist. Wird aber Jemand durch Betrug bewogen, mit einer Person bei Lebzeiten der Frau oder des Mannes derselben in die Ehe zu treten, so trifft den betrogenen Theil keine

[p] K. K. Th. II. B. 46: Verordnung des Kaisers Konstantin des Grossen. Kap. 7. 8. — B. 51: von widergesetzlichen Ehen, d. h. von der Blutschande. — Synodalbeschluss wegen der widergesetzlichen Ehen. — *Brevis Patriarchalis*

de quodam, qui matris suæ sorinam uxorem duxerat, de de poenis illi irrogandis, Joannes Chartularius, Joonpuli filius, exposuit. — Von den nämlichen verbotenen Ehen. — *Nomocanon*, im grossen Trebnik. B. 108. § 55.—

Strafe, sondern es wird derselbe bei seinen frühern Ehren und Würden erhalten [q].

§ 165.

Vierte Ehe.

III. Die vierte Ehe ist in allen Fällen nichtig [r].

§ 166.

Ehen der Unmündigen.

IV Ist die von Unmündigen vor zurückgelegtem 15ten Jahre beim männlichen und vor erreichtem 13ten Jahre beim weiblichen Geschlechte geschlossene Ehe ungültig [s].

§ 167.

Ehen, ohne Einwilligung der Aeltern geschlossen.

V Haben Aeltern zu der von ihren Kindern vor Erreichung des 25sten Jahres geschlossenen Ehe ihre Einwilligung nicht gegeben: so wird dieselbe für ungültig erkannt. Doch sind von dieser Regel die Fälle ausgenommen: wenn der

Uk. der heiligsten dirigirenden Synode an das Mitglied derselben, Se. Eminenz den Nowgorodschen und St. Petersburgschen Metropolit und Archimandriten des Dreieinigkeits-Alexander-Newskischen Klosters, Gawrilo, v. 19 Sept. 1787. — Entscheidung derselben v. 17 Febr. (unterschrieben den 19 Januar) 1810 (No. 40).

[q] K. K. Th. I. B. 17. Regel 87 u. 92 der 6ten allgemeinen Kirchenversammlung. — Th. II. B. 46: Verordnung des Kaisers Konstantin des Grossen. Kap. 14. — Kriegsreglement v. 30 März 1716. Artikel 171. 172. — Entschei-

dungen der heil. Synode v. 24 Februar 1725 u. 12 Dec. 1744. — Ukas der heiligsten dirigir. Synode an das Mitglied derselben, Se. Eminenz den Welikonowgorodschen und Welikoluzkischen Metropolit Dmitri v. 10 Juli 1767. — Uk. v. Januar 1782 u. 7 Decbr. 1811 (No. 41. Allg. Suppl. B. No 41).

[r] Nomocanon, im grossen Trebnik B. 108. § 53 (No. 42). Uk. v. 29 März 1767 (Allgem. Suppl. B. No. 36).

[s] K. K. Th. II. B. 48: vom bürgerl. Rechte, Tit. IV. § 4. — Uk. v. 17 Decbr. 1774. — 31 Juli 1779 u. 10 Decbr. 1781 (No. 43).

Vater *a*) seit drei Jahren verschollen ist, in welchem Falle dessen Kinder ohne seine Einwilligung heirathen können, und *b*) wenn derselbe in der Folge die von seinem Sohne oder seiner Tochter ohne sein Vorwissen geschlossene Ehe genehmigt [*t*].

§ 168.

Ehen, die nicht öffentlich vollzogen worden.

VI. Ehen, welche nicht in der Kirche öffentlich durch die Einsegnung des Priesters und vor wenigstens zwei Zeugen vollzogen worden, werden für nichtig erkannt [*u*].

§ 169.

Ehen, bei welchen Zwang Statt gefunden.

VII. Die Ehe des Entführers mit der von ihm entführten Jungfrau ist nichtig, wenn sie vollzogen worden ist, während letztere sich in der Gewalt des erstern befand [*v*].

§ 170.

Ungültigkeit der von Ordensgeistlichen geschlossenen Ehen.

VIII. Endlich ist die Ehe einer in den Mönchsstand getretenen Person ungültig [*w*].

Anmerkung. Zu den obigen Paragraphen gehört IX. noch die Bestimmung, dass Ehen, die ohne vorhergegangenes Aufgebot (§ 143) geschlossen worden, nichtig sind (Pandekten Band II. Seite 94. 95).

[*t*] K. K. Th. II. B. 51: *De quodam, qui sro filio per nuptias conjunxit filiam familias alterius sine patris ejus consensu*, (No. 44).

[*u*] K. K. Th. II. B. 43: *Novella Imperatoris Alexii Comneni, ne de servis ad libertatem proclamantibus, testimonium adversus ipsorum testes produ-*

ctorum, dicta valeant; tum, quod sacrae benedictiones etiam servis impertiendae sint, nec tamen in his eos libertatem consequi. — B. 50: vom Sakrament der Ehe (No. 4).

[*v*] K. K. Th. II. B. 50: vom Sakrament der Ehe (No. 4).

[*w*] K. K. Th. I. c. 16 der vierten allgemeinen Kirchen-

§ 171.

Folgen ungültiger Ehen. Eine vom Richter für ungültig (nichtig) erklärte Ehe wird so angesehen, als ob sie nicht bestanden habe. Die in derselben erzeugten Kinder gelten für uneheliche, und haben kein Recht auf die Erbschaft ihres Vaters. Jeder der ungesetzlichen Ehegatten kann eine rechtmässige Ehe eingehen, wofern ihnen diese nicht überhaupt durch das Gesetz verboten ist [x].

§ 172.

Gerichtsbarkeit und Verfahren in Rechtssachen wegen Vernichtung einer Ehe u. s. w. Rechtssachen, welche die Vernichtung einer Ehe zum Gegenstande haben, gehören vor die geistliche Gerichtsbarkeit, die Ehen ausgenommen, welche ohne Einwilligung der Aeltern und zwischen dem Entführer und der Entführten geschlossen worden sind, als in Ansehung welcher die Klagen und Anzeigen vor den weltlichen Richter gehören. Die dem geistlichen Gerichtsstande unterworfenen Rechtssachen werden in den Konsistorien auf dem Wege des ordentlichen Prozesses verhandelt. Sind die Akten geschlossen: so wird ein Auszug daraus angefertigt, der den Parten, ehe die Sache im Konsi-

versammlung. — B. 21: Basilus des Grossen Regel 6 nebst den Scholien (No. 18).

k [x] K. K. Th. II. B. 48: vom bürgerlichen Rechte. Tit. IV. § 25. — B. 50: Matthäus B. 8, § 2, Konstantin Harmenopol Tit. VI, B. 4: von verbotenen Ehen, auch wenn keine Ver-

wandtschaft Statt findet. — Ul. Kap. XVI. § 15. — Uk. v. 27 Juni 7156 (n. Chr. Geb. 1648). — 29 Okt. 7178 (1669). — 10 März 7184 (1676). Punkt 5. — 10 August 7185 (1677). P. 8. — 9 August 1763 (No. 45). Uk. vom 29 März 1767 (Allgem. Suppl. B. No. 36).

storium zum Vortrage kommt, mitgetheilt wird, um ihre etwanigen Bemerkungen dagegen zu machen. Die Konsistorialentscheidung, über welche der Prälat der Diöces ein Gutachten zu ertheilen hat, wird aber den Parten nicht bekannt gemacht, sondern erst nach erfolgter Bestätigung der heiligsten Synode in Erfüllung gebracht, den Fall ausgenommen, wenn die Trennung der Ehe nicht erfolgt, indem alsdann die Entscheidung des Konsistoriums den streitenden Theilen eröffnet und ihnen die Appellation nachgegeben wird.

Hierbei ist indessen Folgendes zu bemerken:

- 1) Wenn wegen solcher Personen, die, ungeachtet einer vorhandenen frühern Ehe, eine zweite eingegangen sind, oder solcher, die sich für verheirathet ausgegeben, ohne Beweise darüber zu besitzen, keine Klagen oder Anzeigen bei Lebzeiten derselben Statt gefunden haben: so werden diese nach ihrem Tode von deren Erben und andern Privatpersonen in den geistlichen Behörden nicht angenommen, noch begründen sie eine gerichtliche Verhandlung.
- 2) In Betreff des Vermögens hingegen, welches diejenigen nach ihrem Tode hinterlassen, die eine widerrechtliche Ehe geschlossen haben, so wie in Betreff der Ansprüche auf die mit der Ehe verknüpften bürgerlichen Vorrechte, sind die Berechtigten befugt, ihre Klagen beim weltlichen Richter, nach Grundlage der Gesetze, zu erheben.
- 3) Der weltliche Richter nimmt die erwähnten Klagen an, und erlässt an das Konsistorium die Anfrage: ob die Ehe bestanden habe und gültig gewesen sey oder nicht? Findet er aber die

hierauf ertheilte Antwort dunkel oder mangelhaft: so requirirt er das Konsistorium, in Betreff dieser Ehe von sich aus eine Untersuchung anzustellen.

- 4) Das Konsistorium muss eine solche Untersuchung mit Zuziehung weltlicher Deputirten vornehmen. Ist dieselbe beendet und von dem Prälaten der Diöces geprüft: so wird der weltliche Richter von dem gefassten Beschlusse benachrichtigt.

Die Bürgen, welche sich bei der Untersuchung wegen der Eehindernisse fälschlich reversirt haben, werden dem weltlichen Richter übergeben, der die geistliche Behörde von seinem desfallsigen Spruche, sobald derselbe gefällt ist, benachrichtigt [*y*].

IV

Von Trennung einer rechtsbeständigen Ehe.

- A. Durch den natürlichen oder bürgerlichen Tod.
B. Durch Abwesenheit Verschollener.
C. Durch Scheidung.

[*y*] Allerhöchste Entscheidung vom 12 April 1722 auf die von der heiligsten dirigirenden Synode unterlegten Punkte. P. 16. Abth. 5. 6. §. 3. 4. Abth. 11. 14. 15. — Uk. v. 23 März und 16 Decbr. 1723. — vom 23 Novbr. 1752. — Entscheidung der heiligen Synode vom 27 März 1767. — Uk. vom 28

Mai 1767. P. 9. — 5 August 1775. — 6 Sept. 1787. — 6 Februar 1805. — 28 Febr. 1806. — 25 April 1807. — 5 Januar 1812. — vom Juni 1815. — Allerhöchst bestätigtes Gutachten des Reichsraths vom 12 November 1817 (No. 46. Allgem. Suppl. B. No. 42).

A.

§ 173.

Trennung durch den Tod.

Die Ehe wird durch den natürlichen und bürgerlichen Tod

getrennt [z].

B.

§ 174.

Wenn einer der Ehegatten verschollen ist.

Sie wird ferner bei Verschollenen getrennt, wenn einer der Ehegatten sich in der Gefangenschaft befindet, oder sonst abwesend ist, und weder zurückkehrt, noch dem andern während eines Zeitraums von fünf Jahren von seinem Leben Nachricht giebt (§ 180). Doch darf die Frau einer verschollenen Militärperson nicht eher von dem Wittwenrechte Gebrauch machen, als nach Empfang eines Passes von der Militärbehörde, der den Tod des Mannes bescheinigt. Heirathet eine Frau ohne Beobachtung dieser Vorschrift, so wird die neu geschlossene Ehe für nichtig erkannt [a].

C.

§ 175.

Ehescheidung wegen Unfähigkeit zum Beischlafe.

Die Scheidung findet nach den Grundsätzen der Griechisch-Russischen Kirche, die auf den genauen Sinn der heiligen Schrift gegründet sind, Statt:

[z] Uk. v. 16 Aug. 1720. u. 29 April 1753 (No. 47).

[a] K. K. Th. I. B. 17. c. 92. der sechsten allgem. Kirchenversammlung und B. 21. c. 31 und 36 Basilius des Grossen nebst den Scholien. — Th II. B. 44. Novellen des Kaisers

Justinian. Tit. XIII. § 3. — B. 48. vom bürgerlich. Rechte. Tit. XI. § 3. 17. — B. 50: vom Sakrament der Ehe (Да опасно блюдесть). — Uk. vom 2 Septbr. 1701. — 7 November 1781. — 4 Sept. 1812 (No. 48. Allgem. Suppl. B. No. 43).

I. Sobald beym Manne ein natürliches Unvermögen zum Beischlafe erwiesen wird; jedoch ist dieser Beweis nicht eher als nach Ablauf von drei Jahren seit Schliessung der Ehe zulässig [b].

§ 176.

Wegen Ehebruchs
und anderer Verge-
hungen.

II. Ein anderer Grund zur Scheidung, welchen unsere rechtgläubige Griechisch - Russische Kirche für den vorzüglichsten erkennt, findet (nach den eigenen Worten des Heilandes: »Wer sich von seinem Weibe scheidet [es sey denn um der Hurererey willen] und freiet eine andere, der bricht die Ehe.« Matth. Kap. 19. V 9.) Statt: 1) wenn der Mann seine Frau, oder die Frau ihren Mann des Ehebruchs überführt, und 2) wenn der Mann seine Frau zum Ehebruch bereedet. Ausserdem ist nach den bürgerlichen Gesetzen die Scheidung eine nothwendige Folge nachstehender Vergehungen: *A.* von Seiten des Mannes: 1) wenn er irgend ein schweres Verbrechen begeht und gerichtlich desselben überführt wird, worauf nach den Gesetzen die Todesstrafe, oder lebenslängliche Verweisung steht; 2) wenn er, unterrichtet von einem böshafter Anschläge gegen das Leben seiner Frau, keine Massregeln zu ihrem Schutze ergreift. *B.* Von Seiten der Frau: 1) wenn sie eines begangenen schweren Verbrechens gerichtlich überführt wird,

[b] K. K. Th. II. B. 46. Verordnung des Kaisers Konstantin des Grossen, Kap. 32. — B. 48: vom bürgerlichen Rechte. Tit. XI. § 2. — B. 49:

Delectus legum compendarius, factus ab Leone et Constantino. Tit. II. § 9. — Uk. vom 23 März 1723. Punkt 11 (No. 49).

welches sie nach den Gesetzen der Todesstrafe oder lebenslänglicher Verweisung unterwirft ; 2) wenn sie ohne Erlaubniss ihres Mannes das Haus verlässt und die Nacht ausserhalb desselben, an einem andern Orte, als bey ihren Aeltern zubringt , und der Mann sie nicht selbst ohne Ursache zum Weggehen nöthigt ; endlich 3) wenn sie unterrichtet von einem boshaften Anschläge auf das Leben ihres Mannes, denselben nicht davon benachrichtigt [c].

§ 177.

Wenn Ehegatten sich zum Klosterleben bestimmen.

III. Wünschen Ehegatten in den Mönchs- und Nonnenstand zu treten, so findet die Scheidung nur dann Statt, wenn beide, sowohl der Mann, als die Frau, sich freiwillig einkleiden lassen. Hierbei muss aber, anderer Umstände zu geschweigen, besonders darauf gesehen werden, dass die Frau ein Alter von sechzig, oder wenigstens von funfzig Jahren habe ; ferner muss Rücksicht darauf genommen werden, ob die Ehegatten Kinder haben, und in welcher Lage diese zurückbleiben, weil die Trennung von den Kindern eine Gott missfällige Handlung ist [d].

[c] K. K. Th. II. B. 44. Novellen des Kaisers Justinian. Tit. XIII. § 4. — B. 46: Verordnung des Kaisers Konstantin des Grossen. Kap. 32. — B. 48: vom bürgerlichen Rechte. Tit. XI. § 4 bis 16 — B. 49: *Delectur legum compendarius, fac-*

tus ab Leone et Constantino. Tit. II. § 8. 9 (No. 50).

[d] K. K. Th. II. B. 48: vom bürgerlichen Rechte. Tit. XI. § 4. — Anhang zum geistlichen Reglement, wegen der Mönche, Punkt 4. 5. 6 (No. 51).

Anmerkung. Die obigen drei letzten Paragraphen stellen die Norm auf, an welche sich die Kirche bei Ehescheidungen bindet. Die Pandekten enthalten aber Bestimmungen, welche die Scheidung nicht nur: *a)* wegen natürlichen Unvermögens zum Beischläfe und *b)* wegen Eintritts in den Mönchs- und Nonnenstand zulassen, so wie die §§ 175 und 177. solches festsetzen, sondern auch dann, wenn *c)* der Mann oder die Frau aussätzig ist (*si leprosus, si leprosa sit.* Vergl. die Pandekten Band II. Seite 170. 172. 174 und 266). Auch wird *d)* die Ehe desjenigen geschieden, welcher sein eigenes Kind aus der Taufe hebt (Pandekten Band II. Seite 47. 268). Ueberdem ist der *Mann* aus folgenden Ursachen zur Ehescheidungsklage berechtigt: 1) wenn die Frau um eine Conspiration wider den Staat weiss und deshalb die erforderliche Anzeige nicht macht; 2) wenn der Mann beweist, dass die Frau Ehebruch getrieben; 3) wenn die Frau dem Manne nach dem Leben getrachtet, oder von gefährlichen Nachstellungen anderer wider ihn Kenntniss hat und ihn nicht davon benachrichtigt; 4) wenn sich dieselbe aus dem Hause entfernt und ausser demselben, ohne Erlaubniss des Mannes, und zwar nicht bei ihren Aeltern, die Nacht zubringt, den Fall ausgenommen, wenn der Mann die Frau, die keine Aeltern hat, ohne Ursache aus dem Hause treibt, und sie die Nacht ausser demselben zubringt, da diese Entfernung dem Manne zur Last fällt; 5) wenn die Frau wider Willen des Mannes mit fremden Männern Gelage hält (*si convivatur*), oder badet; 6) wenn sie ohne Wissen oder gegen das Verbot des Mannes öffentlichen Schauspielen (*circensibus, aut theatris, aut amphitheatris*) beiwohnt. Die *Frau* hingegen ist zur Ehescheidung befugt: 1) wenn der Mann wider den Staat conspirirt, oder um eine solche Conspiration weiss und keine Anzeige davon macht; 2) wenn er der Frau nach dem Leben steht,

oder von dergleichen Anschlägen weiss und keine Massregeln zu ihrer Vertheidigung trifft; 3) wenn er sie zum Ehebruch beredet; 4) wenn er sie fälschlich des Ehebruchs anklagt; endlich 5) wenn er in demselben Hause, in welchem er mit der Frau wohnt, oder in einem andern, jedoch in derselben Stadt belegenen Hause sich einen unerlaubten Umgang mit einem andern Weibe zu Schulden kommen lässt, und davon, ungeachtet zweimaliger Warnung, nicht absteht (Pandekten Band II. Seite 172. 173. 293. bis 296).

§ 178.

Wirkung der Scheidung
in Betreff der Ehegatten.

Nach erfolgter Scheidung wird der schuldige Theil der Kirchenbusse und der gesetzlichen Strafe, nach Massgabe seines Verbrechens, unterworfen; der unschuldige Theil hingegen erhält das Recht, eine neue Ehe einzugehen [e].

V.

Von dem Gerichtsstande und Verfahren bei Trennung der Ehe.

§ 179.

Trennung der Ehe
wegen Verbrechen.

Sucht ein Ehegatte, dessen Mann oder Frau wegen Verbrechen auf öffentliche Arbeit, oder zur Aniebelung verschickt worden, um die Erlaubniss zur Schliessung einer neuen Ehe nach: so

[e] K. K. Th. I. B. 15. *cilii oecum. sexti c. 87.* —
Conc. part. Carthaginiensis B. 21. Basilius des Grossen
c. 182. Schol. — B. 17. *Con-* c. 9. 35. 48, nebst den Scholien

ertheilt der Prälat der Diöces, nachdem von der Behörde die nöthigen Nachrichten wegen der Verurtheilung eingezogen worden, diese Erlaubniss. Hat aber ein solcher Ehegatte während der Verweisung des andern sein desfallsiges Gesuch nicht übergeben, so findet die Trennung von letzterm nicht Statt, wenn dieser durch Allerhöchste Milde *Sr. Kaiserlichen Majestät* begnadigt worden [*f*].

§ 180.

Trennung derselben wegen bösllicher Verlassung oder langer Abwesenheit.

Will der Mann oder die Frau um Trennung der Ehe und um Gestattung einer neuen Heirath wegen bösllicher Verlassung oder Abwesenheit verschollener Ehegatten bitten: so muss das desfallsige Gesuch von erstern selbst den Prälaten der Diöces übergeben werden. Der ansuchende Ehegatte ist aber nicht eher als nach fünfjähriger Entweichung oder Abwesenheit des Verschollenen zu diesem Gesuche berechtigt (§ 174). Von Militairpersonen, Appanage- und herrschaftlichen Bauern werden dergleichen Gesuche nur dann angenommen, wenn erstere bewiesen, dass die Einreichung derselben von ihrer Behörde, letztere aber dass solche von ihrer Gutsherrschaft erlaubt worden. Die in Betreff dieser Gesuche anzustellende Verhandlung erstreckt sich auf folgende Gegenstände: 1) ist die Frage zu entscheiden, ob kein Zweifel über die Existenz der Ehe zwi-

u. c. 77. — Uk. vom 23 März 1723. Punkt 10 (No 52).

[*f*] Uk. vom 9 Juli 1767. — 28 April 1804. — 31 Aug. 1807 (No. 53).

schen dem ansuchenden und abwesenden Theile obwaltet? Bei der desfallsigen Untersuchung gelten als Beweise: die Kirchen- Polizei- und Beichtbücher; die Aussagen der Geistlichen und Kirchenbeamten, welche die Trauung verrichtet haben; das eidliche Zeugniß der bei der Trauung gegenwärtig gewesenen Personen und die Revisionslisten. 2) Ist über die Existenz der Ehe kein Zweifel vorhanden, so werden die Verwandten des verschollenen Ehegatten und die dasigen Ortsbewohner, nach vorläufiger Beeidigung, von der weltlichen Behörde, in Gegenwart eines Deputirten der Geistlichkeit, über die Zeit der Abwesenheit und die Aufführung des Abwesenden vernommen; imgleichen darüber, ob ihm vom ansuchenden Theile keine Veranlassung zur Entfernung gegeben worden, und ob Niemanden der Aufenthalt des Abwesenden bekannt ist, oder ob in Betreff seiner keine Gerüchte im Umlaufe sind. Hiernächst wird über dieselben Gegenstände und auf die nämliche Weise unter den Bewohnern der benachbarten Orte eine Umfrage angestellt. 3) Gehört die verschollene Person zum Adel, oder zu einem Stande, dem es frei steht, in Russland seinen Wohnort aufzuschlagen, wo er es für gut befindet, so requirirt das Konsistorium, sobald vorläufig ausgemittelt worden, dass diese Person mit dem ansuchenden Theile getraut worden, alle Gouvernementsregierungen, den verschollenen Ehegatten aufzusuchen. Wird derselbe aber nicht gefunden: so schreitet das Konsistorium zur weitem Untersuchung, in Gemäßeheit des oberwähnten zweiten Punkts. Ist die Untersuchung auf diese Weise bewerkstelligt worden:

so hat das Konsistorium und der Prälat der Diöces nicht nur bei Anfertigung des Auszugs, sondern auch bei der Eröffnung, die dem supplicirenden Theile davon gemacht wird, um seine etwanigen Bemerkungen dawider anzubringen, und bei Entscheidung der Sache nach Vorschrift des 172^{sten} § zu verfahren [g].

Anmerkung. Wegen Krankheit kann bloss von der heiligsten Synode auf Ehescheidung erkannt werden, nachdem deshalb zuvor eine ärztliche Besichtigung Statt gefunden hat, und der Synode der darüber abgefasste Bericht unterlegt worden ist (Pandenkten Band II. Seite 170).

§ 181.

Ehescheidung wegen begangenen Ehebruchs.

Alle Ehescheidungsgesuche wegen begangenen Ehebruchs werden bei der geistlichen Behörde angebracht, welche, nach Untersuchung der Sache, ein den Gesetzen entsprechendes definitives Erkenntniss fällt, und die Scheidung verwirft oder zulässt. Hierbei ist jedoch zu bemerken, dass das Urtheil sich nicht auf das blosse Geständniss dessen stützen darf, der sich für den schuldigen Theil erklärt, sondern dass unabhängig hiervon auch die übrigen Umstände zu berücksichtigen sind, welche zur Erforschung der Wahrheit führen, so dass, nach einer solchen Untersuchung, das Geständniss des Schuldigen nur den Beweis der Thatsache vollständig macht [h].

[g] Uk. vom 11 Mai 1722. u. 25 Sept. 1810 (No. 54).
[h] Uk; vom 11 Mai 1722. — Entscheid. der heil. Synode

vom 7 April 1798. — Uk. v. 8 Juni 1811 und 3 Januar 1817 (No. 55. Allgem. Suppl. B. No. 44).

VI.

Von den Ehen Rechtgläubiger mit fremden Glaubensgenossen und Sektirern.

§ 182.

Ehen mit fremden
Glaubensgenossen.

Die Ehe zwischen Personen, die zur Griechisch Russischen Kirche gehören, und fremden Glaubensgenossen, werden, unter Beobachtung folgender Regeln, gestattet: 1) Vor Schliessung der Ehe muss der fremde Glaubensgenosse sich schriftlich verbindlich machen, seinen Ehegatten, der zur rechtgläubigen Kirche gehört, weder durch Ueberredung, noch durch Gewalt, zur Veränderung der Religion zu vermögen; 2) Die aus einer solchen Ehe erzeugten Kinder müssen nach den Gebräuchen der herrschenden Griechisch - Russischen Kirche getauft werden.

Anmerkung 1. In Ansehung dieser letzten Regel werden folgende Ausnahmen gestattet:

- 1) *In den von Polen eroberten Provinzen* müssen die Söhne der Aeltern, die verschiedenen Glaubensbekenntnissen zugethan sind, in der Religion des Vaters, die Töchter hingegen in der Religion ihrer Mutter erzogen werden *. Ausgenommen sind die von Personen adeligen Standes deshalb in ihren vor der Hochzeit geschlossenen Eheverträgen getroffenen Bestimmungen. Die Trauung gebührt dem Priester oder Pfarrer der Religion, zu welcher sich die Braut bekennt. Sollte indessen der Römisch - Katholische Priester die Ehe nicht einsegnen wollen, so kann

dieses von dem Priester einer andern Konfession geschehen. Hierbei ist jedoch zu bemerken, dass der Priester der fremden Religionspartei nicht eher zur Trauung schreiten darf, als bis er sich zuvor deshalb an den rechthgläubigen Priester gewandt hat, indem in einem solchen Falle die Grundsätze der Griechisch - Russischen Kirche in Rücksicht der Erfordernisse einer gültigen Ehe, d. h. in Betreff der Eheverbote wegen Nähe der Verwandtschaft und Schwägerschaft, der Tage, an welchen die Schliessung der Ehe untersagt ist, u. s. w. befolgt werden müssen.

- 2) *In dem Grossfürstenthume Finnland* müssen Kinder, deren Aeltern verschiedenen Glaubensbekenntnissen zugethan sind, in der Religion des Vaters erzogen werden, und es kann dieserhalb unter den Personen, die sich heirathen, keine abweichende Bestimmung getroffen werden. Die Trauung muss aber in den Kirchen beider Religionsparteien vollzogen werden, zu welchen sich die Verlobten bekennen.

* Der Ukas der heiligsten Synode vom 7ten Oktober 1803 enthält in Betreff dieses Gegenstandes eine andere Bestimmung als der im Jahre 1768 geschlossene Traktat, indem derselbe festsetzt, dass alle Kinder, ohne Unterschied des Geschlechts, in der Religion der Vaters getauft und erzogen werden sollen.

Anmerkung. 2. In Betreff derjenigen, die keinem christlichen Glaubensbekenntnisse zugethan gewesen sind, wenn sie sich taufen lassen, folgende Regeln zu beobachten: Hat ein solcher vor der Taufe mehrere Frauen, so kann er, nach seinem Wunsche, eine von den zugleich mit ihm getauften wählen, mit der seine Ehe, nach den von der Kirche deshalb festgesetzten Gebräuchen, eingesegnet wird. Wünscht jedoch der

Getaufte die fernere Verbindung mit einer seiner Frauen, die nicht getauft worden, so ist ihm solches auch erlaubt, wenn er auf den Rath, lieber mit einer Getauften in der Ehe zu leben, nicht hört, sondern bei seinem Wunsche verbleibt; auf keinen Fall aber wird demselben nach der Taufe das Zusammenleben mit mehreren Frauen gestattet. Uebrigens wird dessen frühere Ehe wegen verbotener Grade nicht getrennt, weil sie vor der Taufe geschlossen worden ist. Was die Kinder betrifft, so müssen dieselben durchaus in der rechtgläubigen Religion erzogen werden [i].

§ 183.

Ehe mit Sektirern. Die Ehe mit Sektirern wird zwar geduldet, indessen nur unter der Bedingung, dass die aus derselben erzeugten Kinder nach den Gebräuchen der rechtgläubigen Griechisch-Russischen Kirche getauft werden. Gehören aber beide Theile zu den Sektirern: so ist es

- [i] K K. Th. I. B. 10. *Concilii part. Laodicensi. c. 31.* — B. 17. *Concilii oecum. sexti c. 71. 72.* — Th. II. B. 48: vom bürgerlichen Rechte. Tit. II. § 3. — *Nomocanon* im grossen Trebnik B. 108. § 58. — Uk. v. 8 März 1715 (1667). — Betrachtung der heiligsten Synode über die Ehen Rechtgläubiger mit fremden Glaubensgenossen vom 18 Aug. 1721. — Uk. vom 21 Oktober 1721. — Entscheidung der heiligsten Synode vom 3 Oktober 1726. P. 1. n. 9. nebst der Resol. — Uk. v. 15 Aug. 1728. — Entscheidung der heiligsten Synode v. 25 April 1729. — Uk. vom 18 Juli 1729. — 7 Februar 1735. — 12 Januar 1739. Punkt 4. — 6 September 1745. Punkt 4. — Traktat zwischen Russland und Polen vom 13 Februar 1768. Art. 2. § 10. — Instr. der heil. Synode für die zur Bekehrung der Osetinzen beauftragten Geistlichen vom 8 April 1771. P. 4. — Uk. vom 13 Novemb. 1780. — 7 Oktober 1803. — 19 Januar und 10 März 1805. — 16 Mai 1810. — 5 Juli 1811. — Manif. vom 20 März 1812. — Uk. vom 26 Februar 1814. — Abh. über das Amt der Parochialpresbyter Kap. 3. § 126 (No. 56. Allgem. Suppl. B. No. 45).

dem rechtgläubigen Priester unter schwerer Strafe verboten, sie zu trauen [k].

Anmerkung. Wollen Rechtgläubige mit Personen in die Ehe treten, die zwar gleiche Dogmen mit der herrschenden Kirche haben, auch mit ihr als vereint angesehen werden, obgleich sie, wegen einiger Verschiedenheiten im Ritus, sich von derselben absondern, und deshalb besondere Namen führen (nämlich: Единовѣрцы, Соединенцы, und ehemals Старообрядцы): so können sich selbige, nach gemeinschaftlicher Uebereinkunft, entweder in der Griechisch-Russischen Kirche, oder in der Kirche der Jedinowerzen trauen lassen (Allerhöchst bestätigtes Gutachten des Moskowischen Metropolitens Platon vom 27 Oktober 1800, wegen Errichtung einer Kirche für die Jedinowerzen und Einsetzung rechtmässiger Priester für sie. P. 3. 14.).

§ 184.

Gerichtsbarkeit in Ehescheidungssachen zwischen Rechtgläubigen und Personen anderer Religionsparteyen u. s. w. Ehescheidungssachen: 1) zwischen Rechtgläubigen und Personen anderer Religionsparteyen, so wie zwischen fremden Glaubensgenossen, die von einem Griechisch-Russischen Priester getraut worden, unter einander, * gehören zur Gerichtsbarkeit der rechtgläubigen geistlichen Behörden. Ist aber 2) die Trauung Rechtgläubiger mit fremden Glaubensgenossen von dem Priester einer andern Religionspartey vollzogen worden: so gehören der-

[k] Entscheidung der heiligsten dirigirenden Synode v. 1722. P. 6 (Allgem. Suppl. B. 15 Mai 1722. Punkt 3. 7. 8. 9 (No. 57). — Uk. vom 16 Juli 1722. P. 6 (Allgem. Suppl. B. No. 46).

gleichen Rechtssachen vor die geistlichen Behörden dieser Religionspartey. Uebrigens sind, nach der Bestimmung der heiligsten Synode, Rechtshandel über Ehen zwischen Sektirern und fremden Religionsverwandten der Gerichtsbarkeit der Griechisch-Russischen Behörden nicht unterworfen [1].

* Merkwürdig sind die am 3ten December 1817 und am 4ten und 15ten Juli 1818 gefällten Entscheidungen der heil. dir. Synode, in einem Rechtstreite zwischen zwei Ehegatten, die beide fremden Glaubensbekenntnissen zugethan und von einem Griechisch Russischen Priester getraut worden sind. Der Mann wurde der Bigamie beschuldigt und es entstand die Frage: Ob in dieser Rechtssache von der Griechisch-Russischen geistlichen Behörde über die Gültigkeit der erwähnten Ehe erkannt werden dürfe, oder nicht? Diese Frage wurde durch die obigen Erkenntnisse im Wesentlichen dahin entschieden: Da beide Ehegatten fremde Glaubensverwandte wären, so hätten sie nicht in der Griechisch-Russischen Kirche getraut werden sollen, und der Russische Geistliche, der diese Trauung vollzogen hätte, sey deshalb zur Verantwortung zu ziehen gewesen, wenn er nicht bereits gestorben wäre. Die vorliegende Sache gehöre daher sowohl in Rücksicht der obigen ersten Ehe, als in Betreff der nachher von demselben Manne geschlossenen zwei-

[1] Entscheidung der heil. Synode v. 29 Nov. 1731. — Uk. v. 15ten Novbr. 1805 — Kommunikat des Oberprokureus der Synode an den Metropolit der Römisch-Katholischen Kirchen v. 19 Juli 1805. — Uk. der heil. Synode v. 24

Okt. 1807. — 29 Oktbr. 1808. — 25 Juni 1814. — 10 Juni 1816. — Auftrag des Justizministers an den Prokureur des Römisch-Katholischen geistlichen Kollegiums v. 2 Aug. 1816 (No. 58. Allgem. Suppl. B. No. 47).

ten Ehe vor den Richter, dessen Gerichtsbarkeit die Ehegatten nach ihrer Religion unterworfen wären, und die heil. Synode könne aus diesem Grunde die erwähnte erste Ehe nicht für gültig erkennen. Zur Rechtfertigung dieser Entscheidungen wird auf den Synodalbeschluss von 1721 (Pandekten Band II. S. 185 bis 194, vergl. mit den Institutionen § 182) verwiesen, weil dieser keine Bestimmung darüber enthalte; dass fremde Glaubensgenossen, die sich heirathen wollten, nach den Gebräuchen der Griechisch - Russischen Kirche getraut werden könnten.



SIEBENTES KAPITEL.

Von den Beweisen der ehelichen Geburt.

§ 185.

Eheliche Kinder.

Für eheliche Kinder werden alle diejenigen gehalten, die während einer rechtmässigen Ehe erzeugt worden [a].

§ 186.

Rechte des Kindes, im Falle eines Zweifels über seine Abstammung.

Wenn über die Geburt eines Kindes bei Lebzeiten der Aeltern kein Streit entsteht, und dasselbe von der zuständigen Gerichtsbehörde nicht für unehelich erkannt wird: so kann nach dem Tode der Aeltern Niemand dessen eheliche Geburt anfechten (§ 187) [b].

§ 187.

Zehnjährige Verjährung.

Gleichermassen kann Niemand die rechtmässige Abstammung nach Ablauf von 10 Jahren seit der Niederkunft streitig machen [c].

§ 188.

Verlust der Rechte der ehelichen Geburt.

Das Recht der ehelichen Geburt kann nicht anders, als durch gerichtliche Entscheidung aberkannt werden [d].

[a] Instr. für die G. K. vom 30 Juli 1767. § 122 (No. 1).

Reichsraths v. 12 Novbr. 1817 (No. 2. Allg. Suppl. B. No. 48).

[b] Uk. v. 9 Aug. 1763. — Instr. für die G. K. v. 30 Juli 1767. § 122. — Uk. v. 28 Aug. 1775. P. 3. — 21 Juli 1778. — 4 Nov. 1786 u. 12 Juli 1802. — Allerh. bestät. Gutachten des

[c] Uk. v. 12 Juli 1802. P. 13 u. 3 (No. 2). — Allerh. bestät. Gutachten des Reichsraths vom 12 Nov. 1817 (Allg. Suppl. B. No. 48).

[d] Uk. v. 9 August 1763 (No. 2).

§ 189.

Rechte der nach dem Tode des Vaters gebornen Kinder. Ein nach dem Tode des Vaters gebornes Kind wird für ehelich angesehen, wenn die Mutter beim Tode ihres Gatten schwanger nachbleibt [e].

§ 190.

Verhandlung der Rechtssachen über unrechtmässige Abstammung. Die Rechtssachen über unrechtmässige Abstammung werden in den weltlichen Gerichten verhandelt [f].

§. 191.

Verfahren, im Falle eines Zweifels über die eheliche Geburt. Es muss aber die eheliche Geburt, im Falle eines Zweifels, deutlich bewiesen werden.

§ 192.

Beweise der ehelichen Geburt. Beweismittel sind:

- I. Die Kirchen- und Polizeibücher.
- II. Die Geschlechtsregister für den Adel und
- III. für die Bürger und Stadtbewohner und besonders für die vornehmen Kaufmannsgeschlechter.
- IV Die Revisions- oder Kopfsteuerlisten.
- V Die Zeugnisse von Personen von rechtschaffener und untadelhafter Führung.
- VI. Familienbriefe.
- VII. Der Besitz des Rechtszustandes eines ehelichen Kindes, welcher begründet wird, wenn die Aeltern diejenigen, welche auf die eheliche

[e] Uk. vom 6 Juli 7157 (n. heil. Synode v. 12 April 1702.
C. G. 1649) (No. 3). Unterl. 16. Abth. 12 und 13
[f] Unterlegungspunkte der (No. 4).

Geburt Anspruch machen, als ihre Kinder behandelt und auch die übrigen Glieder der Familie sie in dieser Eigenschaft anerkannt haben [g].

§ 193.

Fortsetzung.

Diese Beweise schliessen indessen andere rechtliche und unstreitige Beweise der ehelichen Geburt nicht aus [h].

[g] Belege zu I. II. III. und IV liefern nicht nur die oben im 4ten Kapitel, über die Beurkundung des Standes, angeführten Verordnungen, sondern auch der 2te Punkt des Ukases v. 4 Novbr 1786 u. der 1ste Punkt des Ukases vom 12 Juli 1802 (No. 2.)

Zu No. V: die Regeln, welche bei Aufnahme Russischer Edelleute in den Orden des heil. Johannes von Jerusalem zu beobachten sind, v. 15 Febr. 1799. § 10. (B. I. No. 42. K. IV.

über die Beurkundung des Standes); die Uk. v. 4 Novbr. 1786. P. 3. und 12 Juli 1802. P. 1 (No. 2).

Zu No. VI: der Ukas vom 12 Juli 1802. P. 1. u. 2 (No. 2).

Zu No. VII: die Uk. vom 4 Novbr. 1786. P. 3. und 4. und v. 12 Juli 1802. P. 2. 3. und 4 (No. 2).

[h] Adelsordn. v. 21 April 1785. § 91. — Stadtordn. v. 21 April 1785. §§ 77. und 78 (No. 5).



ACHTES KAPITEL.

Von den aus unehelichem Beischlafe erzeugten Kindern und deren Legitimation.

§ 194.

Uneheliche Kinder.

Unehelich sind :

I. Die ausser der Ehe gebornen Kinder.

II. Kinder aus nichtigen Ehen [i].

III. Kinder, die zwar geboren wurden, nachdem ihre Aeltern zusammen in die Ehe getreten waren; welche aber deshalb nicht für eheliche angesehen werden können, weil sie zu früh nach eingegangener, oder zu spät nach getrennter Ehe zur Welt kamen, so dass der Beweiss der ehelichen Geburt physisch unmöglich ist.

Anmerkung. Obgleich in unsern Gesetzen keine deutliche Verordnung über den 3ten Fall vorhanden ist : so leuchtet doch aus verschiedenen im dirigirenden Senat verhandelten Sachen hervor, dass aus diesem Grunde die eheliche Geburt in Anspruch genommen worden ist. Auch wird in der Instr. für die C. K. vom 30 Juli 1767. § 122 (No. 1.) nur von Kindern, die während der Ehe *empfangen* worden, gesagt : sie wären für rechtmässig geborne zu halten (Vergl. §§ 185. 189. und 201 der Institutionen und No. 2 der Pandekten B. III).

§ 195.

Politische Rechte unehelicher Kinder.

Uneheliche Kinder geniessen mehr oder weniger bürgerliche

[i] K. K. Th. II: v. bürgerl. Rechte. Tit. IV. § 25. — B. 50. — v. 29 Oktbr. 7178 (n. Chr. Geb. 1669). — 10 März 7184 (1676). Ul. Kap: X. § 280. Kap. XVI. — 10 Aug. 7185 (1677). § 8. — § 15. Kap. XVII. § 5. — Uk. 13 Juni 1812 (No. 6).

Rechte desjenigen Standes, dem sie nach den Bestimmungen des öffentlichen Rechts beigezählt werden [k].

§ 196.

Pflicht des Vaters eines unehelichen Kindes.

Uneheliche Kinder haben in dem Nachlasse ihrer Aeltern kein Erbrecht; die Mutter des unehelichen Kindes kann aber für sich und das Kind von dem Vater desselben Alimente fordern, die nach dem Stande des letztern bestimmt werden [l].

§ 197.

Nothzucht und Entführung.

Nothzucht und Entführung der Mutter unterwerfen aber noch ausserdem den Entführer, wenn deshalb von

[k] Ul. Kap. XXII. §. 26. — Uk. v. 29 Oktbr. 1715 (n. Chr. Geb. 1666). — 31 Jan. 1712. — 4 Novbr. 1715. — 9 Jan. 1723. P. 19. — 20 Jan. 1724. — 31 Jan. 1724. 1ste Entsch. P. 13. und 14. — 5 März 1726. — 25 Juni 1730. — 20 Januar 1731. — Revisionsinstr. v. 16 Dec. 1743. P. 16. — 27 Febr. 1744. P. 5. — 22 Mai 1744. Abth. 4. — 9 Juli 1744. — 24 Juli 1744. P. 5. — 18 Oktbr. 1744. P. 7. — 13 Jan. 1746. — 16 Septbr. 1746. — 22 Septbr. 1746. — Zwei Uk. v. 16 März 1747. — Uk. v. 2. April 1747. — 25 Mai 1747. P. 8. — 13 Mai 1754. P. 5. — Man. wegen Errichtung des Findelhauses v. 1 Septbr. 1763. — Hauptplan des Findelhauses. Th. I. Kap. II. § 1—12. Kap. V. § 3 bis 7. 11 bis 13. Kap. VI. §. 4 bis 6. Th. III.

Abth. 1 u. 13. — Verfügung der heil. dirig. Synode v. 31 Dec. 1763. — Abriss v. 8 April 1768. Th. II. Kap. 1. Abth. 4. — Uk. vom 10 Januar 1771. — 10 Oktober 1782. — 4 December 1783. P. 5. — 23 December 1797. — Allerh. bestat. Unt. Ihrer Maj. der Kaiserinn MARIA FEODOROVNA v. 31 Decbr. 1798. und vom 15 Mai 1799. — Rescript an Ihre Majestät die Kaiserinn MARIA FEODOROVNA vom 22 Septbr. 1803. — Uk. v. 20 Novbr. 1806. — vom Februar und 3 Septbr. 1807. — 8 Juli 1812. — 21 Septbr. 1815. P. 6. — 28 Juli 1816 (No. 7. Allg. Suppl. B. No. 49).

[l] Ul. Kap. X. § 280. Kap. XVI. §. 15. Kap. XVII. §. 5. — Kriegsregl. v. 30 März 1716. Art. 176. Erklärung (No. 8).

jener geklagt wird, der Kirchenbusse und dem peinlichen Gerichte [m].

§ 198.

Wirkung der nachfolgenden Ehe in Betreff der vor Eingehung derselben gebornen Kinder. Treten Aeltern, die aus unehelichem Beischlafe Kinder mit einander erzeugt haben, zusammen in die Ehe, so darf bei Sr. Kaiserlichen Majestät um Legitimation derselben nachgesucht werden [n].

§ 199.

Personen, die um Legitimation nachsuchen dürfen. Die Legitimation ist zeither erfolgt, wenn darum nachgesucht wurde: 1. Vom Vater [o]. 2. Von der Mutter, im Falle der Vater todt ist [p]. 3. Vom leiblichen Bruder des Vaters [q]. 4. Von den Vormündern des unehelichen Minorennen, mit Beifügung der Beweise, dass der Vater desselben selbst die Absicht hatte, um dessen Legitimation nachzusuchen [r].

§ 200.

Legitimation der aus nichtigen Ehen erzeugten Kinder. Kinder aus nichtigen Ehen werden gleichfalls mittelst Allerhöchsten Befehls legitimirt, wenn wenigstens

[m] Ul. Kap. XX. § 80. — 1802 und viele andere (No. 11. 1).
Kriegsregl. vom 30 März 1716. Art. 167 und 168 (No. 9).

[n] Ausz. aus dem Journ. des Reichsraths v. 13 Juni 1801. — 26 Sept. 1797. — 11 Mai 1801. — 12 April 1802. — 6 März. Uk. v. 5 Juli 1802. — Allerh. 5 April. 5 Mai. 3 Juli. bestät. Gutachten des Reichsraths v. 9 März 1811 (No. 10). 19 Juli und 20 Novbr. 1804 (No. 11. 2).

[o] Uk. v. 2 Oktbr. 1797. — 5 [q] Uk. v. 8 Febr. und 21 December 1802 (No. 11. 3).
1 November 1798. — 20 und [r] U. v. 27 März 1804 (No. — 21 Juli 1801. — 15 Juli 11. 4).

eins der Aeltern bei Eingehung der nichtigen Ehe unschuldig befunden wird [s].

§ 201

Legitimation eines zu früh gebornen Kindes.

Gleichermassen wird auf Bitte der Aeltern ein Kind legitimirt, welches zwar geboren wurde, nachdem seine Aeltern zusammen in die Ehe getreten waren, aber (§ 194. P. III.) deshalb nicht für rechtmässig angesehen werden kann, weil es zu früh nach eingegangener Ehe zur Welt kam [t].

§ 202.

Wirkung der Legitimation.

Die mittelst Allerhöchsten Befehls legitimirten Kinder erhalten alle politischen und bürgerlichen Rechte ehelicher Kinder und werden ihnen in allen Erbfolgelinien gleich geachtet [u].

[s] Uk: v. 9 Aug. 1763. — 16 Febr. 1788. — 6 März 1800 (No. 12).

[u] Uk. v. 6 März 1800. — 11 Oktober 1803, vergl. mit den oben angeführten Präjudicaten (No. 14).

[t] Uk. v. 30 Nov. 1796. und 3 Oktober 1797 (No. 13).



NEUNTES KAPITEL.

Von der Annahme an Kindesstatt.

§ 203.

Adoption.

Die Adoption findet Statt, wenn Personen, die keine Kinder haben, ihre Aufzöglinge oder andere Kinder beiderlei Geschlechts an Stelle eigener Kinder annehmen [v].

Anmerkung. Ueber die Adoption der Aufzöglinge von Seiten solcher Personen, die eheliche Kinder hatten, ist zwar auch ein Präjudikat vorhanden; es ist aber dabei zu bemerken, dass diese Adoption mit Zustimmung der ehelichen Kinder geschah [w].

§ 204.

Art und Weise wie die Adoption geschieht.

Die Annahme an Kindesstatt hängt lediglich von dem Ermessen des Kaisers ab, und erfolgt nur dann, wenn derjenige, der darum nachsucht, sich um den Staat verdient gemacht hat [x].

§ 205.

Wirkung der Adoption.

Der Adoptirte erhält: 1. die politischen Rechte des Adoptirenden und dessen Familiennamen; 2. ein Erbfolgerecht in dem wohl erworbenen Vermögen,

[v] Abriss vom 8 April 1768. Th. II. Kap. I. Abth. 4. — Allerh. bestat. Bittschrift des Kanzlers Grafen J. A. Ostermann v. 23 Oktober 1796 (No. 15).

[w] Uk. v. 16 Novbr. 1801 (No. 15).

[x] Auszug aus dem Journ. des Reichsraths v. 13 Juni 1801.

— Allerhöchster durch den Geheimenrath Troschtschinski verlautbarter Befehl vom 13 Aug. 1801. — Allerh. bestat. Unt. der dirig. Senats vom 30 Januar 1812 und viele unten angeführte Präjudikate (No. 16).

oder bisweilen auch im Gesamtvermögen des Adoptirenden, kraft der deshalb erlassenen Allerhöchsten Verfügung [γ]. Hierbei ist jedoch zu bemerken, dass in einigen Fällen, auf Allerhöchsten Befehl, dem Adoptirten ein anderer Familienname als der des Adoptirenden ertheilt worden ist [z].

§ 206.

Hinzufügung des Familiennamens.

Die blosse Hinzufügung eines andern Familiennamens zu dem früher geführten kann für keine eigentliche Adoption angesehen werden, sondern ist ein besonderes Rechtsinstitut. Diese Hinzufügung des Familiennamens wird aber mittelst Allerhöchsten Befehls erlaubt:

1. Wenn in irgend einem Geschlechte bloss Nachkommen weiblichen Geschlechts nachbleiben. In einem solchen Falle soll nämlich derjenige, der in diese Familie heirathet oder geheirathet hat, den Familiennamen seiner Gattinn zur Aufrechthaltung ihrer Erbfolgerechte, annehmen [a].

2. Zur Erhaltung eines Stammes, den Blutsfreunden männlichen Geschlechts.

[γ] Uk. vom 23 Oktober und 13 November 1796. — 5 Aug. 1798. — Die beiden Ukasen v. 8 u. 9 Mai 1801. — Uk. v. 17 und 21 Mai 1801. — Die beiden Ukasen vom 28 Mai 1801 und die drei Ukasen vom 10 Juni 1801. — Auszug aus dem Journal des Reichsraths vom 13 Juni 1801. — Uk. v. 14

Novbr. 1801. — 1 März 1802. — 24 März, 11 Okt. u. 25 Okt. 1803. — 23 Febr. 8 März u. 21 Juni 1804 (No. 17. 1.)

[z] Uk. v. 25 Septbr. u. 15 Oktbr. 1798. — 13 Juni 1801. u. 14 Febr. 1804 (No. 17.2.)

[a] Uk. vom 23 März 1714. P. 7. — Punkte über die Landgütersachen vom 28 Mai 1725.

Anmerkung. Haben dergleichen Blutsfreunde, ihrer Abstammung nach, ein gleiches Erbrecht, und es ist kein näherer Erbe ausser ihnen vorhanden, so wird das unbewegliche Vermögen in gleichen Theilen unter sie vertheilt [b].

3. Fremden Personen, ohne dass diese jedoch dadurch ein Erbrecht in Rücksicht des Geschlechts bekommen, dessen Familiennamen sie dem ihrigen beifügen (Uk. v. 5 März 1809. No. 18. 2).

§ 207.

Kirchliche Gebräuche
bei der Adoption.

Die kirchlichen Gesetze über die Gebräuche bei der Adoption gehören nicht in das bürgerliche Recht und werden daher hier übergangen.

Resol. auf die Unterl. wegen des 7 Punkts des Ukases vom 23 März 1714. — Uk. vom 18 Novbr. 1796 (No. 18. 1) und vom 11 Aug. 1817 (Th. II, B. I. No. 8. 1. Seite 87 bis 92).

[b] Uk. v. 16 Juli 1802. — Die beiden Ukasen vom 6 April 1816 (No. 18. 2). — Uk. vom Januar 1818 (Allgem. Suppl. B. No. 50).

ZEHNTES KAPITEL.

Von der älterlichen Gewalt.

I.

Allgemeine Verordnungen über die gegenseitigen Rechte und Verbindlichkeiten der Aeltern und Kinder.

§ 208.

Älterliche Gewalt. Aeltern sind Herren ihrer Kinder. Die natürliche Liebe zu den Kindern legt ihnen die Pflicht auf, dieselben zu ernähren, zu kleiden und zu erziehen [c].

§ 209.

Dauer der älterlichen Gewalt. Die Wirkung der Gewalt und und Fürsorge der Aeltern geht sogar über ihr Ableben hinaus, indem sie das Recht haben, über die Person und das Vermögen ihrer unmündigen Kinder auf ihren Todesfall Vormünder anzuordnen [d].

§ 210.

Pflichten der Kinder gegen die Aeltern. Die Kinder ihrer Seits haben die Verpflichtung, ihren Aeltern aufrichtige Ehrerbietung, Gehorsam, Folgsamkeit und Liebe zu bezeigen, und ihnen thätig zu dienen; in ihren Reden ihnen die grösste Ehrerbietung zu beweisen; die Ermahnungen und Warnungen der Aeltern geduldig und ohne Murren anzunehmen, und die Ehrerbietung gegen sie auch nach dem Ableben fortzusetzen [e].

[c] Polizeiordn. vom 8 April 1782. § 41. Abth. X (No. 19). Nov. 1775. § 215. P. 1. u. 2. u. § 299. P. 1. u. 2. (No. 20).

[d] Gouv. Verordn. vom 7 1782. § 41. Abth. XI (No. 21). [e] Polizeiordn. vom 8 April

§ 211.

Eintheilung. Aus diesen Grundsätzen gehen nachstehende Rechte und Pflichten der Aeltern, sowohl in Betreff der Person (§§ 212. bis 222.), als des Vermögens ihrer Kinder (§§ 223 bis 233) hervor.

II.

Von den Rechten und Pflichten der Aeltern gegen die Kinder in Betreff ihrer Personen.

§ 212.

Erziehung der Kinder. Die Aeltern haben die Verpflichtung, ihre Kinder in der Furcht Gottes, zu erziehen und ihnen Grundsätze beizubringen, die sich für treue Unterthanen passen. Auch müssen sie ihnen eine Bildung geben, die ihrer künftigen Laufbahn angemessen ist [*f*].

§ 213.

Mittel hierzu. Ist es für die Aeltern unmöglich oder schwierig, ihre Kinder selbst zu unterhalten und zu unterrichten, so sind sie befugt, auf die Vergünstigungen Anspruch zu

[*f*] Generalregl. v. 27 Febr. 1720. Kap. 36. — Geistl. Regl. v. 25 Jan. 1721: von den Schulkhäusern. § 14. — Instr. für die sämtlichen Magistrate v. Jahre 1724. §. 35. — Uk. v. 15 Aug. 1728. P. 3. 6. 12. — 6 Mai 1763. — 9 Febr. 1737. — 20 April 1745. — 9 Jan. 1747. — Man. v. 18 Febr. 1762. P. 7. —

Instr. für die G. K. v. 30 Juli 1767. Kap. XIV §§ 348 — 356. 407. 408 und 410. — Poliz. Ordn. § 41. Abth. X. — Zunftordn. v. 12 Novbr. 1799. Th. I. Kap. 4. § 11. — Vorläufige Grundsätze wegen der Volksaufklärung v. 24 Jan. 1805. Kap. 1. § 24 (No. 22. Allgem. Suppl. B. No. 51).

machen, welche die Verordnungen über die öffentliche Erziehung in sich fassen, und können demnach ihre Kinder, nach ihrem Stande, in die Militär-, Bürger- oder Volksschulen abgeben [g].

§ 214.

Abgabe der Kinder an Fremde auf bestimmte Jahre. Unvermögenheit berechtigt die Aeltern, ihre Kinder fremden Personen abzugeben, um sich durch ihre Arbeit Unterhalt zu verschaffen, jedoch nicht länger als auf 5 Jahre [h].

§ 215.

Recht der Aeltern, ihren Kindern für persönliche Beleidigungen Genugthuung zu verschaffen. Die Aeltern sind verpflichtet, ihre Kinder zu beschützen, und haben, im Falle persönlicher Beleidigungen derselben, das Recht, auf dem gesetzlichen Wege Genugthuung deshalb zu verlangen [i].

§ 216.

Befugniß der Aeltern in Rücksicht der Heirath ihrer Kinder. Ohne Erlaubniß der Aeltern können Kinder, die das 25ste Jahr noch nicht erreicht haben (§§ 128 und 167.) keine rechtsgültige Ehe eingehen; auch giebt es Fälle, wo dieselben von den Aeltern sogar zur Ehe gezwungen werden dürfen (Vergl. § 127) [k].

[g] Uk. v. 28 Febr. 1714. — 28 Decbr. 1715. P. 1. — 18 Jan. 1716. — 16 Jan. 1721. — Man. v. 24 Juli 1747. — Uk. v. 24 Jan. 1755. — 3 Mai 1756. — 10 Decbr. 1760. — Man. v. 18 Febr. 1761. P. 7. — Uk. v. 25 Oktbr. 1762. — 12 März 1764. — 5 Mai 1764. — 31 Jan. 1765. — 11 Septbr. 1766. — Govv. Verordn. § 384 (No. 25).

[h] Ul. Kap. XX. §§ 43. 45. 116. — Uk. v. 17 Febr. 1775 (No. 24).

[i] Man. v. 21 April 1787. § 25 (No. 25).

[k] Instr. für die G. K. vom 30 Juli 1767. § 238 (No. 26). Die übrigen von diesem Gegenstande handelnden Gesetze sind schon im 2ten Bande §§ 127, 128 und 167 angeführt.

§ 217.

Recht, die Kinder bestrafen zu lassen.

Den Aeltern steht nicht nur 1 wenn ihnen von Seiten der Kinder eine schwere Beleidigung widerfährt, die Befugniß zu, bei der zuständigen Gerichtsbehörde deshalb zu klagen, sondern sie können auch 2. wenn sie durch das widerrechtliche Betragen der Kinder dazu veranlasst werden, sich an das Collegium der allgemeinen Fürsorge wenden und mittelst dieser Behörde diejenigen ihrer Söhne oder Töchter, die ihnen ungehorsam sind, einen schlechten Lebenswandel führen, oder sich zu nichts Gutem anlassen, auf eine in den Gesetzen bestimmte Frist ins Arbeitshaus abgeben [l].

III.

Von den Pflichten der Kinder gegen die Aeltern in Betreff ihrer Personen.

§ 218.

Pflicht, unvermögende Aeltern zu unterhalten.

Die Kinder sind verpflichtet, für Nahrung und Unterhalt ihrer alten und unvermögenden Aeltern nach Möglichkeit zu sorgen [m].

[l] Ul; Kap. XXII. § 4 u. 5. — Neues Gesetz v. 22 Jan. 7177 (n. Chr. Geb. 1669). §§ 90 und 91. — Uk. v. 1 Febr. 1767. — Gouv. Verordn. v. 7 Novemb. 1775. § 391. P. 1 u. 7. — Man. v. 21 April 1787. § 16 (No. 27).

[m] Vergl. die im VI. Kap. §§ 158 u. 159. angeführten Gesetze und ausserdem den Abriss v. 8 April 1768. Th. II. Kap. 1. Abth. 4. — Polizeiodn. § 41. P. XI (No. 28).

§ 219.

Verbot der Klage gegen die Personen der Aeltern.

Den Gerichtsbehörden ist es nicht nur untersagt, von Kindern Klagen oder Denunciationen, die wider die Personen ihrer Aeltern gerichtet sind, anzunehmen, sondern die Kinder werden auch, wenn sie sich solches zu Schulden kommen lassen, hierfür bestraft. Dagegen können Aeltern wider ihre Kinder als Zeugen auftreten [n].

§ 220.

Abhängigkeit der Kinder von den Aeltern bei der Wahl einer Lebensart für sie.

Kinder sind verpflichtet, bei der Wahl einer Lebensart sich nach dem Willen ihrer Aeltern zu richten, welche sie daher, kraft der ihnen zuständigen Gewalt, in dieser Hinsicht von jedem für sie nachtheiligen Schritte abhalten dürfen. Jedoch sollen die Aeltern sie zu keiner Lebensart zwingen, die sich nicht für sie schickt [o].

§ 221.

Verbot, die Kinder vom Staatsdienste abzuhalten.

Die Aeltern dürfen sie daher auch nicht vom Militär- oder Civildienst abhalten, sondern sind vielmehr verpflichtet, ihnen eine Bildung zu geben, die sie dazu geschickt macht [p].

[n] Ul. Kap. X. § 176. Kap. XXII. §§ 5 u. 6. — Neues Gesetz v. 22 Jan. 7177 (n. C. G. 1669.) §§ 91. u. 92. — Uk. v. 25 Febr. 1816 (No. 29.) vergl. mit § 228.

[o] Geistliches Regl. v. 25 Jan. 1721. Anhang: von den

Mönchen. P. 6. u. 9. — Uk. v. 31 Decbr. 1736 u. 9 Febr. 1737 (No. 30).

[p] Uk. v. 15 Jan. 7187 (1679). — 3 Novbr. 7189 (1680). — 5 März 1712. — 23 Aug. 1720. — 7 März 1723. — 7 Jan. und 8 März 1732. — Man. v. 21

§ 222.

Verbot der Gemeinschaft mit den Aeltern.

Den Kindern wird verboten, mit ihren beim Feinde befindlichen Aeltern einen geheimen Briefwechsel zu unterhalten [q].

IV

Von der Wirkung der älterlichen Gewalt in Betreff dinglicher Rechte.

§ 223.

Verwaltung des den Kindern gehörigen Vermögens.

Das eigene Vermögen der Kinder, das ihnen durch Erbschaft, oder aus andern gesetzlichen Gründen zufällt, verwalten während ihrer Minderjährigkeit die Aeltern, nach den unten im Kapitel: *von der Vormundschaft*, aufgestellten Grundsätzen [r].

§ 224.

Fortsetzung.

Nichts desto weniger können die Kinder, mit Allerhöchster Genehmigung, das ihnen von ihrem verstorbenen Vater durch Erbschaft zugefallene Vermögen ihrer noch leben-

Septbr. 1732. — Uk. v. 20 Aug. 1753. — 14 Novbr. 1735. — 28 Septbr. 1736. P. 3 und 4. — 31 December 1736. — 21 Januar, 2 März und 11 Decembr. 1742. — Revisionsinstr. v. 16 Decbr. 1745. P. 12. — Man. vom 23 Novbr. 1751. — Uk. v. 13 Mai 1754. P. 1. — 29 Aug. 1759. — 30 Januar und 24 April 1761. — Man. v. 18 Febr. 1762. P. 7. — Uk. v. 23 Jan. 1789. § 2. —

12 Jan. 1797. — 11 Jan. 1810. und 21 Septbr. 1816 (No. 31. Allg. Suppl. B. No. 52).

[q] Kriegsregl. vom 30 März 1716. Art. 124. Erklärung 2 (No. 32).

[r] Uk. v. 3 Mai 1804 und 25 Febr. 1816 (No. 33.) vergl. mit den im Kap. von der Vormundschaft hierüber aufgenommenen Gesetzen.

den Mutter zur vollen und uneingeschränkten Disposition überlassen [s].

§ 225.

Unwirksamkeit der von unabgetheilten Kindern über das älterliche Vermögen eingegangenen Verträge. Volljährige Kinder, die von den Aeltern nicht abgetheilt sind, und kein eigenes Vermögen besitzen, können bei deren Lebzeiten ohne ihre Einwilligung keine das Vermögen betreffende Verträge eingehen. Besitzen sie aber eigenes Vermögen: so dürfen sie zwar über dieses nach Gutbefinden verfügen; sind aber auch dann nicht berechtigt, über das älterliche Vermögen ohne Einwilligung der Aeltern Anordnungen zu treffen [t].

§ 226.

Besoldung gehört nicht zum eigenen Vermögen des unabgetheilten Sohnes. Die Besoldung unabgetheilter Kinder, welche sie als Staatsdiener erhalten, wird nicht für eigenes Vermögen derselben angesehen. Sie können daher, obgleich sie dieselbe empfangen, ohne Einwilligung der Aeltern nicht eigenmächtig darüber schalten [u].

§ 227.

Welche Kinder sind unabgetheilt? Für unabgetheilt von den Aeltern werden die Kinder angesehen: 1) wenn kein förmlich errichtetes Ab-

[s] Allerhöchstes Rescript an den Justizminister v. 11 März 1810 (No. 34).

[t] Uk. v. 15 Juni 1761. — 16 Jan. 1766. — 25 Jan. 1771. — 2 Juli 1774. — 5 Oktober

1788. — Auftrag des Justizministers an den Senat v. 31 Aug. 1816 (No. 35. Allg. Suppl. B. No. 53).

[u] Uk. vom 17 Jan. 1772 (No. 36).

theilungsinstrument vorhanden ist ; 2) wenn Aeltern vom Bürger- oder Kaufmannsstande ihre Kinder nicht besonders in die Gilde oder Bürgerschaft haben einschreiben lassen [v].

§ 228.

Recht der Kinder, sich wegen dinglicher Ansprüche über ihre Aeltern zu beschweren. Entsteht über Vermögen, welches den Kindern eigenthümlich gehört, zwischen ihnen und ihren Aeltern ein Streit: so sind dieselben befugt, gegen letztere zu klagen [w].

V

Von den Grenzen der älterlichen Gewalt.

§ 229.

Grenzen der älterlichen Gewalt. Die Grenzen der älterlichen Gewalt werden überschritten, wenn die Aeltern ihre Kinder grausam misshandeln. Die Aeltern verfallen hierfür in die gesetzliche Strafe, und sind daher: 1. auch weder befugt, ihre Kinder zu tödten, noch 2. sie zu verkaufen [x].

[v] Uk. v. 23 Decbr. 1730. — 15 Juni 1761. P. 1. 2. — 17 Jan. 1772. — 2 Apr. 1775. P. 3. — 23 Mai 1775. P. 2. — 22 Nov. 1782. — St. O. v. 21 April 1785. § 94. n. Uk. v. 5 Juli 1812 (No. 35. 36. u. 37). — Uk. v. Febr. 1809. P. 1. (abgedr. im 1. B. No. 55. S. 57).

[w] Ul. Kap. XVII. § 43. — Uk. v. 25 Febr. 1816 (No. 38).

[x] Ul. Kap. II. §. 6. 7. u. 8. — Kap. XXII. § 3. — Neues Gesetz v. 22 Jan 1777 (n. C. G. 1669.) § 89. — Kriegsregl. v. 30 März 1716. Art. 163. — Uk. v. Oktbr. 1811 (No. 39).

VI.

Ueber die Beendigung und Beschränkung der älterlichen Gewalt.

§ 230.

Beendigung der älterlichen Gewalt durch den Tod.

Die Gewalt der Aeltern über die Personen und das Vermögen der Kinder hört mit dem natürlichen oder bürgerlichen Tode der erstern auf (Vergl. § 64. P. 2. und § 209.) [y].

§ 231.

Beschränkung der älterlichen Gewalt durch Verheirathung der Töchter.

In Rücksicht der Töchter wird die älterliche Gewalt durch ihre Verheirathung beschränkt [z].

§ 232.

Erlöschung der älterlichen Gewalt über das Vermögen der Kinder.

Ausserdem wird die älterliche Gewalt beendet: 1. in Betreff des älterlichen Vermögens durch Abtheilung der Kinder und Errichtung des dazu erforderlichen Instruments (Vergl. § 227). 2. In Betreff des eigenen Vermögens der Kinder durch ihre Volljährigkeit (§ 225 und 226.) [a].

[y] Uk. v. 16 Aug. 1720. — 29 April 1755. — 22 Aug. 1766. und 3 April 1782 (No. 40).

[z] Uk. v. 9 Septbr. 1802 (No. 41).

[a] Uk. v. 22 Decbr. 1785 (No. 42).

§ 233.

Gerichtliche Sequestration des den Kindern eigenthümlich zugehörigen Vermögens, auf Bitte der Aeltern. Indessen kann der Vater wegen ausschweifenden Lebenswandels und Verschwendung des Sohnes, um Legung eines Verbots auf das diesem eigenthümlich zugehörige unbewegliche Vermögen, und um Abgabe desselben unter seine Aufsicht, oder um Bestellung einer Vormundschaft darüber anhalten. Ist aber der Vater nicht mehr am Leben, so ist die Mutter hierzu befugt [b].

VII.

Vom Gerichtsstande der Aeltern und Kinder bei einem unter ihnen entstandenen Rechtsstreite.

§ 234.

Behörden bei Streitigkeiten zwischen Aeltern und Kindern. Hat ein solcher Rechtsstreit: 1. Beleidigungen zum Gegenstande, deren sich Kinder gegen die Aeltern haben zu Schulden kommen lassen: so wird derselbe in den gewöhnlichen Gerichtsbehörden verhandelt. Ausgenommen sind aber 2. die Beleidigungen, welche den Aeltern von verheiratheten Töchtern zugefügt werden, indem die desfallsige Verhandlung im Gewissensgerichte Statt findet, wobei jedoch zu bemerken ist, dass dieses Gericht, wenn es auf Verlust des Adels oder des

[b] Uk. v. 28 Oktbr. 1768. — dem Uk. v. 15 Februar 1817, 2 Oktbr. 1809 (No. 43.) vergl. (Pandekten B. IV. S. 38.) mit Kap. XI. § 315. P. 3. und

Rangs erkennt, seinen deshalb gefällten Spruch nicht vollstrecken darf, sondern denselben dem dirigirenden Senat einsenden muss, welcher verpflichtet ist, solchen mit seinem Gutachten Sr. Kaiserlichen Majestät zur Allerhöchsten Prüfung zu unterlegen. Eben so ist 3. bei einem Rechtsstreite zwischen Ältern und Kindern über beweg- und unbewegliches Vermögen das Gewissensgericht die zuständige Behörde, und zwar dergestalt, dass von da die streitige Rechtssache, im Falle das Gewissensgericht die streitenden Theile nicht vergleichen kann, gerade an den dirigirenden Senat gelangt, welcher das Endurtheil zu fällen hat [c].

[c] Man. v. 21 April 1767. — v. 1 Novbr. 1809. und 25 § 16. — Uk. v. 9 Septbr. 1802. Febr. 1816 (No. 44).



EILFTES KAPITEL.

Von der Vormundschaft und Kuratel.

§ 235.

Vormundschaft und Kuratel. Die Vormundschaft und Kuratel ist eine vom Staate ange-

ordnete Autorität, welcher nicht nur: 1. die Sorge für die Person und das Vermögen eines Unmündigen, und der Schutz der Wittwen (§§ 236 — 299.) anvertraut ist, sondern auch 2. die Verwaltung des Vermögens Wahn- und Blödsinniger (§§ 300 — 306.) und 3. unbedacht-samer und unter Verbot stehender Schuldner (§§ 307 — 316.). Ueberdem gehört aber noch 4. in einigen durch besondere Gesetze bestimmten Fällen (§§ 317 — 334.) die Verwaltung des Vermögens zum Besten der Krone oder Privatpersonen in ihren Geschäftskreis *) [a].

*) Erstreckt sich der Wirkungskreis dieser Autorität bloss auf das Vermögen und nicht auf die Person, so heisst sie richtiger Kuratel. Vergl. die Verordnung für das Kaiserliche Haus § 27, des Inhalts:

„Bis zur Mündigkeit soll jeder Unmündige unter „Aufsicht eines vom Kaiser zu ernennenden Vor-mundes stehen.“

„Jeder Unmündige kann, nach Erreichung der zur „Mündigkeit bestimmten Jahre, die Verwaltung seines „Vermögens antreten; soll aber von dieser Zeit an bis

[a] Uk. v. 6 April 1722. — Instr. für die G. K. v. 30 Juli 1767. Kap. XVII. § 428 — 436. — Abriss v. 8 April 1768. Th. II. Kap. 1. Abth. 4. — Gouv. Ver-

ordn. v. 7 Novbr. 1775. § 222. Abth. 1 und 5. — Banker. Regl. v. 19 Dec. 1800. Th. II, P. 105 (No. 1).

„zum Alter von 25 Jahren einen durch Kaiserliche
 „Wahl ihm beigelegten Kurator erhalten, welcher
 „ihm durch seine Rathschläge in jener Verwaltung Bei-
 „stand leistet. Ohne dessen Einwilligung und Unter-
 „schrift ist jeder Verkauf oder Verpfändung des un-
 „beweglichen Vermögens verboten.“

Diese der Beschaffenheit des Gegenstandes ent-
 sprechende Anordnung ist indessen in den spätern
 Verordnungen, welche die Vormundschaft über
 Privatpersonen zum Gegenstande haben, weniger
 deutlich ausgedrückt.

A.

Von der Vormundschaft und Kuratel über Unmündige und Wittwen.

I.

Von Unmündigen und der Vormundschaft und Kuratel überhaupt.

§ 236.

Berechtigung des Un-
 mündigen, um einen
 Kurator zu bitten, so-
 bald er das vierzehnte
 Jahr erreicht.

Sobald ein Unmündiger sein
 14tes Jahr vollendet, hat er das
 Recht, gehörigen Orts darum
 nachzusuchen, dass ihm zum
 Rath und Schutz in allen seinen Angelegenhei-
 ten ein Kurator bestellt werde, der die Eigen-
 schaften besitzt, die jeder Vormund haben
 soll [b].

[b] Uk, v. 22 Dec. 1785. P. 1. (Vergl. Band III. No. 42).

§ 237.

Gesetzliches Alter zur Volljährigkeit.

Die Volljährigkeit beginnt nach Ablauf des 17ten Lebensjahres. Indessen befinden sich diejenigen, die das 21ste Jahr noch nicht erreicht haben, immer noch, in Betreff der Verpfändung und des Verkaufs ihrer unbeweglichen Güter, in einiger Abhängigkeit vom Kurator (Vergl. § 296.)[c].

§ 238.

Behörden zur Behandlung vormundschaftlicher Angelegenheiten, nach Verschiedenheit des Standes.

Zur Verhandlung der vormundschaftlichen Angelegenheiten Unmündiger und Wittwen sind folgende Behörden angeordnet: 1. für *den Adel* das adelige Vormundschaftsamt. 2. Für *die Kinder der Geistlichen*, die nicht zum Adel gehören, *) die geistliche Obrigkeit. 3. Für *Kaufleute, Bürger und andere Stadtbewohner*, das Stadtwaisengericht **). 4. Für die *Appanagebauern* der Distriktsälteste (приказный староста) und für die *Kronsbauern*, das Bezirkshaupt (волостный голова)[d].

* Für diejenigen, die adeliger Herkunft sind, gel-

[c] Derselbe Ukas.

[d] G. V. v. 7 Nov. 1775. §§ 20. 21. 30. 31. 209. 210. 211. 215. 293 bis 295 u. 297. — Stadtordn. v. 21. April 1785. § 46 u. 47. — Adelsordn. von demselben Dato. §§ 59 u. 60. — Verordnung für das Kaiserliche Haus v. 5 April 1797. § 182. P. 2. — Allerh. best. Verordn. wegen Bildung von Bezirken in den Kronbesitzungen v. 7

Aug. 1797. § 9. P. 2. — Regl. für die Residenzstadt St. Petersburg v. 12 Sept. 1798. Kap. III. § 2. — Regl. für die Residenzstadt Moskwa v. 17 Jan. 1799. Kap. III. § 2. — Zunftordn. v. 12 Nov. 1799. Th. I. Kap. IV. §§ 8. 9 u. 10. Kap. VI. § 6. Kap. VII. §§ 16. 19 u. Kap. VIII. § 12. — Man. v. 2 April 1801. — Uk. v. 12 Febr. 1802. P. 2. — vom Febr. 1817 (No. 2),

ten die allgemeinen Grundsätze, die bei Vormundschaften über Personen adeligen Standes angewandt werden.

**) Durch die Verordnungen für die beiden Residenzen wurde die Vormundschaft über die in denselben befindlichen Unmündigen den Justizdepartements der Civilsachen der Stadtregierung oder des Rathhauses übertragen; durch den Ukas vom 12 Februar 1802 wurden aber die Rathhäuser aufgehoben und die Waisengerichte wieder hergestellt. Gleichergestalt wurden durch die Zunftordnung die Vormundschaftssachen der Handwerker und Dienstbothen dem Amte der Handwerkerzunft und dem Amte der Dienstbothen- und Arbeiterinnung anvertraut; das Manifest vom 2 April 1801 änderte aber auch dieses, und stellte zugleich mit der Stadtordnung die Ordnung wieder her, die früher in Betreff der Personen von dem erwähnten Stande Statt gefunden hatte.

§ 239.

Organisation der verschiedenen Vormundschaftsbehörden.

Die Organisation dieser verschiedenen Behörden (Einleitung zu den Pandekten, §§ 8 und 10.) ist ein Gegenstand des öffentlichen Rechts, der in die Gerichtsordnung gehört.

§ 240.

Wirkungskreis des adeligen Vormundschaftsamts u. Waisengerichts.

Das adelige Vormundschaftsamt und das Waisengericht haben, jedes nach seiner Kompetenz, nicht nur für unmündige Waisen und ihr Vermögen, sondern auch für Wittwen und deren Angelegenheiten die nöthige Sorge zu tragen [e].

[e] G. V. v. 7 Nov. 1775. von demselben Dato. § 61. § 213 u. 297. — St. O. v. 21 (No. 3). April 1785. § 48. — Adelsordn.

II.

Von den Pflichten der verschiedenen vormundschaftlichen Behörden.

§ 241.

1. Ernennung der Vormünder für Unmündige. Das adelige Vormundschaftsamt und Waisengericht sind verpflichtet: 1. über die Person und das Vermögen des Unmündigen, nach Vorschrift des 255sten §, Vormünder zu bestellen.

§ 242.

2. Erkundigung nach der Person und dem Vermögen des Unmündigen. 2. Sowohl in Betreff des Unterhalts und der Erziehung des Unmündigen, als auch in Rücksicht der Grösse seines Vermögens und dessen Verwaltung genaue Nachrichten einzuziehen [f].

§ 243.

3. Aufsicht über die Vormünder. 3. Darauf zu sehen, dass die Vormundschaft in jeder Hinsicht dem Unmündigen, in Betreff seiner Person und seines Vermögens, zum Nutzen gereiche, d. h. dass der Unmündige eine anständige Erziehung und Unterhalt geniesse und sein Vermögen ordentlich verwaltet werde. Die Vormünder sind daher verpflichtet, den Vormundschaftsbehörden gehörig Rechnung abzulegen [g].

[f] G. V. v. 7 Nov. 1775. § 215. Abth. 7 bis 9 und § 299. Abth. 7 u. 8 (No. 4).
[g] G. V. § 215. Abth. 10. u. § 299. Abth. 9 (No. 5).

§ 244.

4. Ertheilung gehöriger Instruktionen für die Vormünder.

4. Die Vormünder zu diesem Behufe mit der nöthigen Instruktion zu versehen [h].

§ 245.

5. Sorge für Unmündige, die ohne Vermögen nachbleiben.

5. Bleibt ein Unmündiger ohne alles Vermögen nach, so soll das adelige Vormundschaftsamt in seinem Wirkungskreise sich bemühen, ihn in einer öffentlichen Schule unterzubringen, oder dessen Aufnahme im Kaiserlichen Dienste irgendwo zu bewirken. Das Waisengericht hingegen muss den unter seine Jurisdiktion gehörigen Unmündigen entweder in der öffentlichen Waisenschule oder bei Privatpersonen zur Erlernung irgend einer Wissenschaft oder eines Handwerks unterbringen, und ihm dadurch das Mittel an die Hand geben, ein guter Staatsbürger zu werden [i].

§ 246.

6. Jährlicher Bericht an die Oberbehörde.

6. Jährlich kurze Berichte über alle Umstände, die sich auf den Zustand des Vermögens und die vormundschaftliche Verwaltung beziehen, derjenigen Behörde zu erstatten, dem das adelige Vormundschaftsamt und das Waisengericht untergeordnet

[h] G. V. § 215. Abth. 6. § 222. Abth. 9 u. 15. — § 299. Abth. 6 u. § 305. Abth. 10 u. 15 (No. 6).

[i] G. V. § 217 u. 301. — Zunftordn. v. 12 Nov. 1799. Kap. IV. § 10. Kap. VII. § 16 u. 17 (No. 7).

sind, d. h. dem Gerichtshofe bürgerlicher Rechts-
sachen [k].

§ 247.

7. Sorge für die Witt-
wen.

7. Im Betreff der Wittwen
sind sie verpflichtet: *a.* ihnen,
wenn sie es selbst wünschen, Kuratoren, und
zwar ihres Standes, zur Berathung und Schutz
in allen ihren Angelegenheiten beizugeben, und
darauf zu sehen, dass dieselben die nämlichen
Eigenschaften besitzen, welche die Vormünder
haben müssen; *b.* ihre Angelegenheiten anstatt
ihrer in andern Gerichtsbehörden zu betreiben,
ihnen unentgeltlich Anwälde zuzuordnen, und
dafür zu sorgen, dass ihnen ihr beweg- und un-
bewegliches Vermögen nicht vorenthalten werde;
endlich *c.* sich zu bemühen, den ohne alles Ver-
mögen nachgebliebenen Wittwen einen Zu-
fluchtsort und einen ihrem Stande angemesse-
nen Unterhalt zu verschaffen *) [l].

*) Ausser dieser dem adeligen Vormundschafts-
amte und Waisengerichte zur Pflicht gemachten Für-
sorge ist noch durch Errichtung besonderer öffent-
licher Anstalten für die ohne Unterhalt nachgeblie-
benen Wittwen gesorgt. Die hierauf Bezug haben-
den gesetzlichen Bestimmungen, so wie die Vor-
schriften über die für die Waisen errichteten An-

[k] G. V. § 218. 302. 421 u.
423. — Adelsordn. v. 21 April
1785. § 58. — Stadtordn. von
demselben Dato. § 45. — Etat
der Gouvernements v. 31 Dec.
1796. — Regl. für die Residenz-
stadt St. Petersburg v. 12 Sept.
1798. Kap. III. § 2. — Uk. vom
13 Sept. 1798. — Regl. für die

Residenzst. Moskwa v. 17 Jan.
1799. Kap. III. §. 2. — Uk. v.
13 Apr. 1799. P. 1 u. 3. — 31 Jan.
1801. — 9 Sept. 1801. Abth. VII.
P. 5. — 12 Febr. 1802. P. 2
(No. 8).

[l] G. V. § 215. Abth. 11. —
§§ 217. 299. Abth. 10 und § 301
(No. 9):

stalten gehören aber in das öffentliche Recht, in das Kapitel, welches von milden Stiftungen handelt.

§ 248.

8. Verfahren : a. bei Theilung des Vermögens.

8. Soll eine Theilung zwischen Wittwen und Waisen Statt finden: so trägt das adelige Vormundschaftsamt und das Waisengericht, mit jedesmaliger Rücksicht auf die Vortheile und das Wohl der Wittwen und Waisen, die Sache der Oberbehörde vor [m].

§ 249.

b. beim Verkaufe oder der Verpfändung des Vermögens.

Die Grundsätze, welche beim Verkaufe oder der Verpfändung des beweg- und unbeweglichen Vermögens eines Unmündigen zu beobachten sind, sollen weiter unten (§§ 279 — 282.) dargestellt werden.

§ 250.

Veranlassung, die Rechte der Wittwen und Waisen wahrzunehmen.

Das adelige Vormundschaftsamt und Waisengericht mischen sich nie aus eigener Bewegung in die Angelegenheiten der Waisen und Wittwen, sondern nehmen sich derselben nur an: 1. auf Bitte der Wittwe; 2. auf Benachrichtigung des Kreismarschalls des Adels oder des Stadthauptes, welche durch ihr Amt zu dieser Anzeige verbunden sind; 3. auf Benachrichtigung der nächsten Blutsfreunde oder Schwäger des Unmündigen; 4. auf das Zeugniß zweier fremder Zeugen und des Parochialgeistlichen. Dieser letztere ist

besonders verpflichtet, den erwähnten Behörden über die Wittwen und Unmündigen zu berichten, die in seinem Sprengel ohne Fürsorge nachbleiben; 5. auf Befehl der Gouvernementsregierung, der Gerichtshöfe, des Stadtraths, oder auf Kommunikation eines andern Gerichts [n].

§ 251.

Pflicht des Distriktsältesten und Bezirks- haupts in Betreff der Wittwen und Waisen. Der Distriktsälteste und das Bezirkshaupt sind verpflichtet, jeder in seinem Bezirke, über die Wittwen und Unmündigen Aufsicht zu führen und monatlich ihre Wirthschaft in allem, was für den Landbau vortheilhaft seyn kann, zu besichtigen [o].

III.

Von der Ernennung der Vormünder.

§ 252.

Verwaltung des den Kindern gehörigen Vermögens bei Lebzeiten der Aeltern. Die Aeltern, als Herren ihrer Kinder, verwalten während ihrer Unmündigkeit das von ihnen erworbene eigenthümliche Vermögen derselben, jedoch nicht anders als nach den allgemeinen über die Vormundschaft fetsgesetzten Regeln und unter derselben Verantwortlichkeit (Vergl. Kap. X. § 223.) [p].

[n] G. V. §§ 212. 214. 296 und 298 (No. 11).

[o] Verordn. für das Kaiserl. Haus v. 5 April 1797 § 182. P. 2. — Allerh. best. Verordn. wegen Bildung von Bezirken in den

Kronsbesitzungen v. 7 August 1797. § 9. P. 2 (No. 12).

[p] Neues Gesetz v. 3 Juli 1785 (n. Chr. Geb. 1677). — Uk. v. 23 Mai 1761. — Landmesserinstr. v. 13 Febr. 1766. P. 38. — Instr. für die Gouv. Messungs-

§ 253.

Fortsetzung.

Wird nach dem Tode eines der Aeltern aus irgend einer besondern Rücksicht dem überlebenden Gatten die Vormundschaft über das seinen Kindern eigenthümlich gehörige Vermögen, ausschliesslich, ohne Bestellung eines Mitvormundes, anvertraut, so ist derselbe doch nichts destoweniger in einem solchen Falle in Betreff der Verwaltung dieses Vermögens an die Beobachtung aller der Regeln gebunden und derselben Verantwortlichkeit unterworfen, welche im allgemeinen in Betreff der Vormünder Statt finden [q].

§ 254.

Ernennung der Vormünder durch die Aeltern.

Aeltern haben das Recht, ihren unmündigen Kindern auf ihren Todesfall Vormünder zu ernennen [r].

§ 255.

Bestellung der Vormünder durch das adelige Vormundschaftsamt und Waisengericht.

Haben aber die Aeltern keine Vormünder ernannt, so werden solche, auf darüber erhaltene Anzeige, vom adeligen Vormundschaftsamte und Waisengerichte über das

kanzeleien v. 25 Mai 1766. Kap. XV. P. 1. — P. O. v. 8 April 1782. § 41. Abth. X. — Bankerottregl. v. 19 December 1800. Thl. 1. P. 47. — Uk. vom Mai 1804. — vom December 1807. — Gutachten des Reichraths v. 7 April u. 25 Oktbr. 1815. — Uk. v. 25 Febr. 4 August und

23 Oktober 1816 (No. 13. Allg. Suppl. B. No. 54).

[q] Uk. vom Mai 1804 und December 1807 (No. 13).

[r] Vergl. Kap. X. § 209. nebst der Instr. für sämtliche Magistrate v. Jahr. 1724. P. 46 (No. 14).

Vermögen und die Person des Unmündigen bestellt [s].

§ 256.

Vormundschaft über die von Geistlichen hinterlassenen Unmündigen.

Den unmündigen Kindern geistlicher Personen, welche nicht vom Adel sind, werden, ohne Unterschied des Geschlechts, von der geistlichen Obrigkeit aus dem geistlichen Stande Vormünder bestellt [t].

§ 257.

Ernennung eines Kurators durch den Amtsaltesten und dessen Gehülfen.

Für die Wittve und unmündigen Kinder eines verstorbenen zünftigen Meisters wird vom Amtsaltesten und dessen Gehülfen ein Kurator ernannt [u].

§ 258.

Ernennung der Vormünder auf Allerhöchsten Befehl.

In einigen ausserordentlichen Fällen werden von Sr. Majestät dem Kaiser Vormünder ernannt, deren Gewalt grösser oder geringer seyn kann, je nachdem der Umfang derselben Allerhöchst bestimmt worden [v].

§ 259.

Wer zu Vormündern gewählt wird.

Zu Vormündern werden, mit Ausschlössung der im folgenden 260 ten § benannten Personen, 1. über das Ver-

[s] Instr. für sämtliche Magistrate. P. 46. — G. V. § 215. Abth. 1 und 2. § 299. Abth. 1 und 2 (No. 15).

[t] Uk. vom Februar 1817 (No. 2).

[u] Zunftordn. in der St. O. vom 21 April 1785. P. 67 (No. 16).

[v] Uk. v. 10 Novbr. 1716. — 28 Januar 1762. — 27 Mai 1766. — v. August 1809. — Allerh. Rescript vom 28 Juli und 3 Oktober 1811. — Uk. v. 3 Juni und 31 August 1814. — v. 11 Juni 1816. — 15 Februar 1817 und andere gleichen Inhalts (No. 17).

mögen des Unmündigen dessen Blutsfreunde und Schwäger, oder auch fremde Personen von rechtschaffener und ordentlicher Führung gewählt. Eben so werden 2. über die *Person* desselben dessen Blutsfreunde, Schwäger und fremde Personen erwählt, jedoch nur solche, deren Rechtschaffenheit und untadelhafte Führung hoffen lässt, dass auf die Erhaltung der Gesundheit, die Erziehung und den standesmäßigen Unterhalt des Unmündigen gesehen werden wird, und von denen eine väterliche Sorgfalt für den Unmündigen zuverlässig zu erwarten ist [w].

§ 260.

Unfähigkeit zur Vormundschaft.

Zur Vormundschaft sind daher unfähig: 1. solche, die in offenbaren und bekannten Lastern leben, oder unter einer gerichtlichen Strafe stehen oder gestanden haben. 2. solche, deren rauhes Betragen den Gliedern des adeligen Vormundschaftsamts oder Waisengerichts bekannt ist; 3. solche, die mit den Aeltern des Unmündigen in Streit gelebt haben. 4. Verschwender ihres eigenen und ihres älterlichen Vermögens. 5. Bankerotteure [x].

§ 261.

Sorge für Waisen, die ohne Unterhalt nachbleiben.

Zur Versorgung und Erziehung der nach dem Tode ihrer Aeltern ohne Unterhalt nachgebliebenen Waisen

[w] G. V. § 215. Abth. 3 und 4. § 299. Abth. 3 u. 4 (No. 18). [x] G. V. § 216 und 300 (No. 19).

sind von der Regierung Waisenhäuser errichtet [y].

§ 262.

Fortsetzung.

Geht es wegen örtlicher Unbequemlichkeit nicht an, solche Waisenhäuser zu errichten, so ist das Kollegium der allgemeinen Fürsorge verpflichtet, die unbemittelten Waisen zuverlässigen und wohlgesinnten Privatpersonen gegen eine mässige Bezahlung für ihren Unterhalt und Erziehung, und zwar mit der Verbindlichkeit abzugeben, selbige zu jeder Zeit dem erwähnten Kollegio vorzustellen, wobei die Kinder der Handwerker zur Erlernung eines Handwerks, die der Kaufleute zur Erlernung des Handels und alle andern Waisen zur Lehre oder zu einer ihrem Geschlechte, Herkommen oder Zustande angemessenen Arbeit bestimmt werden [z].

IV.

Von der Pflicht eines Vormundes.

§ 263.

Hauptpflicht eines Vormundes.

Die Hauptpflicht eines Vormundes besteht darinn, für die Person und das Vermögen des Waisen zu sorgen. Er muss daher ein sanfter, menschenfreundlicher, sorgsamer Mann seyn, und das Beste seines Mündels eifrigst zu Herzen nehmen [a]

[y] Instr. für den Gouverneur des Slobod. Gouvern. und die Gouvernem. n. Provinzialkanzelleien vom 6 Juli 1765.

P. 6. — G. V. § 585 (No. 20).

[z] Derselbe § der G. V.

[a] Instr. für sämtliche Magisträte. P. 46. G. V. § 215.

§ 264.

Abhängigkeit des Vormundes vom adeligen Vormundschaftsamte und Waisengerichte.

Der Vormund steht als solcher in Betreff seiner Handlungen unter der Aufsicht des adeligen Vormundschaftsamts oder Waisengerichts, und erhält von diesen die gehörige Instruktion [b].

§ 265.

Pflicht des Vormundes in Betreff der Person des Unmündigen.

Der Vormund ist verpflichtet, für die Person und Gesundheit des Unmündigen eifrigst zu sorgen, und darauf zu sehen, dass derselbe in der Furcht Gottes, in der Erkenntniss der Religion, in welcher er geboren worden, nach den Grundsätzen der Rechtschaffenheit, und entfernt von allen bösen Beispielen erzogen werde. Wird derselbe nicht einer öffentlichen Schulanstalt übergeben, so soll der Vormund sowohl bei der Wahl der zu seiner Bedienung nothwendigen Leute auf ihre untadelhafte Führung, als auch bei den Lehrern darauf sehen dass ihre Geschicklichkeit und Sittlichkeit durch gültige Zeugnisse beurkundet sey, oder auch den Pflegebefohlenen solchen Leuten anvertrauen die ihn zur Tugend führen und in allen seinem Stande und seinem künftigen Beruf angemessenen Kenntnissen unterrichten. Ueberhaupt ist dem Unmündigen mit Hinsicht auf seine Bestimmung eine Bildung zu geben, die hoffen lässt, dass er künftig ein ordentli-

Abth. 3 und 4. § 216. Abth. 3. § 222. Abth. 1. § 299. Abth. 3 und 4 § 300 und 305. Abth. 1 (No. 21).

[b] Instr. für sämtliche Magistrate P. 46. — G. V. § 222. Abth. 15. — § 305. Abth. 15 (No. 22).

ches, arbeitsames, mässiges und von Verschwendung entferntes Leben führen wird [c].

§ 266.

Bestreitung der nothwendigen Ausgaben aus den Einkünften des Unmündigen.

Alle Kosten, welche zum Unterhalte des Unmündigen und der zu seiner Bedienung und Erziehung angestellten Personen erforderlich sind, bestreitet der Vormund aus den Einkünften des Mündels, und zwar dergestalt, dass er über alles richtige Rechnung führt und allen Ueberfluss und Ueppigkeit vermeidet [d].

§ 267.

Empfang des Vermögens eines Unmündigen von Seiten der Vormünder.

Die Vormünder nehmen das beweg- und unbewegliche Vermögen des Unmündigen auf die gehörige Weise unter ihre Verwaltung und Aufsicht [e].

§ 268.

Errichtung des Inventars über das ganze Vermögen des Unmündigen.

Nach Ernennung der Vormünder, befiehlt ihnen das adelige Vormundschaftsamt oder das Waisengericht, jedes in seinem Wirkungskreise, ein Inventar über das ganze Vermögen anzufertigen. Dieses Inventar wird in Gegenwart des Sekretärs des Kreisgerichts oder des Magistrats und zweier fremder Zeugen, von den Vormündern selbst aufgenommen und eine Abschrift da-

[c] Instr. für sämtliche Magistrate. P. 46. — G. V. § 222. Abth. 5. § 305. Abth. 5 (No. 23).
[d] Ebendasselbst.

[e] Instr. für sämtliche Magistrate. P. 46. — G. V. § 222. Abth. 2. — § 305. Abth. 2 (No 24).

von, unter Unterschrift der Vormünder, des Sekretärs und der Zeugen, dem adeligen Vormundschaftsamt oder dem Waisengerichte; die andere aber, gleichfalls unterschrieben, den Vormündern übergeben [f].

§ 269.

Aufbewahrung beweglicher Sachen.

Das auf solche Weise übernommene bewegliche Vermögen, als: gerichtliche Verschreibungen (кредитные), Wechsel und andere Sachen, müssen die Vormünder an bequemen und sichern Orten aufbewahren, damit sie nicht beschädigt werden, verloren oder ganz zu Grunde gehen [g].

§ 270.

Betreibung der Gewerbe und sonstigen Angelegenheiten des Unmündigen.

Handel, Gewerbe und alle sonstigen Geschäfte und Anstalten des Unmündigen sind von den Vormündern nicht nur beizubehalten, sondern müssen auch von ihnen in den besten und blühendsten Zustand gebracht werden [h].

§ 271.

Verwaltung des unbeweglichen Vermögens des Unmündigen.

Der Vormund soll das unbewegliche Vermögen des Unmündigen, als: Landgüter, Häuser, Fabriken, Gewerke und die dazu gehörigen Leute, von denen er unbedingten Gehorsam fordern kann, in einem solchen Zustande erhalten oder dazu

[f] G. V. § 215. Abth. 5. —
§ 222. Abth. 2. § 299. Abth. 5.
§ 305. Abth. 2 (No. 25).

[g] G. V. § 222. Abth. 3 und
§ 305. Abth. 3 (No. 26).

[h] G. V. § 305. Abth. 6 (No. 27).

bringen, dass der Unmündige von ihnen die ihm gebührenden Einkünfte erhält, und die Kronsabgaben ohne Rückstände und zur bestimmten Zeit davon abgetragen werden können; ferner, dass die Bauern nebst allem, was dem Unmündigen gehört, in einem ordentlichen Zustande verbleiben, und dass der Feldbau, die Viehzucht, und alle übrigen den Gesetzen nicht widerstreitenden wirthschaftlichen Einrichtungen nicht vernachlässigt, verabsäumt oder zu Grunde gerichtet werden [i].

§ 272.

Erhaltung der nützlichen Gebäude und Tragung der öffentlichen Lasten.

Der Vormund ist verpflichtet, die nothwendigen und nützlichen Gebäude zur gehörigen Zeit auszubessern, damit sie nicht in Verfall gerathen, auch hat er darauf zu sehen, dass die öffentlichen Leistungen ohne Anstand erfüllt werden [k].

§ 273.

Gewalt des Vormundes über die Leute des Unmündigen.

Ohne Vorwissen des Vormundes dürfen die Verwalter, Aeltesten und Gewählten, ausser dem, was zur Unterhaltung der Wirthschaft bestimmt ist, nichts von den Einkünften des Unmündigen verwenden. Der Vormund ist befugt, diejenigen Leute des Unmündigen, welche einiger Unordnung schuldig befunden worden, abzusetzen und andere anzustellen. Wird aber ein Verbrechen begangen, so schickt der Vormund die Schuldigen an die dazu verordneten Gerichtsbehörden.

[i] G. V. § 222. Abth. 6 und § 305. Abth. 7 (No. 28).

[k] G. V. § 222. Abth. 7 und § 305. Abth. 8 (No. 29).

den; bei minderwichtigen Vergehen hingegen überliefert er dieselben in der Stadt der Polizei, und ausserhalb derselben den Verwaltern, Aeltesten und Gewählten; selbst aber kann er keine Leibesstrafen verhängen [l].

§ 274.

Beschränkung der vor- Der Vormund ist nicht be-
mundschaftlichen Ge- rechtigt, die schon vorher fest-
walt in Betreff der gesetzten Abgaben und Arbeiten
Leistungen der Bau- der Bauern zu vermehren; indes-
ern. sen kann er bei der Bewirthschaftung Verände-
rungen vornehmen und selbst neue Arten des
Erwerbs anordnen; es dürfen aber dieselben den
Bauern nicht zur Beschwerde gereichen, und
müssen dem Unmündigen nützlich seyn [m].

§ 275.

Verfahren mit den Die Leute im Hause und auf
Hofsleuten. den Gütern sollen vom Vor-
munde nach der frühern Gewohnheit gehalten,
oder ihnen so viel, als zu ihrem Unterhalte
nöthig ist, angewiesen werden. Wenn aber die
Zahl der Hofsleute zu gross ist, so kann er sel-
bige mit Pässen versehen und gegen Erlegung
einer Abgabe ablassen, oder denselben, je nach-
dem sie treu und fähig sind, im Hause, auf dem
Gute, oder auf dem Felde solche Arbeiten an-
weisen, zu welchen sie tüchtig befunden wer-
den [n].

[l] G. V. § 222. Abth. 8 und § 305, Abth. 11 (No. 31).
305. Abth. 9 (No. 30).

[n] G. V. § 222. Abth. 11

[m] G. V. § 222, Abth. 10 und (No. 32).

§ 276.

Einkünfte und Ausgaben des Unmündigen.

Der Vormund soll jedes Jahr über die Einnahme und Ausgabe seines Mündels richtige Bücher führen, und dafür sorgen, dass die Einkünfte zu rechter Zeit erhoben und alle unnöthigen Ausgaben vermieden werden [o].

§ 277.

Pflicht des Vormundes in Betreff des Geldumsatzes des Unmündigen.

Der Vormund ist verpflichtet, die Gelder des Unmündigen von den Schuldnern binnen der gehörigen Frist einzutreiben und im Nichtzahlungsfalle deshalb alle in den Gesetzen vorgeschriebenen Massregeln zu ergreifen; dessen baare Kapitalien aber soll er: 1. wenn der Unmündige vom Adel ist, entweder zu gesetzlichen Zinsen auf sichere Unterpfänder oder in die Reichsbanken als Darlehn geben; und 2. wenn er nicht vom Adel ist, selbige entweder gleichfalls zu gesetzmässigen Zinsen auf sichere Pfandverschreibungen und Wechsel ausleihen, oder auch solche im Handel, Gewerbe u. d. gl. gebrauchen dürfen [p].

§ 278.

Pflicht des Vormundes in Betreff der Schulden des Unmündigen.

Ist das Vermögen des Unmündigen mit Schulden belastet: so sorgt der Vormund für Bezahlung der unstreitigen Schulden aus den nach Abzug der Ausgaben übrig bleibenden Einkünften. Reichen

[o] Instr. für sämtliche Magistrate, P. 46. — G. V. § 222. Abth. 4. § 305. Abth. 4 (No. 33).

[p] G. V. § 222, Abth. 12 u. § 305. Abth. 12 (No. 34).

aber die Einkünfte nicht hin, alle Schulden auf einmal zu tilgen, so soll der Vormund bemüht seyn, zuerst die keinen Aufschub leidenden Schulden abzutragen und für die übrigen Zeit zu gewinnen. In zweifelhaften Fällen stellt er die Sache, unter Hinzufügung seines Gutachtens, dem adeligen Vormundschaftsamte oder Waisengerichte vor und erwartet deren Entscheidung [q].

§ 279.

Verkauf und Verpfändung des Vermögens eines Unmündigen wegen Schulden. Muss das beweg- oder unbewegliche Vermögen des Unmündigen zur Tilgung von Schulden, oder aus irgend einer andern Ursache verpfändet oder verkauft werden: so sind die Vormünder verpflichtet, dem adeligen Vormundschaftsamte oder Waisengerichte deshalb zu berichten, welche ihrer Seits, unter Beifügung eines Gutachtens, dem Gerichtshofe bürgerlicher Rechtsachen darüber unterlegen sollen. Dieser hingegen fasst deshalb einen Beschluss, und communicirt denselben der Gouvernementsregierung, welche, wenn sie mit dem Gerichtshofe einverstanden ist, unverzüglich beim dirigirenden Senat um die Erlaubniss zur Verpfändung oder zum Verkaufe nachsucht [r].

Anmerkung. In einem hierher gehörigen Prä-

[q] G. V. § 222. Abth. 13. 1742. — G. V. § 215. Abth. 12. und § 305. Abth. 13 (No. 35). und § 299. Abth. 12. — Uk. v. 31 Mai 1795. — 13 Sept. 1798. [r] Ul. Kap. XVI. § 54. — 24 April 1802. — vom Mai 1804. — 23 Mai 1804 und 31 August 1816 (No. 36, 1).
Uk. v. 1 Aug. 1731. — 27 März und 27 Oktober 1732: Allerh. bestät. Unterlegung v. 15 Okt.

judikat wurde diese Erlaubniss mittelst Allerhöchsten Befehls ertheilt [j].

§ 280.

Verkauf aus freier Hand. Ist auf diese Art die Erlaubniss vom dirigirenden Senat ertheilt worden, so verkaufen die Vormünder das beweg- und unbewegliche Vermögen, unter Aufsicht des adeligen Vormundschaftsamts und des Waisengerichts, aus freier Hand, ohne dass eine öffentliche Versteigerung deshalb Statt findet [t].

§ 281.

Verkauf der Sachen, die durch Fäulniss oder auf andere Weise zu Grunde gehen. Dagegen können Sachen, die zu den Lebensmitteln gehören, und durch baldige Fäulniss oder auf andere Weise verderben, von den Vormündern nach eigener Willkühr verkauft werden. Nichts desto weniger müssen aber dieselben in ihren an das adelige Vormundschaftsamts und Waisengericht einzureichenden Jahresrechnungen über einen solchen Verkauf Rechnung ablegen [u].

§ 282.

Anleihe aus der Bank, unter Verpfändung des Vermögens des Unmündigen. Vormünder eines unmündigen Edelmanns können, wenn es für diesen vorthellhaft ist, mit Einwilligung des adeligen Vormundschaftsamts in der Reichsbank eine Anleihe machen, und dafür das

[j] Uk. vom 23 Febr. 1781.
(No. 36. 2).

[t] Uk. vom 23. Mai 1804.
(No. 36. 1).

[u] Uk. vom 15 Juni 1807.
und vom 31 August 1816.

(No. 37).

unter ihrer Verwaltung stehende Vermögen verpfänden [v].

§ 283.

Betreibung der Prozesse des Unmündigen.

Die Führung der Rechtssachen des Unmündigen liegt dem Vormunde ob. Dieser hat daher zu diesem Behufe die Mittel zu ergreifen, wodurch der Unmündige im ruhigen Besitze seines Vermögens geschützt wird [w].

§ 284.

Erhebung der Strafe von den Vormündern für widerrechtliche Appellation in Sachen des Unmündigen.

Im Falle einer widerrechtlichen Appellation der Vormünder in Sachen der Unmündigen, wird von jenen eben so wie von Andern, die einen Rechtsstreit führen, die gesetzliche Strafe eingetrieben; jedoch nicht aus ihrem eigenen Vermögen, sondern aus dem der Unmündigen [x].

§ 285.

Vermessung der dem Unmündigen gehörigen Ländereien.

Der Vormund soll ferner bei Vermessung der dem Unmündigen gehörigen Ländereien dessen Vortheil wahrnehmen. Ist aber kein Vormund bestellt, und der Unmündige hat weder Vater noch Mutter, noch einen volljährigen Bruder: so muss in einem

[v] Man. über die Errichtung der Banken im Orenburgschen, Kasanschen und Nischegorodschen Gouv. vom 4 April 1775. § 12. — Man. über Errichtung der Bank vom 28 Juni 1786. § 11 (No. 38).

[w] Ul. Kap. X. § 185. — Uk. v. 1 Juni 1761. — G. V. § 222. Abth. 14 und § 305. Abth. 14 (No. 39).

[x] Uk. v. 29 Oktober 1815 (No. 40).

solchen Falle die Vormundschaft den jüngern Gliedern der Messungskanzleien und Komptoire bis dahin übertragen werden, wo ein besonderer Vormund gewählt und bestätigt wird [γ].

§ 286.

Recht der Vormünder, den Unmündigen Genugthuung für persönliche Beleidigungen zu verschaffen.

Wird ein Unmündiger persönlich beleidigt, so hat der Vormund das Recht, auf dem gesetzlichen Wege Genugthuung für ihn zu verlangen [z].

§ 287.

Abhängigkeit des Unmündigen vom Vormunde.

Der Unmündige soll dem Vormunde, unter dessen Gewalt er steht, unbedingten Gehorsam leisten und nicht berechtigt seyn, sein Vermögen selbst zu verwalten. Alle von ihm, ohne Beistimmung seines Vormundes geschlossene Verträge und Vergleiche sind daher als ungültig zu betrachten und bewirken kein Klagerecht [a].

§ 288.

Entschädigung der Vormünder.

Die Vormünder insgesamt erhalten jährlich für ihre Be-

[γ] Instr. für die Landmesser v. 13 Febr. 1766. P. 38 und 39; — Instr. für die Gouvern. Messungsk. vom 25 Mai 1766. Kap. XV. P. 1 — 15. — Uk. vom 23 Oktbr. 1772. P. 3. — 10 Jan. 1778. — Landmesserinstr. bei Vermessung des Mohilewschen und Polotzkischen Gouv. vom 25 Jan. 1783. Kap. VIII. P. 61. — Uk. v. 27 Mai 1784. (No. 41).

[z] Man. v. 21 April 1787.

§ 23. (vergl. Kap. X. der Pandekten No. 23).

[a] Vergl. die obigen Gesetze mit Ul. Kap. XVI. § 11 u. 54. — Uk. v. 23 März 1714. P. 4. 5. 6. — v. 14 April 1714. — Punkte in Betreff der Landgütersachen v. 28 Mai 1725, (als Ergänzung des Uk. vom 23 März 1714 über die Erbschaft) Resolution über P. 15 dieses Ukases. — Uk. v. 7 Okt. 1743. — 24 Aug. 1752. — 19

mühungen fünf Prozent von den Einkünften des Unmündigen [b].

V

Von den vormundschaftlichen Rechnungen.

§ 289.

Einlieferung der Jahresrechnungen an die Vormundschaftsbehörde.

Die Vormünder sind verpflichtet, dem adeligen Vormundschafts-
amte oder dem Waisengerichte
jährlich, und zwar nicht später als im Januar,
sowohl über den Unterhalt und die Erziehung
des Unmündigen, als auch über die Verwaltung
seines Vermögens, Rechenschaft abzulegen [c].

§ 290.

Ablegung der General-
Rechnung nach beend-
igter Vormundschaft.

Ueberdem müssen die Vor-
münder nach Beendigung der
Vormundschaft, d. h. sobald der Unmündige die
Volljährigkeit erreicht hat, eine Generalrech-
nung in den obigen Behörden einreichen [d].

§ 291.

Einreichung der Rech-
nungen, wenn sich das
Vermögen des Unmün-
digen in verschiedenen
Kreisen befindet.

Ist das Vermögen des Unmün-
digen in verschiedenen Kreisen
belegen, so werden die Rech-
nungen nicht in allen adeligen

Mai 1758. — 15 Juni 1761. —
1 März 1762. — 5 Febr. 1774.
P. 11 und 22 December 1785.
(No. 42)

[b] G. V. § 222. Abth. 17 und
§ 305. Abth. 17 (No. 43).

[c] G. V. § 215. Abth. 9. —
§ 222. Abth. 16. § 299. Abth. 8.
und § 305. Abth. 16. — Uk. v.
29 Jan. 1816 (No. 44).

[d] G. V. § 222. Abth. 16. —
§ 305. Abth. 16. — Uk. vom
December 1797 (No. 45).

Vormundschaftsämtern der verschiedenen Kreise besonders eingereicht, sondern, nach dem Gutbefinden des Vormundes, nur in einem derselben [e].

§ 292.

Durchsicht der vormundschaftlichen Rechnungen. Nach Prüfung dieser Rechnungen (§ 242.) unterlegt das adelige Vormundschaftsamt und Waisengericht dieselben dem Gerichtshofe bürgerlicher Rechtsachen, welcher darüber zu wachen hat, dass von Seiten der Vormünder, Vormundschaftsämter und Waisengerichte bei der Verwaltung des Vermögens der Unmündigen überall auf deren Nutzen und Vorthail, den Gesetzen gemäss, gesehen wird [f].

§ 293.

Klagen in Vormundschaftssachen. Klagen über Vormünder werden, im Falle einer Unzufriedenheit mit ihnen, beim adeligen Vormundschaftsamte oder Waisengerichte, mit Berücksichtigung des Standes des Unmündigen, angebracht. Beschwerden wider diese Behörden sind aber im Gerichtshofe bürgerlicher Rechtsachen einzureichen, dessen Entscheidung durch Supplication (частными прозбами) oder Appellation an den Senat, je nachdem die Natur und Beschaffenheit der Sache das eine oder

[e] G. V. § 421. Abth. 2. — 1798. — 13 April 1799. — 31 Uk. v. 23 Juni 1804 (No. 46). Januar 1801. — 9 Sept. 1801.
[f] G. V. § 215. Abth. 10. — Abth. VII. P. 3. und 12 Februar § 299. Abth. 9. — Uk. v. 13 Sept. 1802. P. 2 (No. 47).

andere Rechtsmittel erfordert, angefochten werden kann [g].

§ 294.

Verfahren gegen die Entdecken die von der Vormünder wegen Verabsäumung der Rechte mündschaft befreiten Erben bei des Unmündigen. Entscheidung der an die Oberinstanzen gebrachten Rechtssachen, dass die Vormünder aus Unachtsamkeit oder Vorsatz, während ihrer Unmündigkeit die ihnen zustehenden Rechte nicht bewahrt haben: so wird, nach Massgabe des Verlustes, den der Unmündige dadurch erlitten hat, oder hätte erleiden können, gegen die Vormünder eine besondere Untersuchung verhängt [h].

VI.

Von der Aufhebung der Vormundschaft.

§ 295.

Volljährigkeit.

Nach Ablauf des 17ten Lebensjahres wird (§ 237.) der Unmündige volljährig, tritt in die Verwaltung seines Vermögens, und die Vormundschaft über ihn hört auf [i].

§ 296.

Verbot der Veräusserung des Vermögens vor zurückgelegtem 21. Jahre.

Indessen kann derselbe demungeachtet vor zurückgelegtem 21. Jahre ohne Einwilligung

[g] G. V. §§ 219 und 222. Abth. 15. — § 303 und 305. Abth. 15. — Uk. v. 13 April 1799. — 31 Jan. 1801 und 12 Febr. 1802. P. 2 (No. 48).

[h] Uk. v. 30 December 1796 (No. 49).

[i] Ul. Kap. XVI. § 11. — Uk. v. 23 März 1714. P. 4. und 15 Juni 1761. — G. V. § 222. Abth. 16. — Uk. v. 22 Decbr. 1785. P. 2. und vom September 1812 (No. 50).

und Unterschrift des Kurators sein unbewegliches Vermögen weder verpfänden noch verkaufen [k].

§ 297.

Gänzliche Beendigung der Vormundschaft. Nach Vollendung des 21. Jahres wird er aber von jeder Kuratel befreit, und tritt in die volle Disposition seiner beweg- und unbeweglichen Güter [l].

§ 298.

Gleiche Rechte für beide Geschlechter. Diese Fristen gelten für beiderlei Geschlechter auf gleiche Weise [m].

§ 299.

Wiederaufnahme einer Rechtssache nach erlangter Volljährigkeit. Haben sich Vormünder in einer Rechtssache nach erlangter Volljährigkeit verwickelt waren, eine Verabsäumung zu Schulden kommen lassen: so sind diese nach erlangter Volljährigkeit befugt, die Sache wieder aufzunehmen, jedoch muss solches, wenn sie im Reiche befindlich sind, binnen 2 Jahren, und wenn sie sich im Auslande aufhalten, binnen 3 Jahren geschehen [n].

[k] Uk. vom 23 März 1714. P. 5. — 15 Juni 1761. — 1 März 1762. und 22 December 1785 (No. 51).

[l] Uk. v. 21 Decbr. 1741. — G. V. § 222. Abth. 16. und § 305. Abth. 16. — Uk. v. 22 Decemb. 1785. und vom December 1797 (No. 52).

[m] Uk. v. 22 Decbr. 1785 (B. III der Pandekten No. 42).

[n] Neues Gesetz v. 10 März 1784 (n. Chr. G. 1676) P. 9. — Uk. v. 19 Mai 1784 (1676). — 30 Juli 1762 und 30 Decbr. 1797 (No. 53).

B.

Von der Kuratel über Wahn- und Blödsinnige.

§ 300.

Wahn- und Blödsinnige, wer dafür gehalten wird. Für Wahn- und Blödsinnige werden bloss diejenigen angesehen, welche bei einer deshalb veranstalteten gesetzlichen Untersuchung dafür erklärt worden [o].

§ 301.

Art und Weise, wie solche besichtigt werden. Eine solche Untersuchung wird in den Gouvernementsstädten durch das Sanitätsamt (Врачебная Управа) in Gegenwart des Gouverneurs, Vicegouverneurs, des Vorsitzers des Gerichtshofes bürgerlicher Rechtsachen, des Gouvernementsprokureurs, des Gouvernementsmarschalls und der Kreismarschälle des Adels, von welchen letztern einer oder zwei zugegen seyn können, bewerkstelligt. Ist aber der seines Verstandes Beraubte nicht vom Adel, sondern aus dem Kaufmannsstande, oder gehört derselbe zur Klasse der Leute verschiedenen Standes (изъ разночинцовъ), so werden zur Untersuchung noch das Stadthaupt, und ein oder zwei Glieder des Magistrats eingeladen [p].

§ 302.

Fortsetzung.

Findet diese Versammlung den Wahnsinn unbezweifelt, so berichtet sie darüber

(o) Uk. v. 6 April 1722. — 6 Decbr. 1723. — 25 Oktob. 1767 und 8 Juni 1815 (No. 54). [p] Uk. v. 6 April 1722. — 6 Decembr. 1723 und 8 Juni 1815 (No. 55. 1).

dem dirigirenden Senat und liefert zugleich eine ausführliche Beschreibung aller darauf Bezug habenden Umstände ein; hiernächst aber ergreift sie bis zum Eingange einer desfallsigen ober-richterlichen Entscheidung, die zur Aufsicht über den Kranken und Sicherung seines Vermögens erforderlichen gesetzlichen Massregeln [9].

§ 303.

Folgen dieser Besichtigung.

Das Erkenntniss, wodurch Jemand für wahnsinnig erklärt wird, hat für diesen nachstehende Folgen: 1. er darf keine Ehe schliessen (vergl. Kap. VI. § 151.); 2. seine nächsten Blutsfreunde oder Schwäger, vorzugsweise aber seine künftigen Intestaterben, werden zu Kuratoren über ihn und sein ganzes Vermögen bestellt; 3. wenn dessen Blutsfreunde oder Schwäger ihn nicht in ihrem Hause aufnehmen wollen, so wird er in das von der Regierung für dergleichen Kranke erbaute Irrenhaus abgegeben [1].

§ 304.

Pflicht des Kurators eines Wahnsinnigen.

Die Kuratoren müssen die Kosten, welche erforderlich sind, um den Wahnsinnigen anständig zu unterhalten und zu kleiden, aus den von seinem Vermögen

[9] Uk. vom 8 Juni 1815 (No. 55. 2).

[1] Neues Gesetz v. 10 März 1814 (1676). P. 25 und vom 10 Aug. 1815 (1677). P. 5 und 27. — Uk. v. 6 April 1722. — 6 Dec.

1723. — 20 und 28 April 1762. — 8 August 1762. — 9 Oktober 1766. — Instr. für die G. K. v. 30 Juli 1767. Kap. XVIII. § 450. — Abriss v. 8 April 1768. Th. II. Kap. 1. Abth. 4. — Uk. v. 6 Nov. 1775. — G. V. § 389 (No. 56);

gezogenen Einkünften bestreiten; dürfen aber dabei keinen überflüssigen Aufwand machen [s].

§ 305.

Pflicht des Kurators in Betreff des dem Wahnsinnigen gehörigen Vermögens. Uebrigens sind die Kuratoren bei Verwaltung des Vermögens eines Wahnsinnigen an die nämlichen Grundsätze gebunden, welche bei Unmündigen in Betreff ihres Vermögens zur Richtschnur dienen [t].

§ 306.

Vermessung der den Wahnsinnigen gehörigen Ländereien. Eine ähnliche Bestimmung findet Statt bei Vermessung der den Wahnsinnigen gehörigen Ländereien, denn auch hier sind die Regeln zu beobachten, welche in einem solchen Falle bei Unmündigen als Vorschrift gelten (§ 285.) [u].

C.

Von der Kuratel über das Vermögen unbedachtsamer Schuldner und öffentlich erklärter Verschwender.

I.

§ 307.

Unbedachtsame Schuldner. Wer seine Schuldverschreibungen unbezahlt lässt, und nicht beweist, dass er durch Unglücksfälle in Zahlungs-

[s] Uk. v. 20 und 28 April Oktob. 1767. — 12 August und 8 August 1762 (No. 57). 1797 und 21 Mai 1801 (No. 58).

[t] Uk. v. 20 und 28 April [u] Instr. für die Landmesser bei Vermessung des Mos

unfähigkeit gerathen ist, wird für einen unbedachtsamen Schuldner erkannt, das sämmtliche bei ihm gefundene Vermögen verkauft und er der persönlichen Haft unterworfen [v].

§ 308.

Verfahren mit einem solchen Schuldner.

Einem solchen unbedachtsamen Schuldner ist jeder Kredit zu versagen [w].

§ 309.

Verfahren, wenn ein solcher Schuldner aufs neue Vermögen erwirbt.

Gelangt derjenige, welcher für einen unbedachtsamen Schuldner erkannt worden, auf irgend eine Art wiederum zu Vermögen: so kommt dieses, wenn er seine sämmtlichen rückständigen Schulden nicht freiwillig bezahlt, unter Aufsicht des adeligen Vormundschaftsamtes, welches sodann jährlich den 5ten Theil der Einkünfte zur Berichtigung der von ihm geliehenen, aber nicht bezahlten Kapitalien, und das übrige zum Unterhalte seiner Familie und seiner selbst verwendet [x].

§ 310.

Aufhebung dieser Kuratel.

Eine solche Kuratel erlischt bloss durch den Tod des Schuldners. Erfolgt dieser, so hört die zum Besten der Gläubiger Statt gehabte Zahlung auf, und

hilewschen und Polozkischen	1800. Th. II. P. 98. 99. und 100
Gouv. vom 25 Januar 1783.	(No. 60).
Kap. VIII. P. 62 u. Komptoir	[w] Ebendasselbst P. 101
Instr. von demselben Dato.	(No. 61).
Kap. XI. P. 106 (No. 59).	[x] Ebendasselbst P. 102 u.
[v] Bankerottregl. v. 19 Dec.	103 (No. 62).

das Vermögen geht in den Besitz seiner Erben über [y].

II.

§ 311.

Vorschwender.

Ist irgend ein Vermögen mit grossen Schulden behaftet, und dessen Besitzer nicht im Stande, seine Lage zu verbessern, oder verschleudert jemand sein Vermögen durch Verschwendung oder Liederlichkeit: so wird ihm die Verwaltung desselben genommen, und das Vermögen unter Kuratel gesetzt [z].

§ 312.

Befugniss zur Errichtung einer solchen Kuratel.

Unnässige, verderbliche Verschwendung, Luxus, Ausschweifung und Vergeudung berechtigen den Generalgouverneur und den die bürgerlichen Angelegenheiten verwaltenden Kriegsgouverneur, eine solche Kuratel nach eigenem Ermessen zu errichten; die Civilgouverneure der Gouvernements, wo keine General- und Kriegsgouverneure sind, dürfen aber solches nur auf den Fall thun, wenn zuvor deshalb ein Beschluss der Adelsversammlung gefasst, und dieser vom dirigirenden Senat bestätigt worden ist.

Anmerkung. In Betreff des Familienfideikommissses der Grafen Strogonow liegt dem dirigirenden

[y] Bankerottregl. P. 103 und 104 (No. 63).

[z] Uk. v. 6 April 1722. — 27 Mai 1766. — 11 August 1766. — Instr. für die G. K. vom 30 Juli 1767. Kap. XVIII. § 432. — Uk. v. 28 Okt. 1768. — 11 Septbr. 1774. — 3 Juni

1775. — 23 Mai 1784. — 24 März 1792. — v. Januar 1797.

— 24 August 1803. — 19 Mai 1806. — Rescript an den Justizminister v. 2 Okt. 1809. — Uk. vom 1 Decbr. 1809. — 17 Juli 1816. — 15 Februar 1817 und viele andere Gesetze (No. 64).

Senat die Verbindlichkeit ob, das hierzu gehörige Vermögen in folgenden zwei Fällen unter Kuratel zu setzen: 1. wenn die im Ukas vom 11 August 1817 bestimmten Summen nicht gehörig berichtet worden; 2. wenn es ausgemacht und erwiesen ist, dass das Fideikommiss durch schlechte Verwaltung der Inhaber desselben zu Grunde gerichtet wird [a].

§ 313.

Errichtung einer solchen Kuratel mittelst Allerhöchsten Befehls. Die Errichtung einer solchen Kuratel geschieht jedoch auch mittelst Allerhöchsten Befehls, und zwar, wie solches zeither der Fall gewesen ist: 1. nach Allerhöchst eigenem Ermessen, ohne irgend eine vorhergegangene Bitte [b]; 2. auf Bitte des Schuldners [c] und endlich 3. auf Bitte seiner Blutsfreunde, besonders aber der Aeltern [d].

§ 314.

Untersagung der Vermögensverwaltung vor dem Anfall einer Erbschaft. Die Verwaltung des Vermögens kann, wegen besonderer Gründe, mittelst Allerhöchsten Befehls sogar vor der Zeit untersagt werden, wo dieses Vermögen in den Besitz der Erben kommt, wenn nämlich von demjenigen, durch dessen Tod die Erbschaft eröffnet wird, selbst darum angesucht worden [e].

[a] G. V. § 84. — Uk. v. 4 April 1817 (No. 65). — Uk. v. 11 August 1817. Abth. VIII (abgedruckt Th. II. B. I. No. 8. I. Seite 91).

[b] Uk. v. 11 Aug. 1766. — 23 Mai 1784. — 24 März 1792 und 24 August 1803 (No. 64).

[c] Uk. v. 11 Sept. 1774 und vom Januar 1797 (No. 64).

[d] Uk. v. 27 Mai 1766. — 28 Oktob. 1768 — 3 Juni 1775. — Rescript an den Justizminister v. 2 Oktbr. 1809. — Uk. v. 1 Decbr. 1809 und 15 Februar 1817 (No. 64).

[e] Uk. vom 17 Juli 1816 (No. 66).

§ 315.

Gewalt der in einem solchen Falle ernannten Kuratoren.

Der Wirkungskreis einer solchen Kuratel ist sowohl in Rücksicht des Kuranden, als in Betreff der Kuratoren mehr oder weniger ausgedehnt, je nachdem der deshalb erlassene Kaiserliche Befehl lautet. In der Regel aber sind mit dieser Kuratel nachstehende Folgen verknüpft: 1. der *Schuldner* darf seinen Angelegenheiten nicht mehr selbst vorstehen, und sich durch keinerlei Verträge und Verschreibungen, sie mögen Namen haben, wie sie wollen, verbindlich machen. 2. Die *Kuratoren* müssen bei Verwaltung der Angelegenheiten des Schuldners sich angelegen seyn lassen, alle unstreitigen Schulden ohne Aufschub und ohne die geringste Beeinträchtigung der Gläubiger zu bezahlen und dabei ihren Rechten und Verbindlichkeiten * in allem gemäss handeln. Uebrigens wird eine solche Kuratel bei Beitreibung der Schulden nicht für eine öffentliche Autorität angesehen, sondern für eine blosse Privatbehörde, die im Gerichte keine Stimme hat [f].

* Ueber diese Rechte und Verbindlichkeiten der Kuratoren (Право Кураторовъ) wird das Handelsrecht u. die Prozessordnung die nöthigen Aufschlüsse liefern.

§ 316.

Beendigung dieser Kuratel.

Diese Kuratel hört mit dem Tode des Kuranden auf. Auch

[f] Uk. v. 12 Aug. 1797. — v. 19 Decbr. 1800. Th. II. P. 93
Allerhöchst. Rescript vom 25 und 94. — Uk. v. 21 Mai 1801
April 1798. — Bankerottregl. (No. 67).

erlischt dieselbe, wenn der Verschwender, kraft einer deshalb erlassenen Bekanntmachung, sich gebessert hat [g].

D.

Kuratelen anderer Art.

§ 317.

1. Kuratel über verschuldete Bergwerke.

Ist der Eigenthümer eines Bergwerks nicht im Stande, eine ihm obliegende Krons- oder Privatschuld zu berichtigen; das Bergwerk selbst aber nicht in Verfall gerathen, und die Bezahlung der darauf ruhenden Abgaben gehörig bewerkstelligt worden: so darf dasselbe nicht verkauft werden, sondern wird unter Kuratel gesetzt. Diese Kuratel verwendet die Einkünfte, die übrig bleiben, nachdem die Kosten bestritten worden, welche erforderlich waren, um das Werk im Gange zu erhalten, zur Bezahlung der Schulden, und fährt damit fort, bis selbige völlig getilgt worden [h].

§ 318.

Fortsetzung.

Gehört aber ein solches Bergwerk mehreren Theilnehmern, so werden nur diejenigen Antheile unter Kuratel gesetzt, deren Eigenthümer in Schulden gerathen sind, wenn sie nämlich zu deren Bezahlung kein anderes Vermögen besitzen [i].

[g] Instr. für die G. K. vom 30 Juli 1767. Kap. XVIII. § 432.
— Uk. v. März 1816 (No. 68).

[h] Uk. vom 26 Mai 1809 (No. 69).

[i] Uk. vom 26 Mai 1809 (No. 69).

§ 319.

2. Kuratel im Falle eines von einem Pächter oder Lieferanten begangenen Verbrechens.

Begeht ein Pächter oder Lieferant (откупщикъ) ein Verbrechen, wodurch er sich des Vertrauens unwürdig macht, und deshalb an der Pacht und Lieferung keinen Theil mehr nehmen kann: so werden, den Gesetzen gemäss, bis zum Ablaufe des Pacht- und Lieferungskontrakts, zum Besten seiner Erben Kuratoren verordnet, die seine Stelle vertreten [k].

Anmerkung. Diese Kuratoren werden von der kompetenten Behörde ernannt und erhalten eine Instruktion nach Vorschrift der Verordnungen zur Verwaltung der Gouvernements Kap. XXI.

§ 320.

3. Kuratel über das an die Reichsbanken verpfändete Vermögen.

Leistet derjenige, welcher ein Darlehn aus den Reichsbanken empfangen hat, binnen drei Monaten nach Ablauf des Termins die schuldige Zahlung nicht: so wird das dafür verpfändete Gut unter Kuratel gesetzt. Dieses geschieht durch die Gouvernementsregierung der Statthalterschaft, in welcher jenes Vermögen belegen ist, indem diese Behörde dem adeligen Vormundschaftsamte vorschreibt, Kuratoren darüber zu bestellen [l].

§ 321.

Pflicht der in einem solchen Falle ernannten Kuratoren.

Da den Eigenthümern eines solchen Gutes jede Disposition darüber entzogen wird, und er in demselben sich nicht einmal aufhalten darf: so sind die Kuratoren verpflichtet, alle ökonomischen Anlagen zu erhal-

[k] Uk. vom 5 Juni 1781. Abth. 6. P. 2 und 3 (No. 70).

[l] Man. v. 28 Juni 1786, wegen Errichtung der Reichs-

leihebank. P. 17 und v. 18 Dec. 1797, wegen Errichtung der Reichshülfsbank für den Adel. Abth. 30 und 31 (No. 71).

ten, die nützlichsten Anordnungen zu treffen und von den gezogenen Einkünften die Bankschuld zu berichtigen; dem Eigenthümer aber nur dasjenige abzugeben, was alsdann übrig bleibt [m].

§ 322.

Verantwortlichkeit derselben mit ihrem eigenen Vermögen.

Uebrigens haften die erwähnten Kuratoren mit ihrem eigenen Vermögen für die richtige Abtragung der Bankschuld, so wie für die Erhaltung der auf dem Gute befindlichen ökonomischen Anlagen [n].

§ 323.

Rechnungen der Kuratoren.

Die Kuratoren liefern der Bank die ihr zu zahlenden Summen binnen der bestimmten Frist nebst ihrem Bericht selbst unmittelbar ab; senden aber ausserdem noch den adeligen Vormundschaftsämtern, welchen sie untergeordnet sind, und der Bank über alle Einkünfte, die von dem unter Kuratel stehenden Gute gezogen worden, die gehörigen Rechnungen ein [o].

§ 324.

Entschädigung der Kuratoren.

Die Kuratoren erhalten zur Entschädigung für ihre Bemühung fünf Prozent aus den Einkünften von dem an die Bank verpfändeten Vermögen [p].

§ 325.

Erlöschung dieser Kuratel.

Diese Kuratel hört auf, wenn die ganze auf dem Vermögen ruhende Bankschuld bezahlt, oder mit der vorigen

[m] Vergl. die Gesetze unter No. 71).

[n] Ebendasselbst und Uk. v.

31 Januar 1807 (No. 72).

[o] Reglem. über die Reichs-

hülfsbank für den Adel v. 17 Februar 1798. § 24 und 25

(No. 73).

[p] Uk. vom 8 Januar 1807

(No. 72).

Verpflichtung auf ein anderes Vermögen, welches als Unterpfand die nämliche Sicherheit gewährt, wie das unter Kuratel stehende, übertragen wird. [q].

Anmerkung. In Betreff der achtjährigen Anleihen wird in dem Manifeste vom 2ten April 1812 verordnet:

1. die Zahlungsfrist auf 12 Jahre zu verlängern, mit der Bestimmung, dass das verpfändete Vermögen auf den Fall, wenn die Zahlung auch innerhalb dieses verlängerten Termins nicht gehörig geleistet werden sollte, nicht unter Kuratel zu setzen, sondern zu verkaufen sey.

2. Wenn ein Theil des Kapitals, welches durch das unter Kuratel stehende Vermögen gesichert ist, abgetragen worden: so soll der auf diese Art ausgelöste Theil des Vermögens nicht mehr als Pfand angesehen, sondern dem Gutsbesitzer zur freien Verfügung wiederum überlassen werden [r].

§ 326.

4. Kuratel wegen rückständiger Steuern.

Privatgüter, von welchen die Steuern nicht bezahlt worden, werden durch die Gouvernementsregierungen unter Kuratel gesetzt. Diese Kuratel richtet sich bei Berichtigung der rückständigen und laufenden Steuern nach den deshalb erlassenen Vorschriften [s].

Anmerkung. Der hierher gehörige Protokollauszug des Ministerkomite's vom 19ten Oktober 1818 (Sénatszeitung vom 9ten November 1818. No. 45.

[q] Man. v. 28 Juni 1786, wegen Errichtung der Reichsleihebank. § 17 und 18 Decbr. 1797 wegen Errichtung der Reichshülfsbank für den Adel. Abth. 31. — Allerhöchst best. Unterl. des Finanzministers v. 23 März 1803 (No. 74. 1).

[r] Man. vom 2 April 1812 (No. 74. II).

[s] Man. vom 16 Mai 1811. Regeln, welche bei Eintreibung der rückständigen Abgaben zu befolgen sind. § 30 (No. 75).

S. 425 bis 429) verordnet (mit Rückweisung auf die Quelle des obigen §, den Uk. v. 16 Mai 1811, dessen Befolgung eingeschränkt wird): *a.* Der Gutsbesitzer solle wegen rückständiger Abgaben nur dann aus seinem Gute entfernt und die Verwaltung desselben einer Kuratel übertragen werden, wenn durch den Verkauf des ihm zugehörigen Getreides und der sonstigen Lebensmittel desselben die volle von ihm der Krone zu zahlende Summe nicht gelöst würde. Güter unter Kuratel zu setzen; deren Rückstände sich nur auf 20 Rubel und weniger oder ähnliche kleine Summen erstreckten, sei ein nicht zu duldender Missbrauch. *b.* In Fällen, wo nach diesen Grundsätzen eine Kuratel errichtet werden müsste, sollten benachbarte zuverlässige Edelleute durch die Adelsmarschälle zu Kuratoren erwählt werden, mit der Bestimmung *c.* dass jene für die Ablieferung der sämtlichen vom Kurator erhobenen Abgaben in die Schatzkammer selbst haften sollten.

§ 327.

Beendigung dieser Kuratel.

Diese Kuratel hört auf, wenn die Rückstände gänzlich berich-

tigt sind [t].

§ 328.

6. Kuratel über erb-
tes Vermögen wegen
Uneinigkeit der Erben.

Wird in einer Gerichtsbehörde von allen Theilhabern an einer Erbschaft, oder von einem einzigen derselben mittelst einer deshalb eingereichten Bittschrift um deren Theilung gebeten, und von der Zeit der Einreichung an binnen zwei Jahren, wegen Uneinigkeit der Erben, keine gütliche Theilung zu Stande gebracht: so muss auf diese ihnen zugefallene Erbschaft Beschlagnahme gelegt und

[t] Ebendaselbst. § 31 (No 76):

selbige unter Aufsicht des adeligen Vormundschaftsamts oder des Waisengerichts; je nachdem die eine, oder die andere Behörde kompetent ist, genommen werden [u].

§ 329.

Folge einer solchen Kuratel.

Die erwähnten Vormundschaftsbehörden ernennen hierauf Kuratoren über dieses Vermögen, von welchem, seinem ganzen Werthe nach, als Pön sechs Prozent zum Besten des Kollegiums der allgemeinen Fürsorge eingetriben werden. Das Verfahren wegen der Theilung selbst findet aber in der zuständigen Gerichtsbehörde Statt [v].

§ 330.

5. Kuratel über streitiges, durch ein Testament hinterlassenes Vermögen.

Entsteht über ein Testament von Seiten der gesetzlichen Erben bei Einreichung desselben in die Gerichtsbehörde, oder nach dessen Bestätigung bei Einsetzung in die Güter ein Rechtsstreit, so wird das testirte Vermögen unter Kuratel gesetzt und mit Verbot belegt. Wenn aber ein solcher Rechtsstreit erst nach Einweisung in die Güter anhängig gemacht wird, jedoch vor Ablauf von zwei Jahren: so wird das Vermögen bloss mit Verbot belegt, bleibt jedoch bis zu ausgemachter Sache im Besitz dessen, dem solches im Testament vermacht worden [w].

§ 331.

Recht der Interessenten, sich über die Kuratoren zu beschweren.

Bemerken diejenigen, welche im ersten obigen Falle in den Rechtsstreit verwickelt sind, bei Ver-

[u] Uk. v. 14 Febr. 1786 v. Oktbr. 1811 (No. 77).
und v. Oktbr. 1811 (No. 77).

[w] Uk. v. 31 März und 25

[v] Uk. v. 14 Febr. 1786 u. Novbr. 1815 (No. 78).

waltung der Kuratoren Missbräuche, die dem Vermögen zum Nachtheile gereichen: so können sie deshalb bei der Behörde klagen, und um Veränderung der vom adeligen Vormundschaftsamte eingesetzten Kuratoren nachsuchen [x].

§ 332.

7. Kuratel wegen tyrannischer Behandlung der Bauern: Der Generalgouverneur, welchem die Verbindlichkeit obliegt, allen Grausamkeiten in dem ihm anvertrauten Gouvernement entgegen zu arbeiten, verordnet auf den Fall, wenn ein Gutsbesitzer mit seinen Bauern unmenschlich und tyrannisch verfährt, eine besondere Kuratel über dessen Vermögen, indem er die ökonomische Verwaltung desselben der besondern Aufsicht der Adelsmarschälle anvertraut, welche bei ihren desfallsigen Anordnungen die örtliche Lage gehörig zu benutzen haben; der Gutsbesitzer selbst wird aber noch ausserdem dafür der gesetzlichen Strafe unterworfen [y].

§ 333.

8. Kuratel bei Vermessung der Ländereien: Bei Vermessung der Ländereien werden die Grundstücke derjenigen, die im Auslande in Kaiserlichen Diensten stehen, oder denen durch Kaiserliche Befehle die Führung eines Briefwechsels verboten ist, unter eine Kuratel gesetzt, die aus den jüngern Gliedern der Messungskanzeleien und Komptoire besteht.

[x] Uk. vom 31 März 1815
(No. 78).

[y] Uk. v. 24 Decbr. 1719.
P. 31. — 6 April 1722. — 28 Jan.

Diese müssen hierbei nach den Regeln verfahren, die in Betreff der Unmündigen zu befolgen sind [z].

§ 334.

Allgemeine Regeln für alle obigen Kuratelen. Uebrigens sind in allen oberwähnten Fällen (§§ 317 — 333) in Betreff der Abgabe des Vermögens an die Kuratoren, ihrer Verwaltung desselben, der Ablegung ihrer Rechnungen, und der Entschädigung für ihre Bemühung die Vorschriften zu beobachten, die wegen der Vormünder über Unmündige erlassen worden [a].

1762. — Instr. für die G. K. v. 30 Juli 1767. Kap. XI. P. 254 und 256. — G. V. § 84. — Uk. v. 19 Juli 1797 und 21 Decbr. 1803 (No. 79).

[z] Messungsinstr. v. 25 Mai 1766. Kap. XV. P. 16. — Komptoirinstrukt. zur Vermessung des Mohilewschen und Poloz-

kischen Gouvernements v. 25 Januar 1783. Kap. XI. P. 107. 110 und 111. — Landmesserinstr. von demselben Dato, in Betreff der Vermessung der erwähnten Gouvernements, Kap. VIII. P. 63 (No. 80).

[a] Uk. v. 28 Februar 1817 P. 1 (No. 81).

ENDE DES ERSTEN THEILS.



NACHTRÄGE.



Bei Entwicklung des Russischen Rechts ist als Regel festgesetzt, dass aus den Gesetzen allgemeine Rechtsgrundsätze gezogen werden sollen. In Fällen, wo die speciellen Gesetze nicht ausreichen, muss dann das allgemeine Princip eingreifen (Unt. v. 28 Febr. 1804 S. 17 bis 23. in der deutschen Ausgabe).

Zu § 1.

In Betreff des Jahres, in welchem die Russischen Gesetze erlassen worden sind, ist zu bemerken, dass bei den ältern, bis zum Jahre 1700 promulgirten Gesetzen das Jahr der Welt nach Konstantinoplischer Aere bestimmt wird; bei den neuern hingegen das Jahr Christi (Uk. v. 20 Decbr. 7208, nach Chr. G. 1699). Der Unterschied der Griechischen Zeitrechnung von Erschaffung der Welt und der von Christi Geburt beträgt aber 5508 Jahre. Indessen findet bei den vier letzten Monaten des Jahres eine Abweichung Statt. Das Jahr der Zeitrechnung von Erschaffung der Welt nimmt nämlich schon mit dem September seinen Anfang. Folglich sind bei Gesetzen, die im September, Oktober, November und December bekannt gemacht worden, bei Reducirung der Jahre 5509 zu subtrahiren.

Zu § 3.

In Rücksicht des Ursprungs sind die Gesetze entweder *natürliche*, oder *positive* (Instr. für den Generalprokureur v. 30 Juli 1767. § 3. P. 3. §§ 5 und 11). Der positive Gesetzgeber kann das natürliche Recht entweder bestätigen oder aufheben (Instr. für den Gener. Prok. v. 30 Juli 1767. § 11. — Instr. für die G. K. v. 30 Juli 1767. §§ 41. 42). Das positive Recht ist entweder *geschriebenes*, oder *ungeschriebenes*. Ersteres, wenn der Regent den Unterthanen namentlich *vorschreibt*, letzteres, wenn er ihnen *erlaubt*, dass aus gewissen factis rechtliche Normen entspringen. (K. K. B. 50: vom Sakrament der Ehe [abgedruckt in den Pandekten Kap. VI. S. 16], vergl. mit Anm. 1. zu § 119 und Instr. für die G. K. v. 30 Juli 1767. § 59). Gewohnheiten, die den Gesetzen widerstreiten, gelten nicht (Uk. v. 9 Febr. 1720). Das geschriebene Recht ist entweder *göttliches* oder *menschliches* (Uk. v. 15 Juni 1714 [abgedruckt in den Pandekten, in der Einleitung unter No. 24]. — Instr. für den Gen. Pr. vom 30 Juli 1767. § 3. P. 1. und § 4. — Abr. v. 8 April 1768. Th. I. Abth. I. — Uk. v. 5 Aug. 1775 [abgedruckt im allgem. Suppl. B. No. 27. S. 80]. — Uk. v. 15 Jan. 1783. — Akte des heil. Bundes nebst dem dazu gehörigen Man. [Pandekten B. IV Abth. II. in den Ergänzungen S. 604], vergl. mit § 176). Die Gesetze menschlichen Ursprungs können, wenn es die Umstände erfordern, verändert werden; die göttlichen Gesetze aber nicht. Diese sind von jenen aufrecht zu erhalten (Instr. für den Gen.

Pr. v. 30 Juli 1767. § 4). Die menschlichen Gesetze sind theils *recipirte*, theils *einheimische*. Die ersten sind in der Kormtschaja Kniga enthalten (§ 43). Die letzten sind theils solche, deren Verbindlichkeit sich über ganz Russland erstreckt (gemeines Reichsrecht); theils solche, welche nur für einzelne Theile Russlands gelten (Anm. zu § 4).

Zu § 4. Anmerk. unter *

Die im Landrechte des Zaren ALEXEI MICHAJLOWITSCH vom 29 Januar 1649 angeführten frühern Gesetze (vergl. Ul. Kap. XVII. §§ 1. 2. 4.) gelten nicht als frühere Gesetze, sondern als Theil des Russischen Landrechts.

Zu § 6.

Nach der Instr. für den Gen. Pr. v. 30 Juli 1767. § 3. P. 4 u. 8. §§ 6 und 10 bestimmt das *bürgerliche Recht* im weitem Sinne: 1. das Verhältniss des Unterthans zu dem Unterthan, und heisst dann vorzugsweise *Privatrecht* (§§ 6. 20.); 2. aber bestimmt dasselbe auch die Verhältnisse der Bürger gegen Auswärtige, und wird in dieser Rücksicht *Völkerrecht* genannt.

Zu §§ 8 bis 19 und 21.

Die in diesen §§ angezeigten Theile des Regierungsrechts lassen sich wieder unter Klassen bringen. Das Regierungsrecht ist nämlich entweder: I. *inneres* oder II. *äusseres* (Instr. für den Gen. Pr. v. 30 Juli 1767. § 3. P. 5. 6. 7 und § 8 und allgem. Org. der Ministerien

v. 25 Juni 1811. Th. I. § 1 und 3, im allgem. Suppl. B. unter No. 3), je nachdem nämlich der Regent als Verwalter eines ihm gegen die Staatsbürger, oder als Verwalter eines ihm gegen Auswärtige zustehenden Hoheitsrechtes gedacht wird. Unter ersterm sind als Arten enthalten: *a.* Kirchenrecht (§ 9); *b.* Prozess (§ 10); *c.* peinliches Recht (§ 11); *d.* Kame-ral- und Finanzrecht (§ 13); *e.* Gesetze über den Ackerbau und die Industrie im Innern (§ 14); so wie *f.* über die Volksaufklärung (§ 16) und *g.* die innere Kommunikation (§ 17); endlich *h.* das alle übrigen Arten des innern Regierungsrechts befassende Polizeirecht (§ 12). Letzteres hingegen (nämlich das äussere Regierungsrecht) fasst in sich: *a.* das Gesandtschaftsrecht (§ 18) und *b.* das Kriege-recht (§ 19). Aus Privat- und Regierungsrecht vermischt ist das Handelsrecht (§§ 15. 21).

Zu § 24.

Präjudikate gelten nur dann als Gesetze, wenn das bestehende Recht über den Fall, welchen sie entscheiden, entweder keine, oder keine deutliche Bestimmung enthält. Von den Gesetzen, die seit Bekanntmachung des allgemeinen Landrechts bis zum 15 Juni 1714 erlassen worden sind, können bloss diejenigen zur Richtschnur genommen werden, die mit dem Landrechte des Zaren ALEXEI MICHAÏLOWITSCH nicht im Widerspruche stehen, sondern zur Ergänzung desselben dienen (Uk. v. 15 Juni 1714 [Pandekten Einleitung No. 24]. — Uk. v. 17 März 1731 und v. 29 Novbr. 1804).

Zu § 32.

Die in Gegenwart Sr. Kaiserlichen Majestät bei der Parole abgegebenen Befehle (Prikasü) sollen gleichfalls für namentliche Ukasen geachtet werden (Allerh. Uk. v. 13 Novbr. 1796, bekannt gemacht durch den Senatsukas vom August 1797).

Zu § 35.

Nicht allein den namentlichen, sondern auch den Senatsukasen, welche gesetzliche Vorschriften enthalten, die zur Wissenschaft sämtlicher Unterthanen im Reiche gebracht werden sollen, darf nicht geglaubt werden, wenn sie nicht gedruckt sind (Uk. v. 14 März 1764 und 19 Oktober 1773). Bemerkenswerth ist hier noch der 22. P. des Uk. v. 8 Sept. 1802, worinn sogar vorgeschrieben wird, dass in Betreff aller im dir. Senat entschiedener Sachen monatlich eine öffentliche Bekanntmachung Statt finden (публиковать) und dabei in der Kürze bemerkt werden soll, zu wessen Vortheile oder auf welche Weise die Sachen entschieden worden sind.

Anmerkung. Nach dieser Vorschrift, vergl. mit den im Zusatze zu § 24. citirten Ukasen, ist daher der Druck der Gesetze zu bewerkstelligen.

Zu § 42.

Hierbei verdient angeführt zu werden, dass auch die Instruktion für die zur Abfassung des Entwurfs zu einem neuen Gesetzbuche verordnete Kommission v. 30 Juli 1767 als Ge-

setz in Anwendung gebracht wird (Uk. v. 5 März 1818, im allg. Suppl. B. zum 1. Th. No. 16. S. 44).

Zu § 43.

Widerstreiten sich einzelne Bestimmungen der Kormtschaja Kniga: so haben 1. die Regeln der heiligen Apostel, der sieben allgemeinen und neun besondern Kirchenversammlungen den Vorrang vor den übrigen darinn enthaltenen Vorschriften und werden, wie es in der Belegstelle hierzu ausdrücklich heisst, von der Kirche eben so sehr geachtet als das Evangelium; sodann aber folgen 2. die darinn aufgenommenen bürgerlichen Gesetze, die als Hülfsrecht gelten. Quelle: K. K. Th. I, wo in Rücksicht des ersten obigen Punkts bestimmt wird: *Правила святыхъ славныхъ и всехвальныхъ апостоль, и святыхъ вселенскихъ великихъ, седми соборовъ, и помѣстныхъ девяти, церковь Божія, не меньше эвангеліа почитаетъ, якоже пишетъ Матѳей правилникъ въ своей книгѣ на листу второмъ; in Rücksicht des 2ten Punkts hingegen ist in dem Auszuge изъ Матѳеевы книги о правилахъ gesagt: *Пособіе правиломъ законы Цръстіи. листъ 124. Правиламъ Градскіи законъ помогаетъ. листъ 3.**

Zu § 45.

Der Satz, dass das Gesetz gleichen Schutz für alle gewähren soll, wird noch auf eine sehr deutliche Weise in dem Uk. v. 15 Jun. 1714 (Pandenkten. Einleit. No. 24) ausgesprochen, durch die

Worte: Damit in allen Verhältnissen und in Betreff aller und jeder Gleichheit vor Gericht Statt finde, ohne irgend eine Gott missfällige Rücksicht auf die Person („дабы судъ былъ всемъ повсюду равный безъ Богоненавистнаго лицемерія“), womit auch der Allerhöchste Uk. übereinstimmt, welcher durch die Vorschrift des Justizministers an den Oberprokureur Grafen Santi, datirt v. 16 April 1808, bekannt gemacht worden ist.

Zu § 51.

Gesetze können auf mehrfache Weise verändert werden und zwar *a.* durch *gänzliche* Aufhebung (Vergl. z. B. den Ukas v. 15 Juni 1714 [Pandekten. Einl. No. 24], welcher viele frühere Gesetze aufhebt; den Uk. v. 20 Mai 1724, welcher den Uk. v. 5 Jan. 1720 aufhebt; das Man, v. 2 April 1801. [Pandekten Kap. XI. No. 2], wemittelst alle Gesetze aufgehoben werden, welche die Bestimmungen der Stadtordnung abändern). *b.* Durch *theilweise* Aufhebung Beispiele liefert: der Uk. v. 5 Novbr. 1768, wodurch bloss der 5. Punkt des Uk. v. 15 Decbr. 1763 aufgehoben wird, und der Uk. v. 13 Novbr. 1796, welcher in Rücksicht mehrerer frühern Gesetze die gänzliche, in Rücksicht anderer aber eine theilweise Aufhebung vorschreibt, und endlich *c.* durch einen *Zusatz* (Bestätigte Unterlegung v. 29 Novbr. 1804). Uebrigens ist noch zu bemerken, dass ein nicht ganz klares neues Gesetz im Zweifel stets nur in dem Sinne zu befolgen ist, in welchem es sich dem bestehenden Rechte am meisten nähert, da der bisherige Zustand immer die Ver-

muthung des Rechten und Guten für sich hat (Uk. v. 31 Mai 1793. [Pandekten B. IV No. 36. I. S. 53. 54] vergl. mit der G. V § 215. P. 12 und § 299. P. 12).

Zu § 121.

Ueber die Verwandtschaft im allgemeinen ist hier folgendes zu erwähnen.

Eine ununterbrochene Reihe mehrerer von einem gemeinschaftlichen Ahnherrn abstammender Personen heisst eine Linie, welche entweder eine gerade (*linea recta*), oder eine Seitenlinie (*linea obliqua* oder *collateralis*) ist. Unter gerader Linie versteht man eine Linie an sich betrachtet. Vereinigen sich aber im Gegensatze mehrere Linien in einer Person, so heisst die eine, im Verhältniss zur andern, eine Seitenlinie. Diese umschliesst daher die Verwandten, welche nicht (wie bei der geraden Linie) von einander, sondern nur von einem gemeinschaftlichen Stammvater abstammen. Die gerade Linie wird eingetheilt in die aufsteigende (*ascendens*) oder absteigende (*descendens*), je nachdem von den jüngern Anverwandten zu den ältern hinauf, oder von den ältern zu den jüngern herunter gezählt wird. Hiernach werden die Verwandten in Ascendenten, Descendenten und Seitenverwandte eingetheilt, worüber die Russischen Gesetze (Pandekten Kap. VI. Seite 36. 278 und 279) folgende Bestimmungen enthalten: *Ascendentes ii sunt, qui nos genuerunt, cujusmodi pater, mater, avus, avia. quique supra hos sunt. Descendentes vel inferioris ordinis, qui ex nobis procreantur, ut filius,*

filia, nepos, neptis, et qui infra hos seriatim succedunt Ex transverso autem, qui neque nos progenuerunt, neque e nobis sunt progeneriti, sed eandem stirpem ac radicem nobiscum communicarunt, veluti frater, soror, patruus vel avunculus, amita vel matertera, consobrinus, consobrina, frater patruelis, soror patruelis, et qui ex his deducuntur. Haben Seitenverwandte nur einen gemeinschaftlichen Vater, oder eine gemeinschaftliche Mutter: so heissen sie halbbürtige (сводные дѣти), und ihre Verwandtschaft wird eine halbe (*unilateralis*) genannt. Dagegen heisst die Verwandtschaft unter Seitenverwandten, die gemeinschaftliche Aeltern haben, eine volle (*bilateralis*). Geschwister der ersten Art nennt man Halbgeschwister; Geschwister der letzten Art hingegen vollbürtige (*germanos*) (Pandekten Kap. VI. No. 5. S. 34. und Institutionen § 121. Anm. unter *).

Die Berechnung der Verwandtschaftsgrade, zur Bestimmung der Nähe oder Entfernung der Verwandtschaft, worinn eine Person zur andern steht, richtet sich nach derselben einfachen Regel, welche bei der Römischen Computation zur Richtschnur dient, und durch die Worte: „*Quot generationes, totidem et gradus sunt*“ ausgesprochen wird. Es brauchen demnach nur die Zeugungen gezählt zu werden, um den Verwandtschaftsgrad zu bestimmen (Pandekten Kap. VI. S. 18. 19. 279. 280 und 281).

Das Verhältniss zwischen Schwägern aller Gattungen berechnet man nach der Regel: so viel Zeugungen unter den Blutsfreunden Statt

gefunden haben, durch deren Verknüpfung die Schwägerschaft entsteht, so viel Grade der Schwägerschaft sind unter den Schwägern vorhanden, von deren Verhältnisse die Rede ist. Hierbei ist noch zu bemerken, dass die Verbindung zwischen zwei Ehegatten weder Schwägerschaft noch Verwandtschaft, sondern die Ursache und der Grund der Verschwägerung und Verwandtschaft ist (Pandekten Kap. VI. Seite 21 bis 33).

Zu § 122.

Ueber die Berechnung der Grade bei der geistlichen Verwandtschaft enthalten die Gesetze (Pandekten Kap. VI. S. 42. 47) folgende Regeln: 1. Bei der *Mitgevatterschaft* (*compaternitas*), d. h. der zwischen dem Taufzeugen und den Aeltern des Täuflings vorhandenen geistlichen Verwandtschaft, wird der Vater des Täuflings für den Bruder des Taufzeugen (2. Grad) angesehen. Hieraus folgt aber, dass die Geschwister des Täuflings als Neffen oder Nichten der Taufzeugen (3. Grad) und umgekehrt die Kinder des Taufzeugen als Neffen oder Nichten des Vaters des Täuflings (ebenfalls 3. Grad) betrachtet werden müssen; 2. bei der *Gevatterschaft* (*paternitas*), d. h. der zwischen dem Taufzeugen und den Täuflingen entstehenden geistlichen Verwandtschaft, wird der Taufzeuge für den Vater des Täuflings (1. Grad) angesehen, welches zur Folge hat, dass die Kinder des Taufzeugen als Geschwister des Täuflings (2. Grad) betrachtet werden müssen. Eben so werden die Täuflinge, die von einem und demselben Gevatter aus der Taufe gehoben worden, für

Geschwister angesehen, weil ihr gemeinschaftlicher Taufzeuge für ihren gemeinschaftlichen Vater gilt (Pandekten Kap. VI. S. 47). Endlich aber werden 3. bei der *Geschwisterschaft* (*fraternitas*), d. h. derjenigen geistlichen Verwandtschaft, welche zwischen den Kindern des Taufzeugen und den Geschwistern des Täuflings entsteht, diese unter einander für Geschwisterkinder angesehen (4. Grad).

Zu § 123.

Vormals wurde die Adoption durch eine feierliche kirchliche Ceremonie bewerkstelligt, die aber jetzt nicht mehr gebräuchlich ist (B. 66 im grossen Trebnik [der Kirchenagende]. Wörterbuch über die Kirchensprache, verfasst und herausgegeben von dem Mitgliede des Moskowischen Konsistoriums, Protoierei Peter Alexiew, mit Genehmigung des Komptoirs der heiligsten dirigirenden Synode, 1773. S. 331 u. 363, unter: Синоположение und Усынение). In Rücksicht der Berechnung der Verwandtschaftsgrade wegen Adoption stellt die Kormtschaja Kniga dieselben Regeln auf, welche bei der Verwandtschaft gelten, die durch die Taufe entsteht (Pandekten Kap. VI. S. 42).

Zu § 128. Anm. 2. -

Die Regimentsgeistlichen dürfen jedoch bloss Personen trauen, die zum Regimente gehören. (Allg. Suppl. B. No. 52. Seite 98, wo verordnet wird: „дабы [полковые священники] не въначали никого, кромѣ однихъ полковыхъ“).

Zu § 152. Anm.

Der in den Gesetzen ausgesprochene Satz: dass eine Freie, die einen Leibeigenen heirathet, frei bleibt, leidet selbst im dem Falle keine Ausnahme, wenn jemand den Wunsch zu erkennen geben sollte, auf seine Freiheit Verzicht leisten zu wollen, da es niemanden erlaubt ist, sich durch Willenserklärungen zur Leibeigenschaft zu verpflichten (Uk. v. 30 April 1810, worinn es heisst: „Запрещено свободныхъ и на волю отпущенныхъ людей обращать въ крѣпостныхъ, даже и тогда, когда бы на то было и собственное ихъ желаніе“).

Unter den in der obigen Anm. erwähnten bürgerlichen Erziehungsanstalten sind die Abtheilungen der besondern Schule zu verstehen, welche bei dem Auferstehungskloster errichtet ist. Eine dieser Abtheilungen ist gegenwärtig zu St. Petersburg, die andere aber in Moskwa.

Zu § 164.

Merkwürdig ist noch die Bestimmung, dass eine Ehe, die eine Person schliesst, welche bereits verheirathet ist, gültig wird, wenn der frühere gesetzliche Ehegatte dieser Person stirbt, während die beiden bis dahin unrechtmässigen Ehegatten noch am Leben sind. Dieses gehet aus dem allgemeinen Russischen Landrechte Kap. XX. § 84 hervor, wo es heisst: »Wenn ein verheiratheter alter Leibeigener oder »sonst fester Knecht entliefe, seine Frau verliesse und während der Flucht eine andere »ehelichte, mit Verschweigung seiner ersten;

»hernach aber wieder zu seinem vorigen Herrn
 »und zu seiner ersten Frau käme, oder von je-
 »nem auf der Flucht ergriffen würde: so soll er
 »nach wie vor laut der Verschreibung (по крѣпо-
 »сти) mit seinem ersten Weibe bei ihm bleiben.
 »Die andere Frau hingegen behält derjenige in
 »Erbunterthänigkeit, bei welchem sie sich befand,
 »als er sie heirathete. *Wäre jedoch die erste*
Frau inzwischen, während seiner Flucht, ge-
storben, so soll ihm die andere, die er ge-
heirathet hat, nachdem er entlaufen war,
zu seinem vorigen Herrn folgen. Eben so
soll es auch mit den Erbmägden gehalten
werden, wenn sie ihre Männer verlassen
und, während der Flucht, sich an andere
verheirathen, nachmals aber zu ihrem vo-
rigen Herrn zurückkehren, oder ergriffen
werden.«

Zu § 167.

Zu den Fällen, wo Kinder, die das 25 Jahr noch nicht erreicht haben, ohne Einwilligung der Aeltern eine rechtmässige Ehe schliessen können, gehören noch folgende zwei: 1. wenn die Aeltern ihre Einwilligung zur Schliessung der Ehe widerrechtlich verweigern (K. K. B. 48: vom bürgerlichen Rechte Tit. 4. § 10. 24); 2. wenn die Aeltern ihres Verstandes beraubt sind (K. K. B. 48: vom bürgerlichen Rechte. Tit. 4. § 7).

Zu § 170. Anm.

In dem Uk. v. 5 August 1775 (Allg. Suppl. B. No. 27. S. 80. 81.) werden ausserdem folgende

Ehen unter die Zahl der unrechtmässig eingegangenen (незаконные браки) gerechnet: 1. wenn Sklaven (рабы) ohne Erlaubniss ihrer Herren heirathen (Vergl. auch K. K. Th. I. B. 21. Regeln Basilius des Grossen. c. 40. Schol. und c. 42, im allgem. Suppl. B. No. 32. Seite 94); 2. wenn die Aeltern ihre Kinder, oder die Herren ihre Sklaven zur Eingehung der Ehe zwingen (S. zugleich die Ausnahme in § 127 und die Abh. über das Amt der Parochialpresbyter § 123, wo jede Ehe für nichtig [не твердь] erklärt wird, deren Eingehung durch Zwang bewirkt worden. Allg. Suppl. B. No. 28. S. 88); 3. wenn in Rücksicht des Alters unter den Ehegatten eine sehr grosse Verschiedenheit Statt findet; 4. wenn die Ehegatten nicht in dem Kirchspiele getraut worden sind, in welchem sie wohnen, sondern aus andern Kirchspielen gekommen und gänzlich unbekannt sind, und endlich 5. wenn Personen getraut werden, die ihres Verstandes beraubt sind. Durch diese und ähnliche Missbräuche, heisst es dabei (Allg. Suppl. B. S. 80), würde nicht nur das Wohl der Kirche gefährdet und die geistlichen und weltlichen Behörden mit nicht geringen Beschwerden belästigt, sondern die Ehegatten (брачившиеся) nebst den Priestern, welche dergleichen Ehen eingeseget hätten, würden auch Untersuchungen und Strafen unterworfen. Wenn aber wegen solcher unrechtmässiger Ehen (неправильная бракосочетания) erst nach langer Zeit Denunciationen gemacht würden, nachdem schon Kinder erzeugt worden wären, so müssten diese für unehelich (незаконные) angese-

hen werden. Die Folge davon sey, dass sie von Seiten ihrer Verwandten und Schwäger, nach dem Tode ihrer Aeltern, da diese in keiner rechtmässigen Ehe gelebt hätten (незаконно брачившіеся), der Erbschaft beraubt würden.



A N Z E I G E

D E R N U M M E R N ,

*unter welchen die in den Institutionen allegirten
Gesetze in den Pandekten zu finden sind.*

Insti- tutio- nen.	P A N D E K T E N.						Allge- meiner Supple- ment- band zuTh.I
		K A P I T E L.					
Theil	Einlei- tung.	I. II. III. IV. V.	VI.	VII. VIII. IX. X.	XI.		
I.							
§§.		N ^o .					
1.	1.	.	.	.		1.	
2.	2.				.	2.	
3.	3.						
4.	4. 25.	.	.	.			
5.	5.			.			
6.	6.	.	.	.			
7.	7.	.	.	.			
8.	8.	.	.	.		3.	
9.	9.	.	.	.		4.	
10.	10.		
11.	11.		
12.	12.		
13.	13.	5.	
14.	14.	6.	
15.	15.	7.	
16.	16.	8.	
17.	17.		
18.	18.		
19.	19.	9.	
20.	20.		
21.	21.		
22.	22.		
23.	23.		
24.	24.		

Institutio-
nem.

P A N D E K T E N.

K A P I T E L.

 Allge-
meiner
Supple-
ment-
band
zu Th. I.

Theil

 Einlei-
tung.

I.

 I. II. III.
IV. V.

VI.

 VII. VIII.
IX. X.

XI.

§§.

N°.

25.	25.	.	.	.					
26.	26.	.	.	.					10. 11.
27.	27.	.	.	.					11.
28.	28.
29.	29.
30.	30.	12.
31.	31.
32.	32.
33.	33.	13.
34.	34.
35.	35.
36.	36.
37.	37.
38.	38.
39.	39.	14.
40.	40.
41.	41.
42.	42.
43.	43.	15.
44.	44.
45.	45.	16.
46.	46.
47.	47.
48.	48.
49.	49.
50.	50.
51.	51.
52.	52.
53.		.	1.	17.
54.		.	2.
55.		.	3.
56.		.	4.

Institutionen.

PANDEKTEN.

		K A P I T E L.					Allgemeines Supplementband zu Th. I.
Theil	Einleitung.	I. II. III. IV. V.	VI.	VII. VIII. IX. X.	XI.		
I.							

SS.

Nº.

57.		5.		.	.		
58.	.	6.		.	.	.	18.
59.	.	7.		.	.		
60.	.	8.	.				
61.	.	9.					
62.	.	10.		.	.	.	
63.	.	11.	.	.	.		
64.	.	12. 13. 14. 15.		.	.	.	19.
65.	.	16.	.		.	.	20.
66.	.	17.		.	.		
67.	.	18.			.	.	19.
68.	.	19.					
69.	.	20.					
70.	.	21.		.	.		21.
71.	.	22.	.		.	.	
72.	.	23.	.		.	.	
73.	.	24.					
74.	.	25.			.	.	
75.	.	26.		.	.		
76.	.	27.		.	.	.	22.
77.	.	28.		.	.	.	
78.	.	29.		.	.	.	
79.	.	35.	.		.	.	
80.	.	34.					
81.	.	30.		.	.		
82.	.	31.		.	.		
83.	.	32.		.	.		
84.	.	33.		.	.	.	
85.	.	36.					
86.	.	37.					23.
87.							

Institutionen.		P A N D E K T E N.					
Theil I.	Einleitung.	K A P I T E L.				Allgemeiner Supplement- band zu Th. I	
		I. II. III. IV. V.	VI.	VII. VIII. IX. X.	XI.		
SS.		N ^o .					
88.		38.					24.
89.		39.					
90.		39.					
91.	.	40.	.		.	.	
92.		41.		.	.	.	
93.	.	42.	
94.		43.	
95.	.	44.			.		
96.		45.	25.
97.	.	46.		.	.	.	
98.		47.			.	.	
99.	.	48.	
100.		49.	
101.		50.		.	.	.	
102.		51.	
103.		52.		.	.	.	
104.	.	53.	
105.	.	54.	
106.	.	55.	
107.		56.		.	.	.	
108.		57.		.	.	.	
109.		58. 62.			.	.	
110.		49. 50. 52.			.	.	
111.		54. 59. 63.			.	.	
112.		60.	
113.		64.	
114.		61.		.	.	.	
115.				.	.	.	
116.	.		1.				26.
117.			2.				
118.			3.				27.

Insti-
tutio-
nen.

P A N D E K T E N.

K A P I T E L.

Allge-
meiner
Supple-
ment-
band
zu Th. I.

Theil

Einlei-
tung.

I.

I. II. III.
IV. V.

VI.

VII. VIII.
IX. X.

XI.

§§.

Nº.

119.			4.			28.
120.			.			
121.	.		5.			29.
122.			6.			30.
123.			5.6.7.		.	
124.			8.		.	
125.					.	
126.			9.			31.
127.			10.			27. 28.
128.			11.		.	32.
129.			12.			
130.			13.			
131.			14.			31.
132.						
133.			15.			33.
134.						
135.			16.			
136.	.		17.			19.
137.						
138.			18.			
139.			19.			
140.						
141.			20.	.	.	34.
142.						
143.			21.		.	35.
144.			22.		.	
145.			23.			.
146.			24.			27.
147.			25.	.		
148.			26.		.	36.
149.			27.			37.
150.			28.			

Insti- tutio- nen.		P A N D E K T E N.				
Theil I.	Einlei- tung.	K A P I T E L.				Allge- meiner Supple- ment- band zu Th. I
		I. II. III. IV. V.	VI.	VII. VIII. IX. X.	XI.	
§§.		N ^o .				
151.			29.			38.
152.	,		30.			39.
153.			31.			
154.			32.			
155.			33.			
156.			34.			40.
157.			35.			.
158.			36.			.
159.			37.			.
160.			38.			
161.		12.	39.			
162.	,					
163.			40.			
164.			41.			41.
165.			42.			36.
166.			43.			
167.			44.	.	.	
168.			4.			
169.			4.			
170.			4. 21.			.
171.			45.	.		36.
172.	.		46.			42.
173.			47.			
174.			48.		.	43.
175.			49.			
176.	.		50.			
177.			51.			
178.			52.			
179.			53.			
180.		.	54.			
181.			55.			44.
182.			56.			45.

Insti-
tutio-
nen

P A N D E K T E N.

Theil

I.

Einlei-
tung.

K A P I T E L.

I. II. III.
IV. V.

VI.

VII. VIII.
IX. X.

XI.

Allge-
meine:
Supple-
ment-
band
zu Th. I.

§§.

N^o.

183.			57.		46.
184.			58.		47.
185.				1.	
186.				2.	48.
187.				2.	48.
188.				2.	
189.				3.	
190.				4.	
191.					
192.				2.	
193.				5.	
194.				6.	
195.				7.	49.
196.				8.	
197.				9.	
198.				10.	
199.				11.	
200.				(I.II.III.IV.)	
201.				12.	
202.				13.	
203.				14.	
204.				15.	
205.				16.	
206.				17. (I. II.)	
207.				18. (I. II.)	50.
208.					
209.				19.	
210.				20.	
211.				21.	
212.				22.	51.
213.				23.	

P A N D E K T E N.						
Insti- tutio- nen.	K A P I T E L.					Allge- meiner Supple- ment- band zu Th. I
Theil I,	Einlei- tung.	I. II. III. IV. V.	VI.	VII. VIII. IX. X.	XI.	
§§.	N ^o .					
214.				24.		
215.				25.		
216.				26.		
217.				27.		
218.				28.		
219.				29.		
220.				30.		
221.				31.		52.
222.				32.		
223.				33.		
224.				34.		
225.				35.		53.
226.				36.		
227.		35.		35. 36.		
228.				37.		
229.				38.		
230.				39.		
231.				40.		
232.				41.		
233.				42.		
234.				43.	17.	
235.				44.		
236.					1.	
237.				42.		
238.				42.		
239.					2.	
240.					3.	
241.						
242.					4.	
243.					5.	
244.					6.	
245.					7.	

Instituten.

P A N D E K T E N.

K A P I T E L.

Allgemeiner
Supplement-
band
zu Th. I.Theil
I.

Einleitung.

I. II. III.
IV. V.

VI.

VII. VIII.
IX. X.

XI.

§§.

N^o.

246.

247.

248.

249.

250.

251.

252.

253.

254.

255.

256.

257.

258.

259.

260.

261.

262.

263.

264.

265.

266.

267.

268.

269.

270.

271.

272.

273.

274.

275.

276.

277.

8.

9.

10.

.

11.

12.

13.

13.

14.

15.

2.

16.

17.

18.

19.

20.

20.

21.

22.

23.

23.

24.

25.

26.

27.

28.

29.

30.

31.

32.

33.

34.

54.

Insti- tutio- nen.		P A N D E K T E N.				
		K A P I T E L.				
Theil	Einlei- tung.	I. II. III. IV. V.	VI.	VII. VIII. IX. X.	XI.	Allge- meiner Supple- ment- band zu Th. J
§§.		N ^o .				
278.	.				35.	
279.	.				36. (I. II.)	
280.	36. (I.)	
281.	37.	
282.	38.	
283.	39.	
284.	40.	
285.	41.	
286.	25.	
287.	42.	.
288.	43.	
289.	44.	
290.	45.	
291.	46.	
292.	47.	
293.	48.	
294.	49.	
295.	50.	
296.	51.	
297.	52.	.
298.		
299.	42.	
300.	53.	
301.	54.	
302.	55. (I.)	
303.	55. (II.)	
304.	56.	
305.	57.	
306.	58.	
307.	59.	
308.	60.	
309.	61.	
	62.	

Institutionen.

PANDEKTEN.

KAPITEL.

Theil

Einleitung.

I.

I. II. III.
IV. V.

VI.

VII. VIII.
IX. X.

XI.

Allgemeine
Supplement-
band
zu Th.I

§§.

Nº.

310.

311.

312.

313.

314.

315.

316.

317.

318.

319.

320.

321.

322.

323.

324.

325.

326.

327.

328.

329.

330.

331.

332.

333.

334.

63.

64.

65.

64.

66.

67.

68.

69.

69.

70.

71.

71.

72.

73.

72.

74.(I,II.)

75.

76.

77.

77.

78.

78.

79.

80.

81.

ERKLÄRUNG

DER A B K Ü R Z U N G E N.

Allg. Org. der Min.	Allgemeine Organisation der Ministerien.
Allg. Suppl. B.	Allgemeiner Supplementband zum 1sten Theile der Pandekten.
Abr.	Abriss, nach welchem die zur Abfassung des Entwurfs zu einem neuen Gesetzbuche verordnete Kommission ihre Arbeiten zu beendigen hat.
Gen. Regl.	Generalreglement.
G. V.	Gouvernementsverordnungen, Verordnungen zur Verwaltung der Gouvernements des Russischen Reichs.
Instr. für den Gen. Pr.	Instruktion für den Generalprokureur.
Instr. für die G. K.	Instruktion für die zur Abfassung des Entwurfs zu einem neuen Gesetzbuche verordnete Kommission.
K. K.	Kormtschaja Kniga.
Man. .	Manifest.
Org. v. 7. März 1809.	Organisation der Gesetzkommision vom 7 März 1809.

Pol. Min.	.	.	Polizeiministerium.
P. O.			Polizeiordnung.
Regl.			Reglement.
St. O.			Stadtordnung.
Uk.	.		Ukas.
Ul.	.	.	Uloshenie (Allgemeines Russi- sches Landrecht des Zaren ALEXEI MICHALOWITSCH vom 29 Januar 1649).
Unt.	.	.	Unterlegung.



VERBESSERUNGEN.

<i>Seite.</i>	<i>Zeile.</i>	<i>statt</i>	<i>lies</i>
2.	34. 209.	. .	210 und 227.
5.	24. Jahre		25 Juni
—	30. 31. Instr. für die G. K. v. 30 Juli 1767.		Anhang zur Instr. für die G. K. v. 28 Febr. 1768.
—	43. 11.		5.
6.	50. 1817.		1817 nebst dieser Organ.
12.	14. 15. übersteigen,		übersteigen, und endlich alle auf Allerhöchsten Befehl eröffnete Uka- sen, welche einem von dem Kaiser eigen- händig unterschriebe- nen Befehle wider- sprechen,
18.	20. darüber,		darüber
27.	16. rechtlicher		rechtlicher
54.	3. die durch		durch
66.	7. Verwandtschaft		Verwandtschaft
70.	17. 18. untern Militärbeamten		zu einem Regimente ge- hörigen Militärperso- nen
71.	8. Verführungen.		Entführungen.
—	9. eine Jungfrau		ein Frauenzimmer
73.	15. 16. Mönchsstande		Mönchs- und Nonnen- stande
84.	15. entführten Jungfrau		Entführten
—	21. Mönchsstand		Mönchs- oder Nonnen- stand
93.	17. den		dem
100.	32. 33. Oberprokureus dir		Oberprokureurs der
112.	13. 14. und und		und
113.	12. Gottes,		Gottes

<i>Seite.</i>	<i>Zeile.</i>	<i>statt</i>	<i>lies</i>
146.	8. 9.	Vormundschaftsbebörde	Vormundschaftsbehör- de
154.	5.	Vorschwender	Verschwender
161.	10.	desen . . .	deren
162.	22.	in in . . .	in

